

**HESSISCHER LANDTAG**

16. 12. 2014

**30. Sitzung**

Wiesbaden, den 16. Dezember 2014

<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	1947
<i>Entgegengenommen</i> .....	1947
Präsident Norbert Kartmann .....	1947
<b>17. Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend rechtswidrige Abschiebungshaft beenden – Abschiebungshäftlinge aus der JVA Frankfurt-Preungesheim entlassen – Drucks. 19/631 –</b> .....	1947
<i>Zurückgezogen</i> .....	1947
<b>1. Wahl der Mitglieder der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk</b> .....	1947
<b>Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks. 19/1251 –</b> .....	1947
<i>Gewählt:</i>	
<i>Wie Wahlvorschlag</i> .....	1947
<b>6. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) – Drucks. 19/1228 zu Drucks. 19/1001 –</b> .....	1947
<i>Beratung begonnen</i> .....	1988
Wolfgang Decker .....	1948
<b>Einzelplan 02</b> .....	1948
Thorsten Schäfer-Gümbel .....	1948
Ministerpräsident Volker Bouffier .....	1955
Willi van Ooyen .....	1964
Mathias Wagner (Taunus) .....	1969
Florian Rentsch .....	1975
Michael Boddenberg .....	1982

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken  
Vizepräsident Wolfgang Greilich

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier  
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir  
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer  
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen  
beim Bund Lucia Puttrich  
Minister des Innern und für Sport Peter Beuth  
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer  
Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann  
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz  
Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein  
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz  
Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner  
Staatssekretär Michael Bußer  
Staatssekretär Mark Weinmeister  
Staatssekretär Mathias Samson  
Staatssekretär Werner Koch  
Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland  
Staatssekretär Thomas Metz  
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel  
Staatssekretär Ingmar Jung  
Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser  
Staatssekretär Jo Dreiseitel  
Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel

Abwesende Abgeordnete:  
Nancy Faeser  
Brigitte Hofmeyer

(Beginn: 14:03 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 30. Plenarsitzung des Hessischen Landtags, heiße Sie alle herzlich willkommen und begrüße die Regierung mit dem Herrn Ministerpräsidenten an der Spitze und alle Besucherinnen und Besucher auf den Tribünenplätzen.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. – Dem widerspricht niemand, dann ist das so.

Zur Tagesordnung stelle ich fest: Die Tagesordnung vom 9. Dezember 2014 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 52 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung, den Punkten 46, 47 und 48, entnehmen können, sind drei Anträge eingegangen, die von den Fraktionen als Setzpunkte deklariert wurden und ebenso wie die Tagesordnungspunkte 20 und 24 anstelle der Aktuellen Stunden am Donnerstagvormittag in der vereinbarten Reihenfolge aufgerufen werden.

**Tagesordnungspunkt 17:**

**Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend rechtswidrige Abschiebungshaft beenden – Abschiebungshäftlinge aus der JVA Frankfurt-Preungesheim entlassen – Drucks. 19/631 –**

wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist der Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Wahl der Mitglieder der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk, Drucks. 19/1251.

Damit wird die Tagesordnung ergänzt. Widerspricht jemand der Tagesordnung? – Dann erkläre ich sie hiermit für genehmigt.

Wie im Ältestenrat vereinbart und in der Tagesordnung vermerkt, tagen wir heute bis 19 Uhr. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 1: Wahl der Mitglieder der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk, Drucks. 19/1251. Danach fahren wir mit Tagesordnungspunkt 6 fort: zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015), Drucks. 19/1228 zu Drucks. 19/1001. Heute werden wir nur über Einzelplan 02 die Aussprache führen; das ist Ihnen bekannt. Die anderen Einzelpläne werden morgen im Laufe des Tages aufgerufen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie auf eine Ausstellung hinweisen, die wir eben eröffnet haben. Die Ausstellung heißt „Die sudetendeutschen Sozialdemokraten – von der DSAP zur Seliger-Gemeinde“. Diese Ausstellung der Seliger-Gemeinde e. V. zeigt die Geschichte der sudetendeutschen Arbeiterbewegung. Auf 40 Bildtafeln sind Dokumente, Stationen und Hintergründe aus der Geschichte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der CSR und der Seliger-Gemeinde versammelt. Diese Ausstellung wird während der Plenartage in der Ausstellungshalle zu sehen sein. Der Fraktionsvorsitzende und Parteivorsitzende der SPD, Herr Schäfer-Gümbel, und ich haben

diese Ausstellung eben eröffnet. Ich kann sie Ihnen nur empfehlen. Ergänzend zu dem, was hier geschrieben steht, möchte ich darauf hinweisen, dass einer der bekanntesten Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde, der Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch, hier in Wiesbaden begraben ist, also ein Hesse war. Ich empfehle diese Ausstellung Ihrer Aufmerksamkeit.

Meine Damen und Herren, dann können wir zu **Punkt 1** kommen:

**Wahl der Mitglieder der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk**

Ich darf Sie kurz in das Thema einführen: Die siebte Amtsperiode der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk endet am 14. Februar 2015. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Versammlung der LPR Hessen neu zu bilden.

Nach § 49 des Hessischen Privatrundfunkgesetzes gehören der Versammlung fünf Abgeordnete des Hessischen Landtags an, die nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen sind. Gewählt wird nach Hare-Niemeyer gemäß § 9 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags.

Mit der Ihnen vorliegenden **Drucks. 19/1251** liegt Ihnen ein **Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vor. Damit sind Ihnen die zu Wählenden bekannt.

Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Wird der Wahl durch Handzeichen widersprochen? – Das ist auch nicht der Fall.

Dann bitte ich Sie, über diesen Wahlvorschlag abzustimmen. Wer diesem Wahlvorschlag, Drucks. 19/1251, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die FDP und DIE LINKE enthalten sich. Dann stelle ich fest, dass dieser Wahlvorschlag mit Mehrheit angenommen worden ist.

Damit sind die Abg. Armin Schwarz, CDU-Fraktion, Hugo Klein, CDU-Fraktion, Uwe Frankenberger, SPD-Fraktion, Kerstin Geis, SPD-Fraktion, und Jürgen Frömmrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Mitgliedern der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk gewählt. Herzlichen Glückwunsch und ein gutes Gelingen Ihrer Arbeit dort.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

– Da werden schon die ersten Einladungen ausgesprochen. Meine Damen und Herren, ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) – Drucks. 19/1228 zu Drucks. 19/1001 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Decker. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

**Wolfgang Decker, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen den Bericht des Haushaltsausschusses zur Feststellung des Haushaltsplanentwurfs 2015 geben:

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD, der LINKEN und der FDP, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, zu den Einzelplänen folgende Beschlüsse zu fassen. Ich erspare sie Ihnen an der Stelle; Sie können sie in der Drucksache nachlesen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Decker, ich danke Ihnen herzlich für die Berichterstattung.

Meine Damen und Herren, wie Sie der Anlage zu Tagesordnungspunkt 6, die Sie auch erhalten haben, entnehmen können, werden verschiedene Tagesordnungspunkte mit Einzelplänen aufgerufen. Die Abstimmung über die Einzelpläne findet allerdings vereinbarungsgemäß erst am Ende der Beratung über alle Einzelpläne statt. Das zu Ihrer Information für den morgigen Tag.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Generaldebatte heute abzuhalten, d. h. die Beratung des Einzelplans 02. Damit ist der heutige Tag auch belegt, wenn die entsprechenden Zeiten eingehalten werden. Sie können der Anlage auch entnehmen, dass sich die Fraktionen im Ältestenrat auf eine Redezeit von 45 Minuten je Fraktion für den Einzelplan 02 sowie von 80 Minuten für die Einzelpläne 01 und 03 bis 15 ohne Begrenzung der einzelnen Rednerinnen oder der einzelnen Redner bei der Aussprache über den jeweiligen Einzelplan verständigt haben.

Zur Information sei hinzugefügt: Wenn von anderen Rednern im Laufe der Aussprache Redezeit „geklaut“ wird, kann es sein, dass der letzte Redner beim letzten Einzelplan keine mehr übrig hat. Das aber ist Sache der Fraktionen, dass die parlamentarischen Geschäftsführer darauf aufpassen.

Was morgen im Verfahren zu tun ist, erklären wir Ihnen morgen früh. Die Gesamtredezeitliste liegt mir vor, die dann entsprechend einzuhalten ist. Wir helfen Ihnen dabei, sie einzuhalten.

Meine Damen und Herren, es ist vereinbart worden, dass wir heute mit der Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden beginnen. Dann kommt der Ministerpräsident für die Regierung an die Reihe, dann die LINKE, dann die GRÜNEN, dann die FDP und zum Schluss die CDU.

Ich rufe jetzt den

**Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident –**

auf und erteile dem Vorsitzenden der Fraktion der SPD, Herr Schäfer-Gümbel, das Wort. Bitte schön.

**Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ich will zunächst mit Blick auf diejenigen, die vielleicht erstmals einer solchen Debatte über den Livestream zuschauen, erklären, was der Sinn und Zweck einer solchen Generaldebatte ist.

Sinn und Zweck einer solchen Generaldebatte ist in jedem Parlament, die Grundzüge der jeweiligen Politik miteinander zu diskutieren und das dann in der zweiten Runde, nämlich morgen, über die Einzelpläne, also die Haushaltspläne der einzelnen Ministerien, konkret zu machen. Das heißt, in dieser Grundsatzdebatte geht es um das große Ganze und weniger um das Klein-Klein der Tagespolitik und das, was in den Ministerien stattfindet.

Diese Erklärung ist wichtig, weil über solche Haushaltsdebatten manchmal sehr unterschiedliche Bilder entstehen und sie natürlich auch Teil rhetorischer Auseinandersetzungen sind. Deswegen war es mir wichtig, eingangs diese Bemerkung zu machen.

Der Ministerpräsident wird gleich in seiner Erwiderung erklären, dass wir in einem Land der blühenden Landschaften leben, dass es eine großartige Koalition von Schwarz-Grün gibt,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

während es ein wenig an mir liegen wird, Herr Ministerpräsident, die Defizite Ihrer Politik zu beschreiben und auch ein Stück weit mit Alternativen zu unterlegen – und das, nachdem Sie sozusagen einen einjährigen Start hinter sich haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihnen im April zugerufen –

(Zuruf von der CDU)

– Natürlich ist das ein toller Einstieg, Herr Bellino. Oder war es Herr Boddenberg?

(Zuruf von der CDU)

– Ach, Herr Irmer war es. Na, zu dem kommen wir später noch. Keine Sorge, Herr Irmer.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, unter dem Stichwort politische Kultur werde ich gleich noch einmal dazu kommen, Herr Irmer. Es gibt ein paar Sachen, die mir sehr viel Sorge bereiten, und ich glaube, ich bin nicht der Einzige im Saal, dem es Sorge macht. Aber das rufe ich gleich auf.

(Beifall bei der SPD)

Jedenfalls sind nicht alle, die diesen Debatten zuschauen – im Übrigen auch diejenigen, die uns heute von hier oben zuschauen –, immer mit dem vertraut, was hier stattfindet. Deswegen finde ich es schon richtig, Erklärungen zu geben.

Ich habe Ihnen damals nach Ihrer ersten Regierungserklärung zugerufen, dass ich Sie nicht an Ihren Worten messen werde, sondern an Ihren Taten, an der Frage: Welchen Beitrag leistet Ihre Politik für die Bereiche Zuwanderung und Integration? Welchen Beitrag leistet Ihre Politik für die Handlungsfähigkeit des Staates, nachdem die hessische Union die Verdoppelung der Staatsverschuldung in Hessen

zu verantworten hat? Welchen Beitrag leistet Ihre Politik für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit? Welchen Beitrag leistet Ihre Politik für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Welchen Beitrag leistet Ihre Politik für Arbeit und Wohlstand? Welchen Beitrag leistet sie für Innovationsstärkung und für die Schließung der Investitionslücke? Welchen Beitrag leistet Ihre Regierung eigentlich zur Energiewende? Aber es gibt auch Fragen, die sich nicht auf den ersten Blick erschließen, wie die Überforderung des Ehrenamts, nachdem sich die öffentliche Hand an verschiedenen Stellen zurückzieht. Was heißt das für solche Megatrends wie den demografischen Wandel?

Dies sind Fragen, bei denen Sie sich an Ihren Taten messen lassen müssen und nicht an wohlfeilen Sonntagserklärungen. Deswegen ist es gut, dass wir heute in dieser Grundsatzzdebatte Gelegenheit haben, ein wenig ausführlicher darüber zu reden.

Ich will mich herzlich bei den Regierungsfraktionen bedanken, dass sie unserem Vorschlag gefolgt sind, diese Debatte anders als in den letzten Jahren aufzubauen. So gibt es eine ernsthafte Chance, heute eine Grundsatzzdebatte zu führen und morgen über die Einzelpläne zu reden. Das ist deswegen wichtig, weil wir unter dem Stichwort der politischen Kultur und dem, wie viel Misstrauen inzwischen auch gegenüber politischen Institutionen entsteht – wir haben es an verschiedenen Stellen diskutiert –, vor erheblichen Herausforderungen stehen. Deswegen ist es richtig, Raum dafür zu geben, auch die Alternativen zu diskutieren.

Ich will deutlich dazusagen: Es reicht nicht, nur diesen Debattenschritt zu tun, wie wir ihn hier getan haben, sondern wir müssen darüber nachdenken, wie wir – auch über tagesspolitische Debatten hinaus – das Parlament wieder zu dem Ort der Auseinandersetzung machen, weil eine Demokratie nur dann funktionieren kann, wenn Konflikte und politische Alternativen transparent diskutiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen plädiere ich sehr dafür, dass Sie ernsthaft darüber nachdenken, ob Sie Ihr Konzept weiter verfolgen, hier jeden Dienstag Regierungserklärungen abhalten zu lassen, wo sozusagen der Koalitionsvertrag noch einmal vorgelesen wird, obwohl wir ihn wirklich alle zum Erbrechen kennen und wissen, was darin steht, weil wir ihn uns angesehen haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

– Frau Lannert, ich weiß, dass ich bei Ihnen nur fünf Minuten warten muss, bis der erste Zwischenruf kommt. Ich hätte allerdings eine herzliche Bitte: Sagen Sie ihrem Pressesprecher oder Herrn Bußer, dass der Zettelkasten Ihrer Zwischenrufe ausgewechselt werden möge – ein bisschen was Neues würde mich freuen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir sollten ernsthaft darüber nachdenken, dass unsinnige Befristungen – –

(Zuruf von der CDU: Dünnes Nervenkostüm! Leberwurst!)

– Ah, zum Thema Leberwurst kommen wir später auch noch. Unser Freund Panzer-Pentz hat ja versucht, das erste

Mal etwas auszuteilen. Deswegen habe ich Ihnen etwas mitgebracht, Herr Pentz:

(Der Redner hält eine Leberwurst hoch.)

eine schöne Bio-Leberwurst, damit Sie sehen, was das eigentlich ist. Noch ist sie gekühlt, Sie können sie sich später abholen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Mein Vorschlag an die hessische Union lautet: Überlegen Sie sich vorher vielleicht doch einmal ein paar kreativere Zwischenrufe als die, die absolut ausrechenbar sind, wie derjenige zum Thema Leberwurst unseres neuen Panzer-Pentzes hier vorn, der mit seinem unglaublichen Beitrag zum Thema Rüstungspolitik auf dem Bundesparteitag für Furore gesorgt hat.

Noch einmal zum Thema politische Kultur. Wir sollten ernsthaft darüber nachdenken, ob dem Parlament zukünftig durch die Herausnahme unsinniger Befristungen von Gesetzen, deren Evaluierung im Kern nicht stattfindet, mehr Raum dafür geboten wird, über die politischen Alternativen im Hessischen Landtag nachzudenken. Ich glaube, dass das helfen würde, auch transparent zu machen, wo die Alternativen sind.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen lassen Sie mich zu einigen Themen kommen, die uns in diesen Tagen und Wochen besonders beschäftigen müssen.

Ich bin Landtagspräsident Kartmann außerordentlich dankbar, dass er eben noch einmal auf die Eröffnung der Ausstellung der Seliger-Gemeinde im Hessischen Landtag hingewiesen hat – nicht nur, weil die Frage von Flucht und Vertreibung in einem Jahr des Gedenkens – aus Anlass des 100-jährigen Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, des 75. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, aber auch des 25. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer – ein wichtiger Punkt ist, auch in der Erinnerungskultur unseres Landes.

Ich möchte ausdrücklich an Georg August Zinn erinnern, den ich eben schon einmal zitiert habe. Er sagte: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“ Es gibt kein weitreichenderes Integrationsversprechen als das des ehemaligen Ministerpräsidenten Georg August Zinn. Ich finde es sehr gelungen, dass am heutigen Tag hier so etwas stattfinden kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde das auch deswegen, weil es ein gutes Gegenbild zu dem gibt, was wir derzeit in Dresden und an anderen Orten erleben. Ich sage das für meine Fraktion in aller Klarheit, und Herr Boddenberg weiß es, weil wir es am Samstag in diesem Hause schon einmal diskutieren konnten: Das, was in Dresden stattfindet, muss uns beunruhigen. Es muss uns beunruhigen, dass rechtspopulistische Parteien und Organisationen, dass rechtsextreme Parteien und Organisationen mit den Ängsten von Menschen spielen und sie gegeneinander ausspielen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist unsere Verpflichtung, dagegen entschieden und gemeinsam aufzutreten, wenn die Populisten mit Blick auf Muslime, die nach Deutschland kommen, davon sprechen, dass es eine gefühlte Landnahme gebe, dass der Islam auf die Eroberung der Weltherrschaft fixiert

ist oder dass wir nicht mehr Muslime brauchen, sondern weniger. – Das ist nicht nur dumm, das ist diskriminierend. Das ist brandgefährlich, und das ist der Boden, auf dem PEGIDA und anderes wachsen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU)

Es wird niemanden wundern, dass dies keine Formulierungen aus Dresden sind, sondern aus dem Hessischen Landtag: des Abg. Irmer, alle wörtlich zitiert. Deswegen sage ich es in aller Klarheit, Herr Irmer, weil wir diese Debatte hier immer wieder führen: Leute wie Sie, mit Ihren Auffassungen, sind die Bodenbereiter für das, was in Dresden stattfindet. Das muss in einem solchen Parlament auch gesagt werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war mir schon klar, dass ein Teil der hessischen Union entsprechend reagiert. Aber genau darum geht es. Es geht um die Frage: Wo sind die Grenzen? Wo fängt der Missbrauch von Ängsten der Menschen an, die Fragen stellen, die in Teilen berechtigt sind, aber in Teilen völlig daneben und nicht akzeptabel sind?

Ich will es sehr klar sagen, für uns als hessische Sozialdemokratie bleibt eines klar: Wir werden die Grenze am Anfang der Ausgrenzung und Diskriminierung setzen. Da sich Herr Irmer bis heute kein einziges Mal in diesem Haus für seine Äußerungen wirklich entschuldigt hat, sondern sie immer und immer wieder zu relativieren versucht hat, haben wir auch ein Problem im Hessischen Landtag, und das heißt Hans-Jürgen Irmer.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Integration und Zuwanderung sind mit die größten Herausforderungen und politischen Themen, die die Landespolitik in den nächsten Jahren zu gestalten hat. Das sind Fragen, mit denen wir in der Bildungspolitik konfrontiert sind, bei der beruflichen Bildung, in der Arbeitswelt, in der Wohnungspolitik und an vielen anderen Stellen.

Ich finde nach wie vor, dass die Enquetekommission des Hessischen Landtags aus der letzten Legislaturperiode hervorragende Arbeit geleistet hat. Statt sich jetzt in die Planungen für einen neuen Rahmenplan zu stürzen, der wieder dazu führen wird, dass zwei Jahre wenig oder nichts passiert, sollten wir die Empfehlungen der Enquetekommission zur Integration als erste Schritte auf dem Weg zu einer Antidiskriminierungspolitik des Landes Hessen endlich umsetzen. Das ist eine Konsequenz aus dem, was dort stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich will es auch klar mit Blick auf das Thema Sozialindex sagen, das inzwischen dankenswerterweise offensichtlich von allen Fraktionen mehr oder weniger akzeptiert und aufgerufen wird. Der Sozialindex hilft uns allerdings nicht, wenn zeitgleich die Verträge für die Schulsozialarbeit an vielen Standorten gestrichen werden und damit die Arbeitsweise der Schulen mit einem allgemeinen Verweis auf die 105-prozentige Lehrerversorgung gefährdet wird.

Deswegen sage ich auch an dieser Stelle: Das Land ist und bleibt in der Verantwortung, auch bei der Schulsozialar-

beit. Wir wollen, dass das, was Herr Banzer zugesagt hat, die Drittelfinanzierung für die Schulsozialarbeit, endlich umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte noch viele Bemerkungen zu Herrn Irmer machen und zu dem, was er ansonsten gemacht hat.

(Zurufe von der CDU)

Aber ich will ausdrücklich sagen, dass es auch Veränderungen gegeben hat, die wir ausdrücklich begrüßen. 15 Jahre nach dieser unsäglichen Kampagne, die Sie als hessische Union unter Roland Koch hochgefahren haben – „Wo kann man gegen die doppelte Staatsangehörigkeit unterschreiben? Wo kann man gegen Ausländer unterschreiben?“ –, ist es jetzt in der Großen Koalition gelungen, endlich den Optionszwang zu beenden, zumindest für die Jüngeren. Das ist ein großer Fortschritt, und ich sage: Dem werden weitere folgen.

(Beifall bei der SPD)

Die Auseinandersetzung über die Frage, wie die Kommunen bei der Flüchtlingspolitik stärker unterstützt werden können, wird uns allerdings noch sehr lange erhalten bleiben. Das sagt nicht nur ein Blick auf den Kommunalen Finanzausgleich und die Debatten, die damit zusammenhängen, sondern auch auf andere Themen wie beispielsweise ein Abschiebestopp im Winter. Herr Bouffier, es tut mir ausdrücklich leid, dass Sie sich inzwischen inhaltlich derartig eingelassen haben, was die Ablehnung eines Abschiebestopps im Winter für bestimmte Länder angeht. Ich finde, das Beispiel aus Thüringen, aber auch aus Schleswig-Holstein wäre ein guter Weg gewesen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Für diejenigen, die es nicht wissen: Diese beiden Bundesländer haben unter unterschiedlicher Konstellation, immer mit einem rot-grünen Kern

(Lachen bei der LINKEN)

– ich wollte einmal einen Lacher bei euch erzeugen –, mit Blick auf die Länder Afghanistan, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Iran, Irak, Kosovo, Mazedonien, Russische Föderation, Serbien, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Pakistan und Ukraine entschieden, dass während der Wintermonate keine Abschiebungen dorthin stattfinden, auch aus humanitären Gründen.

Ich finde, dass ein Land, das in der Tradition von Georg August Zinn steht, diesem Schritt eigentlich hätte folgen können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich habe ganz bewusst die Integrations- und Zuwanderungspolitik an den Anfang gestellt, weil es kein sogenanntes weiches Thema ist, sondern hier entscheidet sich ganz wesentlich die Frage, wie das Zusammenleben in unserem Bundesland auch zukünftig organisiert wird. Ganz wesentlich dafür ist natürlich die Handlungsfähigkeit der staatlichen und kommunalen Ebenen. Deshalb kann es nicht wundern, sich in einer solchen Grundsatzdebatte auch mit der Frage zu beschäftigen, was die Grundlinien der Haushaltspolitik sind.

Ich will daran erinnern, dass wir in Sondierungsgesprächen mit der Union, aber auch mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linkspartei intensiv über die haushaltspoliti-

sche Lage geredet haben. Ich bin Finanzminister Schäfer sehr dankbar gewesen, dass er versucht hat, uns einen klareren Blick auf die Finanzsituation des Landes zu verschaffen. Wir haben den Hinweis, dass wir bis zu 6.500 Stellen abbauen müssten, um die Schuldenbremse einzuhalten, in den Gesprächen sehr ernst genommen und verstanden, dass die Finanzlage des Landes deutlich schwieriger ist, als sie auf den ersten Blick erscheint oder auch in Haushaltsplanberatungen häufig dargestellt wird.

Deswegen haben wir exemplarisch einige Änderungsvorschläge gemacht, um das, was uns besonders wichtig ist, erkennbar zu machen. Unsere Vorschläge sind ausdrücklich kein alternativer Haushaltsplan, weil wir das mit den Möglichkeiten einer Opposition überhaupt nicht können, da dieser Haushaltsplan schlicht und einfach durch die Art und Weise seiner Machart nicht mehr nachvollziehbar ist. Ich kann es nur wiederholen, Herr Schäfer: Ich glaube nicht, was Sie uns an allgemeinen Zahlen sagen. Ich weiß nicht, welche Luft Sie in diesen Haushalt eingeplant haben bezüglich Haushaltsausgabereinstellungen und Sonstigem mehr. Das wird ein Problem in den Haushaltsplanberatungen auch der Zukunft bleiben.

Ich will deswegen noch einmal unseren Vorschlag zu wirklichen Strukturreformen erneuern. Wir werden als SPD-Landtagsfraktion zu dem Zeitpunkt, an dem der Untersuchungsausschuss zu Biblis beendet ist, vorschlagen, eine Enquetekommission zur Staatsmodernisierung in Hessen einzuführen,

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

weil wir der Auffassung sind, dass wir eine ernst zu nehmende Funktionalreform brauchen. Das heißt, wir müssen klären, in welchen Strukturen zukünftig was am besten erledigt wird und welche Finanzströme daraus folgen müssen. Ich glaube, dass das ein Thema ist – Herr Ministerpräsident, darüber waren wir uns in den Sondierungsgesprächen einig –, das in der Tat nur im politischen Konsens entschieden werden kann, weil es sehr anfällig für populistische Strömungen der unterschiedlichsten Art ist.

Das Bundesland Hessen hat dazu eine 30-jährige, wenn nicht sogar eine 40-jährige Geschichte, beginnend mit den Gebietsreformen und vielem anderen mehr – ein Thema, das es in besonderer Weise geprägt hat.

Ich will dazu festhalten, dass die neue Verwaltungssteuerung gescheitert ist.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was?)

Da haben wir Milliarden von Euros verbrannt mit dem Ergebnis, dass jetzt keiner mehr durchblickt und es übrigens auch nicht effizienter geworden ist. Das muss man an einem solchen Tag sehr klar und bestimmt sagen. Übrigens ist das eine Einschätzung, die nicht nur ich habe, sondern die in dieser Form ausdrücklich vor zwei Jahren mein Kollege Tarek Al-Wazir hier wortwörtlich auch so formuliert hat.

(Günter Rudolph (SPD): Das war früher! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist Jahre her!)

Deswegen will ich unseren zweiten Punkt anführen. Wir lehnen eine Personalpolitik nach Gutsherrenart in der Besoldung und im Umgang mit Beschäftigten ab.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Da wir aber wissen, dass die Frage schwierig ist, und da die Frage der Staatsmodernisierung ansteht

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

– Sie sollten den Zettelkasten austauschen, das hatte ich Ihnen vorhin schon einmal vorgeschlagen –, haben wir einen Pakt für den öffentlichen Dienst vorgeschlagen, weil man Menschen, die man auf einen Veränderungsprozess mitnehmen will, nicht vor vollendete Tatsachen stellt, Herr Schäfer.

Man kann das natürlich so wie Herr Beuth gestern machen. In dem Moment, wenn sich seine Mitarbeiter der hessischen Polizei darüber beklagen, wie mit ihnen umgegangen wird, das noch einmal durch eine Pressekonferenz zeitgleich zu den Protesten zu dokumentieren, statt sich als Dienstvorgesetzter zu den Protestierenden zu bewegen und mit ihnen darüber zu diskutieren, was eine mögliche Lösung ist – das ist eine Politik, die wir ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg. René Rock (FDP) – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Für uns ist und bleibt klar: Das Beamtenrecht folgt dem Tarifrecht. Daran halten wir fest. Deswegen sagen wir noch einmal: Wir wollen einen Pakt für den öffentlichen Dienst, in dem ein respektvoller Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes gepflegt und die Personalpolitik nach Gutsherrenart, wie wir sie seit 15 Jahren durch die hessische Union kennen, endgültig beendet wird.

Mein lieber Kollege Mathias Wagner, das wäre übrigens Teil eines Politikwechsels gewesen, den wir beide hätten ernsthaft angehen können. Aber Sie haben sich für einen anderen Weg entschieden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und des Ministerpräsidenten Volker Bouffier: Oh! – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der dritte Teil, der für uns von zentraler Bedeutung ist, ist die Frage, wie die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden erhalten wird. Ich bleibe dabei: Um von eigenen Versäumnissen abzulenken – jetzt kann ich eigentlich zu dem Teil reden, weil Sie erst seit zwölf Monaten dabei sind –, versuchen Sie, die Verantwortung auf die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden in Hessen abzudrücken. Sie quetschen die Städte und Gemeinden in Hessen wie eine Zitrone aus.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Herr Reif, Gott sei Dank sehen das mittlerweile auch erhebliche Teile Ihrer eigenen Partei so. Ich will hier einmal Herrn Arnold zitieren,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ach ja! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Guter Mann!)

der in den „Kinzigtal Nachrichten“ erklärt hat – Herr Arnold, ich kann es Ihnen nicht ersparen, weil ich es so richtig finde, was Sie sagen;

(Alexander Bauer (CDU): Dr. Arnold, so viel Zeit muss sein!)

ich habe das mitgebracht –

Er teilt weiter mit, für ihn sei aber klar, dass es keine Benachteiligung der Kreise mit Sonderstatusstädten geben dürfe.

Gemeint ist Herr Arnold.

Er wünsche sich auch, dass die Kommunen im ländlichen Raum insgesamt bessergestellt würden. Ein Zuschlag von 3 % zur Gewichtung der Einwohner sei laut Arnold zu wenig.

Herr Arnold, ich wiederhole mich: Ich bin gespannt, was Sie in dieser Frage liefern.

(Beifall bei der SPD)

Etwas anders hat sich der stellvertretende Ministerpräsident Tarek Al-Wazir in einem einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in Offenbach geäußert, der ebenfalls Anforderungen an den KFA gestellt hat, in dem die Stadt ausdrücklich feststellt, dass die Belastung durch Schulden zur Erfüllung von Pflichtaufgaben weiterhin hoch ist, auch nach der Neuauflage. Es wird in diesem Beschluss formuliert:

Es kann nicht sein, dass nach mehr als zwei Jahrzehnten Haushaltskonsolidierung ein weiterer Verzicht auf Investitionen beispielsweise in die Schulbauten oder in die wenigen verbliebenen freiwilligen Leistungen nötig ist, um gesetzliche Pflichtaufgaben erfüllen zu können.

Ich sage das nur deswegen und nicht mit Häme, weil es ein Hinweis darauf ist – wir haben es beim letzten Mal heftig diskutiert, als mir vorgehalten wurde, alles sei nur ein Popanz der Opposition –, dass Ihre eigenen Koalitionsabgeordneten selbst erheblichen Korrekturbedarf beim KFA sehen.

Deshalb bin ich sehr gespannt, was am Ende herauskommt, weil Sie einen fundamentalen Fehler bei der Reform machen. Sie antizipieren nämlich das, was vorher schon Schwarz-Gelb mit einem unzulässigen Eingriff in den KFA und dem Entzug von 350 Millionen € getan hat. Das muss korrigiert werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Günter Schork (CDU))

Mit dieser Einschätzung bin ich nicht allein. Mathias Wagner schaut wieder so skeptisch.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen will ich Ihren Vorgänger im Amt zitieren, der in der Haushaltsdebatte vor zwei Jahren gesagt hat:

... obwohl Sie in der Vergangenheit den Kommunen Geld entzogen haben, und zwar nicht in einem einmaligen Akt vor der Landtagswahl, nicht in einem einmaligen Ausrutscher, sondern als ein Markenzeichen von Schwarz-Gelb: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können schlicht nicht mit Geld umgehen.

Dem habe ich persönlich nichts hinzuzufügen, Kollege Wagner.

(Beifall bei der SPD)

Es wundert nicht, dass Herr Stephan und Herr Bauer bei entsprechenden Beschlusslagen im Landkreis Bergstraße den Saal fluchtartig verlassen haben,

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

dass an anderen Stellen Beschlussfassungen herbeigeführt worden sind. Ich sage Ihnen: Das Thema Kommunalen Finanzausgleich wird uns noch ziemlich lange beschäftigen, weil diese Reform wie so manche, die Sie in der Vergangenheit angepackt haben, schlicht und einfach Murks ist, Herr Stephan. Sie wird den Anforderungen der Städte und Gemeinden in Hessen nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Damit das an dieser Stelle noch einmal gesagt wird und nicht in Vergessenheit gerät: Die Schuldenbremse, wie wir sie mit einem gemeinsamen Gesetz von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD eingeführt haben, sieht ausdrücklich vor, dass die kommunale Selbstverwaltung vor die Klammer gezogen wird und nicht unter die Schuldenbremse fällt. Das steht ausdrücklich im Begründungstext. Wir haben da ausdrücklich die Verfassungsnorm der Hessischen Landesverfassung ausgenommen. Ich fordere Sie noch einmal auf, dem endlich Rechnung zu tragen und Ihren verfassungswidrigen Vorschlag zurückzuziehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will daran erinnern, dass wir erhebliche Probleme auf der kommunalen Seite haben. Die KfW hat unlängst eine Studie vorgestellt, wonach allein in den Städten, Gemeinden und Landkreisen der Investitionsbedarf für Tiefbau, Hochbau, Bildung und Infrastruktur bei geschätzten 110 Milliarden € liegt. Wir haben vor zwei Jahren ein eigenes Gutachten vorgestellt, wonach der Investitionsbedarf in Straße und Schiene – Sanierung und Modernisierung, darunter ist kein einziges Neubauprojekt – allein in Hessen bei etwa 10 Milliarden € liegt. Das heißt, wir haben eine Investitionslücke.

Es ist inzwischen nahezu unbestritten, dass es eine Investitionslücke gibt und dass wir erhebliche Anstrengungen leisten müssen, diese Investitionslücke zu schließen, weil wir ein Land sind, das in seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ganz wesentlich von einer funktionsfähigen Infrastruktur abhängt. Das gilt übrigens nicht nur für Straße und Schiene. Das gilt eben auch für die Frage von Breitband und anderen Kommunikationstechnologien, die Digitalisierung, die Energiewende und den Wohnungsbau.

Herr Finanzminister, deswegen kann ich nur noch einmal daran erinnern: Das Streichen der Schulbaupauschale und das Integrieren in das Regelsystem wird am Ende die Investitionskraft der Städte und Gemeinden bei der Haushaltslage nicht verbessern. Die Investitionslücke wird damit nicht geschlossen, weil die Haushaltsprobleme nicht kleiner werden.

Ihnen brauche ich nicht zu erklären, wie die Mechanik dahinter ist. Deswegen bitte ich Sie auch an dieser Stelle, noch einmal ernsthaft zu überlegen, solange wir die Unterfinanzierung im Kommunalen Finanzausgleich haben, auf diese Maßnahme zu verzichten, weil sie zu zusätzlichen Verzerrungen führen wird und auch ein Thema der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit ist. Ich finde, solche Themen müssen wir sehr viel ernster nehmen, als nur den Versuch zu machen, diese Reform irgendwie zusammenzustückeln.

(Beifall bei der SPD)

Bei wichtigen Infrastrukturthemen hat die Landesregierung in ihren Formelkompromissen im Koalitionsvertrag keine



hinreichenden Lösungen gefunden. Das gilt für die Fragen des Terminals 3, des Ausbaus des Frankfurter Flughafens, der Fluglärmreduzierung. Herr Kaufmann, Herr Al-Wazir und viele andere, ich bin sehr gespannt, was im nächsten Halbjahr noch so alles geschehen wird.

Ich fand übrigens den Hinweis sehr interessant. Vielleicht können Sie uns später erklären, warum Sie jetzt, nach einem halben Jahr, eine Anhörung zu dem Thema haben wollen. Das habe ich nicht verstanden. Vielleicht sind Sie nur falsch zitiert worden.

Hinsichtlich der Frage der Entscheidung des Aufsichtsrates und des Konsortialvertrages ist vieles spekuliert worden. Ich will mich an den Spekulationen nicht beteiligen. Ich warte einmal ab, was Sie jetzt im Januar und Februar 2015 als Koalition zu diesen Fragen ernsthaft zu liefern haben. Ich bin sehr gespannt, was dabei herauskommt.

Dass Sie bei den Infrastrukturthemen natürlich ein paar Probleme haben, liegt angesichts der Positionen, die es vorher gegeben hat, in der Natur der Sache. Dass, wenn man Sie an dem misst, was Sie beide jeweils vor der Wahl gesagt haben, Sie nicht besonders gut aussehen, liegt in der Natur der Sache. Das ist aber, politisch und kommunikativ, Ihr Problem.

Herr Boddenberg, ich hätte allerdings gerne erklärt, was das jetzt eigentlich aus Ihrer Sicht für Ihr Lieblingsprojekt Flughafen Kassel-Calden heißt. Ist es so, wie man hinter den Büschen vermutet, dass es für den Flughafen Kassel-Calden eine geplante Insolvenz geben soll? Was wäre denn die Alternative für den Flughafen Kassel-Calden? Wie sieht denn Ihre Perspektive aus?

(Zuruf)

– Herr Bauer, mit Verlaub, Sie sind in der Regierung. Sie sind Abgeordneter einer Regierungsfraktion. Wir als Opposition können von Ihnen als Mitglied einer Regierungsfraktion erwarten, dass Sie einmal sagen, was Sie eigentlich vorhaben. Sie sollten das tun, anstatt sich hinter formelhaften Kompromissen zu verstecken. Wir wollen wissen: Planen Sie die geplante Insolvenz, ja oder nein? Was sind die Alternativen?

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, sowohl bei der Integrationsdebatte als auch bei dieser vermisse ich Sie. Wir vermissen Sie hier häufiger. Wir hätten Sie gerne häufiger bei uns.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das würde uns die Gelegenheit geben, uns häufiger mit Ihnen zu unterhalten.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war jetzt nicht ganz die Wahrheit, gib es zu!)

– Doch. Herr Kollege Mathias Wagner hat jetzt zugerufen, das sei nicht ganz die Wahrheit. – Mathias Wagner, ich muss Ihnen leider widersprechen. In anderen Parlamenten ist es so, dass der Ministerpräsident die meiste Zeit im Plenum ist. In Hessen ist das anders, und zwar seit vielen Jahren. Ich halte das nicht für richtig. Ich möchte, dass der Ministerpräsident häufiger im Parlament ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Dabei werden Sie feststellen, dass wir hier nicht das Spiel aus der Vergangenheit immer und immer wiederholt haben, ständig Zitieranträge zu stellen. Denn es ist auch eine Frage des Selbstverständnisses, wie man sich hier bewegt. Deswegen formuliere ich in einer solchen Debatte schlicht und einfach einen Wunsch. Was Sie damit machen, entscheiden Sie.

Ich komme damit zum Thema Bildungsgerechtigkeit und Familienpolitik. Auch dazu haben wir mit Blick auf die Themen Kindergarten und Vereinbarkeit von Familie und Beruf Vorschläge gemacht. Ich will zum Thema Bildung allerdings zwei sehr grundsätzliche Bemerkungen machen.

Wir als Mitglieder der hessischen SPD werden keinen Frieden mit einem CDU-geprägten Bildungssystem machen, das nach wie vor den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsweg der Kinder ignoriert. Da wird es keinen Frieden mit uns geben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Lorz, deswegen sind wir sehr gespannt, was Sie auf der Wegstrecke mit Blick auf die zweite Runde im Bildungsgipfel ernsthaft liefern werden und wie ernsthaft Ihre Vorschläge und die Art und Weise, wie wir miteinander reden, sind. Das gilt auch für die echten Ganztagschulen. Das ist für uns ein echter Gradmesser.

Der Pakt für die Betreuung am Nachmittag ist für uns keine überzeugende Konzeption. Denn er schiebt die Verantwortung wieder auf die Städte und Gemeinden ab. Das ist für uns keine Antwort auf die bildungspolitischen Herausforderungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sagen wir sehr klar: Herr Lorz, entweder kommen echte Ganztagschulen heraus, oder es wird mit Ihrem Bildungsgipfel nichts werden.

(Beifall bei der SPD – Lachen eines Abgeordneten der CDU)

– Herr Irmer lacht. – Herr Irmer, ich habe das von Anfang an gesagt: Wir werden auf dem Bildungsgipfel nicht einfach die Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Grün gegenzeichnen. Zumindest darüber bestand Konsens. Wenn man will, dass es eine tragfähige Basis für so etwas wie einen echten Schulfrieden gibt, dann muss man ihn auch echt erzeugen. Das bedeutet nicht, dass wir uns dem unterordnen, was Sie sich mit Ihren Positionen so denken. Vielmehr muss man ernsthaft über die Frage ringen, wozu man am Ende kommt. Dazu habe ich bisher herzlich wenig gesehen. Aber ich bin immer noch offen und sehr gespannt auf das, was Sie zu liefern haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Clemens Reif (CDU): Sie gehören doch gar nicht zur Koalition!)

Damit will ich zum Thema Energiewende kommen. Herr Kollege Wagner hat mich vorhin gefragt, ob ich die Regierung loben werde. An dieser Stelle will ich das ausdrücklich machen. Ich wiederhole das. Ich gehe fest davon aus, dass das, was Tarek Al-Wazir hier vom Podium aus zur Energiewende gesagt hat, ernst gemeint ist. Ich nehme ihm ab, dass er als Energieminister ein Interesse an dem Gelingen der Energiewende hat. Das hat ihn von manch anderem unterschieden, der vorher hier zu dieser Frage das Wort ergriffen hat.

Aber ich will Folgendes klar sagen: Die Konflikte, die im Land existieren, nehmen zu. Wir haben unter Führung des Herrn Hahn unter anderem eine Arbeitsgruppe zur Frage der Akzeptanz der Energiewende gehabt. Wir erleben, dass die Debatten vor Ort schärfer werden und dass es teilweise ein Doppelspiel gibt, weil sich politische Funktionäre vor Ort dagegen aussprechen, dass etwas passiert, während sie auf anderer Ebene zu erklären versuchen, dass das so ist. Das Paradebeispiel ist der Innenminister. Am Abend des Tages, an dem Tarek Al-Wazir hier eine Regierungserklärung abgegeben hatte, hat sich der Kreisverband, dessen stellvertretender Kreisvorsitzender er ist, dagegen ausgesprochen.

Wir haben zunehmend Konflikte. Das Geschehen in Oestrich-Winkel ist da nur ein Beispiel. Es gibt viele andere.

Ich will klar sagen: Die Energiewende ist ein Thema, das uns noch viele Jahre beschäftigen und uns vor enorme Herausforderungen stellen wird. Ich bin froh, dass die meisten inzwischen verstanden haben, dass der Blick, dass Energiewende heißt, dass man auf der einen Seite für die Nutzung der Windräder und auf der anderen Seite gegen die Nutzung der Atomenergie ist, ziemlich naiv und verengt ist. Dazwischen gibt es sehr viel mehr Themen. Die Fragen hinsichtlich der sauberen Energieversorgung, der sicheren Energieversorgung und der bezahlbaren Energieversorgung sind nicht gegeneinander ausspielbar.

Da das so ist, muss sich jeder seiner Verantwortung stellen, und zwar nicht nur hier im Hessischen Landtag, sondern auch vor Ort. Das gilt hinsichtlich der Frage des Baus der Windkraftanlagen im Rheingau genauso wie an anderen Orten. Das gilt für den Leitungsbau. Da werden wir noch viel zu tun haben.

Herr Ministerpräsident, ich glaube, das wäre der richtige Zeitpunkt. Ich glaube ernsthaft, dass wir einen zweiten Energiegipfel veranstalten sollten, um die Fragen der Akzeptanz und um die Konflikte bei diesem Thema zu behandeln. Mit Blick auf die weitere Umsetzung könnte das vielleicht sogar mit einer Erweiterung um das Thema Verkehr geschehen. Denn auch das ist ein zentrales Thema der Energiewende. Wir sollten das ernsthaft angehen.

Ich glaube, die Zeit drängt. Die Akzeptanz geht zurück. Konflikte werden nicht gelöst. Ich glaube, ein zweiter Energiegipfel wäre jetzt das richtige Instrument, um die anstehenden Konflikte zu lösen. Wenn wir den Regierungsfractionen dabei helfen können, wollen wir, das sage ich ausdrücklich, das gerne tun.

(Beifall bei der SPD)

Als Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Arbeit muss ich natürlich auch die Themen Soziales und Arbeit ansprechen. Ich will eines offen sagen: Ich bin darüber enttäuscht, dass es mit Blick auf die Beratungen des Haushaltsplanentwurfs bisher nicht gelungen ist, das umzusetzen, was zumindest von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Debatte um das Thema Tariftreue hier angekündigt wurde. Man hatte das mit Blick auf die Beratungen des Haushaltsplans noch einmal geschoben. So wie wir das zumindest im Moment sehen, wird das nicht umgesetzt werden. Da geht es um die Unterstützung derer, die sozusagen als Wanderarbeiter hierherkommen, die dieses Jahr mehrfach über Hungerstreiks ihre berechtigten Forderungen durchgesetzt haben und die häufig genug von allen allein gelassen werden.

Wir hatten eine Delegation solcher Arbeiter im Hessischen Landtag. Es gab einen unorthodoxen Weg der kurzfristigen Unterstützung. Herr Kollege Al-Wazir war beteiligt. Auch andere waren beteiligt.

Aber auf die Frage, die dahinter steht, nämlich die: „Wie schaffen wir eine Struktur, mit der diese Form der Ausbeutung in Hessen in den Jahren 2014, 2015 und 2016 entschieden bekämpft wird?“, haben wir mit Ihrem Haushaltsentwurf keine Antwort bekommen. Deswegen werden wir Ihnen mit der Vorlage unseres Sozialbudgets noch einmal die Gelegenheit geben, diese Beratungsstelle einzurichten, damit diese Menschen nicht alleine bleiben. Ich hoffe, dass die Mitglieder der Regierungsfractionen noch zur Besinnung kommen und den Weg frei machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das Thema Sozialbudget auch noch einmal aufgegriffen, weil das, was Sie auf den Weg gebracht haben und was Sie mit der Beschreibung und der Zusammenfassung bestehender Programme ein bisschen aufgeblasen haben, aus unserer Sicht nicht das ist, was wir unter einem Sozialbudget verstehen. Für uns geht es ganz wesentlich darum, Strukturen wiederaufzubauen, die im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ beispielsweise bei den Frauenhäusern kaputt gemacht wurden. Ich wollte damit nur ein Beispiel nennen. Deswegen schlagen wir Ihnen vor, ein ernsthaftes Sozialbudget aufzulegen, um ein weiteres Beispiel dafür zu geben, dass das Land sozialer und gerechter werden kann.

Es gibt ein Thema, das uns in diesem Zusammenhang ebenfalls weiter beschäftigen wird: Das ist die Zukunft des Universitätsklinikums Gießen und Marburg. Herr Ministerpräsident, auch hier will ich Sie daran erinnern: Vor zwei Jahren, nach dem Letter of Intent, vor der Landtagswahl, haben Sie uns die Zusage gegeben, dass zukünftig auch die Opposition im Aufsichtsrat vertreten ist – mit Blick darauf, dass wir unseren Kontrollrechten und damit auch unseren Gestaltungsmöglichkeiten in gemeinsamer Verantwortung gerecht werden können. Bis heute warten wir darauf, dass diese Zusage eingehalten wird. Ich möchte Sie ausdrücklich dazu ermuntern, endlich Ihrer Zusage Taten folgen zu lassen und es nicht bei Ankündigungen zu belassen. Die weitere Entwicklung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg ist, ausdrücklich, nicht gesichert.

(Beifall bei der SPD)

Der Eigentümerwechsel, wie er jetzt ansteht, ist noch keine Garantie dafür, dass aus Ihrem Leuchtturmexperiment am Ende etwas herauskommt, was in der Region langfristig sinnvoll und hilfreich ist.

Sie kennen die Konflikte mindestens so gut wie ich. Deswegen nochmals meine Aufforderung: Ich möchte, dass die Zusage, die jetzt schon fast zwei Jahre alt ist, endlich umgesetzt wird, damit wir einen stärkeren Einblick in das bekommen, was dort geschieht.

Als vorletzte Bemerkung will ich ein Thema ansprechen, das uns aus meiner Sicht ebenfalls noch viele Jahre beschäftigen wird und das im letzten Jahr kein einfaches war: die weitere Aufklärung der NSU-Mordserie.

Für meine Fraktion will ich hier nochmals sehr klar sagen: Dem Verfolgungsversagen der Behörden darf jetzt kein Aufklärungsversagen folgen.

(Beifall bei der SPD)

Das sind wir den Opfern und den Familien schuldig, und übrigens ist das auch der notwendige Umgang mit den Erkenntnissen aus den Versäumnissen. Es gibt eine Vielzahl von Fragen, die bis heute nicht abschließend geklärt sind. Wir haben dies hier mehrfach heftig miteinander diskutiert. Wir werden dieses Thema nicht liegen und ruhen lassen. Das will ich in aller Klarheit sagen.

(Holger Bellino (CDU): Wir auch nicht!)

Für uns ist es bedauerlich, dass bis heute keinerlei Akten vorliegen und dass wir auch noch immer keine abschließende Vereinbarung darüber haben, ob wir den Standard übernehmen, der beim Untersuchungsausschuss in Thüringen angewendet wurde – nämlich dass die Mitglieder des Untersuchungsausschusses im Landesamt für Verfassungsschutz die vollständigen Akten, ohne Schwärzungen, mit klaren Namen erhalten und einsehen können. In Thüringen war dies in einem parteiübergreifenden Dialog möglich und hat dazu geführt, dass der Thüringer Untersuchungsausschuss weitreichende und zusätzliche Erkenntnisse über die Funktionsfähigkeit und die Strukturen in der rechtsextremen Szene gewonnen hat.

Ich will das auch mit Blick auf aktuellere Entwicklungen sagen: Wir müssen bei diesen Fragen sehr viel aufmerksamer sein, als wir das in der Vergangenheit waren. Deswegen wird uns das Thema der NSU-Mordserie weiter beschäftigen, weniger wegen der Frage – ich will das hier nochmals wiederholen –, wer die politische Verantwortung trägt. Im Moment ist das wirklich der zweite Schritt. Vielmehr geht es um die Frage, warum es zu diesem Verfolgungsversagen kommen konnte. Deswegen muss die Frage geklärt werden: Wie nah war der Verfassungsschutz in Hessen an bestimmten Themen, Fragen, Personen und Gruppen dran? Das ist die zentrale Frage, die aufzuklären ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Orden anhängen ist eine Aufgabe von Ministerpräsidenten, Repräsentation ist eine andere.

(Clemens Reif (CDU): Was ist denn das? – Karin Wolff (CDU): Was heißt hier „anhängen“? – Weitere Zurufe von der CDU)

Aber das reicht nicht. Deswegen sage ich Ihnen – – Hängen Sie keinen Orden an?

(Zuruf von der CDU: Die werden verliehen, nicht angehängt!)

– Haben Sie sich beruhigt?

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten – Janine Wissler (DIE LINKE): Das regt sie am meisten auf bei Ihrer Rede!)

– Das regt Sie am meisten auf. Das ist – –

(Timon Gremmels (SPD): Symptomatisch!)

Das war irgendwie ausrechenbar, so wie Zwischenrufe bestimmter Art. – Ich will es noch einmal sagen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Bei den anderen Themen sind sie ruhig! – Weitere Zurufe)

Ich will es nochmals sagen: Mir geht es dabei um einen Kern, den ich bereits zu Beginn genannt habe. Herr Bouffier, Herr Ministerpräsident, Repräsentation ist das eine,

und – das sage ich ausdrücklich – das ist eine wichtige Funktion.

(Michael Boddenberg (CDU): Also doch!)

Aber wir wünschen uns – auch um die Kontroversen ein bisschen schärfen zu können – einen Ministerpräsidenten, der in Fragen der Integrationspolitik einmal Position bezieht, der Herrn Irmer nicht nur als „anerkannten Bildungsexperten“ bezeichnet, sondern ihn glasklar öffentlich in seine Schranken weist.

(Beifall bei der SPD)

Wir wünschen uns einen Ministerpräsidenten, der in einer solchen Frage wie der Energiewende – in der es offensichtlich auch in der Union sehr unterschiedliche Sichtweisen gibt, unterschiedliche Spielaufstellungen – Position bezieht und sagt, wo es in der Energiewende in Hessen weitergeht. Wir wünschen uns einen Ministerpräsidenten dieses Landes, der auch bei der Infrastrukturentwicklung klar Position bezieht und nicht versucht, immer ein bisschen auszuweichen und nur auf Repräsentation zu machen. Das ist zu wenig.

(Holger Bellino (CDU): Das ist eine Unterstellung!)

Es gibt grundlegende Unterschiede zwischen der CDU und der SPD. Auch mit Blick auf die politische Kultur müssen wir in solchen Debatten mehr die Erkennbarkeit der Unterschiede dokumentieren. Es gibt genügend Differenzen zwischen Ihnen und uns.

(Manfred Pentz (CDU): Gott sei Dank!)

Am Ende hilft das mehr als Meldungen darüber, dass sich die neue Regierung jetzt in neuen Wortkreationen ergießt wie: Lärmpausen, Süßwasserqualität, Willkommens- und Anerkennungskultur, Schulfrieden, Pakt für den Nachmittag, gentechnikfreie Region.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Holger Bellino (CDU): Das war gut!)

Reale, wirkliche, tatsächliche Veränderungen sind das, was wir erwarten. Das ist das, was wir mit dem Politikwechsel – Herr Wagner – verbunden haben, nicht nur ein Sammelsurium aus neuen Begrifflichkeiten, damit zwei Parteien – die eine, die eindeutig eher für den gesellschaftspolitischen Stillstand steht; und zweitens diejenige, die stärker für den infrastrukturellen Stillstand steht – am Ende eine Basis finden, um irgendwie miteinander zu regieren. Das müssten Sie sich einmal ins Stammbuch schreiben. Das wäre das, was der Politikwechsel, den Sie versprochen haben, beinhaltet. Das, was Sie bisher geliefert haben, ist bestenfalls Beihilfe zum Machterhalt.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Manfred Pentz (CDU): Das kann es doch nicht gewesen sein!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Ministerpräsident Bouffier. Bitte schön.

**Volker Bouffier, Ministerpräsident:**

Herr Landtagspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter, lieber Herr Schäfer-Gümbel, ich will mich zunächst einmal

ausdrücklich bei Ihnen bedanken. Zu Beginn Ihrer Rede haben Sie festgestellt, dass Hessen ein blühendes Land ist. Das ist so, und darüber freuen wir uns gemeinsam.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei allem Respekt – dass wir auch die Unterschiede herausarbeiten sollen; da bin ich sehr dafür –, aber wenn der Oppositionsführer in seiner Rede feststellt, dass Hessen ein blühendes Land ist, dann können wir uns darüber gemeinsam freuen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, vor einem Jahr haben CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Koalitionsvertrag ein klares Ziel formuliert:

Wir wollen den Wohlstand erhalten, Hessen nachhaltig gestalten und den Menschen Sicherheit bieten.

Jetzt ist ein Jahr um, und wir haben Wort gehalten. Wir haben den Wohlstand erhalten. Wir haben Hessen nachhaltig gestaltet. Hessen ist weiterhin eines der sichersten Länder der Republik. Meine Damen und Herren, deshalb sage ich Ihnen: Dieses Jahr, das erste Jahr von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, war für Hessen ein gutes Jahr.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns einmal die Fakten an, alle relativ – oder aus meiner Sicht: völlig – unbestritten: Noch nie waren in Hessen so viele Menschen in Arbeit und Brot.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hessenweit wächst die Beschäftigung schneller als im Bundesdurchschnitt. Im nächsten Jahr werden zum ersten Mal über 2,4 Millionen Menschen in Hessen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein. Das ist eine der besten Grundlagen für den Wohlstand, aber auch für das persönliche Wohlergehen und das Glück von vielen Menschen in unserem Land. Darüber sind wir sehr froh.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Arbeitslosenquote ist die niedrigste seit fast 25 Jahren. Ich will das bewusst einmal herausarbeiten. Die Arbeitslosenquote ist in Nordhessen niedriger als in Mittel- und in Südhessen. Das hat es noch nie gegeben. Das ist das Ergebnis eines wirklich außerordentlichen Aufholprozesses, einer Aufholjagd in den letzten 20 Jahren, auf die wir, aber vor allem unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Nordhessen, sehr stolz sein können. Das ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz konjunktureller Eintrübung in Deutschland haben wir in Hessen wieder ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum erzielt. Das Statistische Landesamt hat vor wenigen Tagen mitgeteilt, dass das auch im kommenden Jahr so sein wird.

Noch nie gab es in Hessen so viele offene Stellen. Das sind die besten Voraussetzungen für eine gute Ausbildung und für gute Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, schauen wir uns einmal eine Entwicklung an, die für uns besonders wichtig ist, nämlich die Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes. Bei uns ist die Bruttowertschöpfung fast doppelt so stark gewachsen wie in Deutschland insgesamt. Allein die Wertschöpfung unserer starken chemischen und pharmazeutischen Industrie – hören Sie jetzt genau zu – ist in den letzten zehn Jahren um über 40 % gestiegen. Das sind die Grundlagen dafür, dass Sie, Herr Schäfer-Gümbel, zu Recht festgestellt haben: Wir leben in einem blühenden Land.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen hat das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner aller Flächenländer in der Bundesrepublik. Das beweist: Hessen bleibt auf Erfolgskurs. Wir sind eines der wirtschaftlich stärksten Länder in Deutschland und eine der wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa. Das nützt den Menschen konkret, und die Menschen wissen das auch. Sie sehen, dass diese Koalition Verlässlichkeit und Perspektiven bietet. Deshalb sage ich Ihnen: Die neue Koalition arbeitet erfolgreich und erfährt vielfache Unterstützung für ihre Arbeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat das in einem Kommentar aufgegriffen. Dort kann man lesen – ich zitiere –: „Die neue Art der schwarz-grünen Koalition gefällt den Leuten.“ So ist es, meine Damen und Herren. Diese Koalition gefällt den Leuten – wenn auch nicht allen, denn die Opposition ist schon von Amts wegen aufgerufen, uns kritisch zu begleiten.

Wie sieht eigentlich Ihr Angebot für die Bürgerinnen und Bürger Hessens aus? Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben in Ihrer Rede – man kann es schon so sagen – unsere Leistungen herabgewürdigt, das, was wir tun, nicht anerkannt und ganz nebenbei rund eine halbe Milliarde Euro an Mehrausgaben verlangt, ohne dass ich erkennen konnte, dass Sie uns einen seriösen Vorschlag gemacht haben, wie wir das bezahlen sollen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben heute ausgeführt, dass Sie einige Vorschläge unterbreitet haben, die ausdrücklich nicht den Anspruch beinhalten, einen Gegenhaushalt darzustellen. Das akzeptiere ich. Wenn man sich die Vorstellungen anschaut, die Sie geäußert haben und die Ihre Fraktion veröffentlicht hat, und sie mit Ihrem Gestaltungswillen verbindet, den Sie für sich in Anspruch nehmen, dann muss ich Ihnen sagen: Ihr Gestaltungswillen erschöpft sich darin, dass Sie neue Abgaben einführen, noch mehr Personal abbauen und die Rücklagen plündern wollen. Das ist ein Irrweg, dem wir nicht folgen können.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat sich vor wenigen Tagen, am 19. November 2014, mit der Politik in Hessen beschäftigt und sich in einem Kommentar unter der Überschrift: „Schwarz-Grün in Hessen – lautlose Harmonie“ auch mit der Opposition beschäftigt. Man konnte dort lesen – ich zitiere –:

Sie machen einen sauertöpfischen Eindruck und wirken wie gelähmt. Die Sozialdemokraten mit Oppositionschef Thorsten Schäfer-Gümbel an der Spitze haben ihre Wahlniederlage noch immer nicht verwunden und verströmen Griesgram.

(Heiterkeit bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Wir stehen bei 7 %!)

Meine Damen und Herren, wie auch immer man es sehen will: Das Letzte, was dieses Land für seine Zukunft gebrauchen kann, ist Griesgram.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Ziele für die Zukunft sehen anders aus. Mut und Zuversicht prägen unsere Arbeit.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Kuschel, kuschel!)

Mit der Vorlage unseres Haushaltsentwurfs, mit dem wir in eine kritische Diskussion mit Ihnen gehen wollen, zeigen wir zweierlei besonders deutlich:

Erstens. Wir nehmen die Zukunftsperspektiven dieses Landes in den Blick, und wir setzen Prioritäten. Ich nenne hier die Schulen und die Hochschulen, das Sozialbudget, aber auch die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, an der nicht gespart wird. Wir nehmen die Zukunftsperspektiven für die Kommunen in den Blick. Deshalb geht ein Drittel aller Investitionen des Landes in die Kommunen. Das ist ein Teil der Antwort auf die Frage, wie wir mit den Kommunen umgehen.

(Michael Siebel (SPD): Sie haben schon vernommen, dass es da gegenteilige Meinungen gibt, dass die Kommunen das anders sehen? – Weitere Zurufe von der SPD)

Zweitens. Wir setzen unseren Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse konsequent fort.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spätestens in vier Jahren wollen wir keine neuen Schulden mehr machen. Das wäre nach 45 Jahren das erste Mal der Fall. Dieser Anspruch ist ein Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik, und er zeigt sich auch in diesem Haushaltsentwurf. Die Fortführung der Schuldenmacherei nimmt der jungen Generation jeden Handlungsspielraum. Deshalb investieren wir in die Zukunft, aber wir verschieben die finanziellen Lasten nicht in die Zukunft. Wir geben heute Antworten und schieben die Lasten nicht auf morgen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Das ist unser Projekt. Wenn man es anders ausdrücken will: Das ist die Vision für die Arbeit von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Eine solche Politik ist nachhaltig, zukunftsfähig und gerecht. Genau daran wollen wir uns messen lassen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2015 ist eine wichtige Etappe auf diesem Weg. Bereits mit diesem Haushalt werden wir 230 Millionen € weniger Schulden aufnehmen als 2014. Das fällt nicht leicht. Das

ist zwar ein gewaltiger Erfolg, aber das geht nicht ohne Einschnitte.

Ich will auf das eingehen, was Sie angesprochen haben. Die größten Ausgaben im Landeshaushalt sind die Personalkosten. An dieser Erkenntnis kommt niemand vorbei. Wer den Landeshaushalt konsolidieren will, der kommt an diesem größten Ausgabenblock nicht vorbei. Die Kürzungen bei den Personalausgaben sind uns nicht leichtgefallen. Im Gegenteil, das schmerzt. Wir würden es gerne anders machen. Eine verantwortliche Finanzpolitik kann aber nicht alles in die Zukunft schieben. Deshalb haben wir uns entschlossen, bis zum Ende dieser Legislaturperiode rund 1.800 Stellen in der Landesverwaltung abzubauen. Das bedeutet dauerhaft und nachhaltig eine Ersparnis von ca. 80 Millionen € im Jahr.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber uns kritisieren Sie!)

Das fällt nicht leicht. Es ist aus unserer Sicht aber zwingend. Durch Änderungen bei der Beihilfe wollen wir pro Jahr ca. 20 Millionen € einsparen. Gerade das fällt uns überhaupt nicht leicht. Mir ist aber wichtig, dass durch diese Maßnahme weder die Gesundheitsfürsorge noch die Behandlung der Beamtinnen und Beamten tangiert wird. Mir ist wichtig, dass wir sehr sorgfältig hingeschaut haben. Wir halten es für vertretbar, dass in Hessen, wie in vielen anderen Ländern, Sonderleistungen in Zukunft mit einem vertretbaren Eigenanteil finanziert werden. Hierbei geht es um Chefarztbehandlungen und die Unterbringung in Zweibettzimmern. Man kann sich Schöneres vorstellen, aber dies ist eine Entscheidung, die aus meiner Sicht klug ist. Sie ist angemessen und aus unserer Sicht ein Beitrag dazu, dass wir auch zukünftig handlungsfähig sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will daran erinnern: Im Juli des vergangenen Jahres und am 1. April dieses Jahres wurden die Gehälter der Beamtinnen und Beamten in Hessen inklusive der Versorgungsrücklage jeweils um 2,8 % erhöht. Das bedeutet einen Einkommenszuwachs von 5,6 % in eineinhalb Jahren. Bei einer Inflationsrate von rund 1 % verbleibt gerade in jüngerer Zeit ein deutlicher Einkommenszuwachs bei unseren Beamtinnen und Beamten. Das haben wir so entschieden, und das wollten wir.

Das Gegenstück dazu heißt aber: Diese Leistungen bedeuten eine Mehrbelastung des hessischen Haushalts – dauerhaft – in Höhe von 360 Millionen €. Das sind die Größenordnungen, um die es da geht. Solche Leistungen können wir nicht jedes Jahr erbringen, wenn wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes erreichen wollen. Deshalb werden wir an der Begrenzung künftiger Besoldungsanpassungen festhalten.

Wir werden das nicht schematisch machen, sondern jedes Jahr prüfen, wie wir dem Alimentationsanspruch der Bediensteten gerecht werden können.

(Norbert Schmitt (SPD): Jedes Jahr 1 % drauf!)

Das ist keine Geringschätzung der Arbeit der Beamtinnen und Beamten in unserem Land. Im Gegenteil, sie leisten wertvolle Arbeit, und wir schätzen diese Arbeit sehr. Meine Damen und Herren, die Verantwortung einer Regierung ist es aber, heute das Notwendige dafür zu tun, dass wir auch morgen noch handlungsfähig sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer diese Begrenzung nicht will, muss klipp und klar sagen, wie seine Alternative aussieht. Die Sozialdemokraten haben eine Erhöhung um 2 % gefordert. Das ist eine zusätzliche Belastung von 140 Millionen €. Von Ihnen hören wir aber nichts darüber – oder nur völlig Gegensätzliches –, wie wir das finanzieren sollen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Am 3. Dezember – vor wenigen Tagen – erklärte Ihr parlamentarischer Geschäftsführer, Herr Rudolph, in SAT.1, die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes würden sträflich vernachlässigt, es dürfe keine Nullrunde für Beamte geben. Am selben Tag erklärt derselbe Abgeordneterkollege – dieses Mal in der „Hessenschau“ –, Hessen leiste sich in den Ministerien zu teures Personal. Meine Damen und Herren, was gilt denn nun für die SPD?

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Anhaltende Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Allein für die Beamtenbesoldung und für die Kommunen fordern Sie rund eine halbe Milliarde Euro an Mehrausgaben. Unter anderem wollen Sie 350 Millionen € für die Kommunen ausgeben. Wir wissen um die schwierige Situation vieler Kommunen.

(Norbert Schmitt (SPD): Nein, das wissen Sie nicht! – Zuruf von der SPD: Den Eindruck habe ich nicht!)

Wir helfen aber auch: Mit unserem Schutzschirm von rund 3 Milliarden € kommen viele Kommunen gut voran – auch Sie lesen es doch –, eine ganze Reihe von ihnen sogar schneller als vorgesehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Die versuchen gerade wieder, zu klagen!)

Mit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich werden zwei Drittel der Kommunen gestärkt. Meine Damen und Herren, was wir sehr deutlich sagen müssen: Die Leistungen des Landes an die Kommunen, also der sogenannte Kommunale Finanzausgleich, sind so umfangreich wie noch nie zuvor in der Geschichte dieses Landes.

(Zuruf von der CDU: Wie die Steuereinnahmen! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Der Landeshaushalt auch! Und die Ausgaben auch! Die Schulden auch!)

Das wird gelegentlich anerkannt und meistens verschwiegen. – Herr Kollege, ich zitiere gern den Kämmerer der Stadt Kassel, den Sozialdemokraten Barthel, der bei der Einbringung seines Haushalts gesagt hat, man freue sich in Kassel, dass man nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt habe, sondern sogar Überschüsse erzielen könne.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dies ist auf nichts anderes zurückzuführen als auf die höchsten Zuwendungen des Landes an die Stadt Kassel, die es jemals gab.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD und der CDU)

Wir setzen die Vorgaben des Verfassungsgerichts um.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Wir sind mitten in den Beratungen. Wir verstecken uns nicht. Finanzminister Dr. Schäfer ging in jeden Kreis. Wir stellen uns der Diskussion vor Ort. Das ist unser Verständnis von partnerschaftlichem Verhalten der Regierung gegenüber den Kommunen. Meine Damen und Herren – auch das darf man einmal sagen –, das ist beispielhaft. Das habe ich so bisher nie erlebt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Ausdrücklich: Ich habe Verständnis dafür, dass Veränderungen gewünscht werden. Wir sind gesprächsbereit. Das sage ich Ihnen zu. Aber umgekehrt muss gelten – das darf man nicht vergessen –: Die Summe aller Einzelinteressen ist nicht das Gesamtwohl. Die finanzielle Leistungskraft des Landes ist begrenzt.

(Norbert Schmitt (SPD): Was soll denn das heißen?)

Lasst uns also darüber sprechen, wo wir gegebenenfalls Veränderungen vornehmen. Verzichten wir darauf, in den Chor einzustimmen, in dem jeder fordert, das Land müsse mehr geben, und in dem uns keiner eine Antwort darauf gibt, wie wir es am Ende finanzieren.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Herr Kollege Schäfer Gümbel, Sie haben ja heute darauf hingewiesen, dass Sie beispielhaft einige Vorschläge dazu unterbreitet haben, wie aus Ihrer Sicht die Finanzpolitik zu gestalten wäre. Schauen wir uns das einmal an; einige Beispiele mögen genügen. Zur Gegenfinanzierung fordern Sie Personaleinsparungen in den Ministerien in Höhe von 20 Millionen €. Das ist vollkommen unrealistisch. Um diesen Betrag im nächsten Jahr zu erreichen, müssten von heute auf morgen 400 Beschäftigte ohne jegliche Ansprüche aus dem Landesdienst verabschiedet werden. Das ist völlig unmöglich. Was noch viel schlimmer ist – das wissen Sie –: Dieser Antrag ist ohne jede Substanz.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Außerdem wollen Sie 95 Millionen € bei den sächlichen Verwaltungsausgaben kürzen. Da sage ich Ihnen: Wenn Sie das machen würden, würden Sie die Leistungsfähigkeit der Verwaltung unseres Landes aufs Spiel setzen. Es ist nicht nur mitarbeiterfeindlich, sondern auch bürgerfeindlich, dass Sie uns all diese sächlichen Mittel in Zukunft entziehen wollen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist der Haushaltsansatz von vor genau einem Jahr! – Weitere Zurufe von der SPD)

Aber noch besser: Zur Finanzierung Ihrer Vorstellungen wollen Sie die Rücklagen des Landes komplett plündern und 90 Millionen € verbrauchen. Das ist das Ende jeder nachhaltigen Haushaltspolitik.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben doch 180 genommen! – Weitere lebhaftes Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Sie nehmen keinerlei Rücksicht auf eventuell notwendige Nachsteuerungen beim Haushalt. Lieber Herr Schmitt, bleiben Sie gelassen. Ich komme noch einmal darauf. Bleiben Sie doch gelassen.

Nehmen wir ein anderes finanzpolitisches Merkmal der Sozialdemokratie.

(Allgemeine Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Bleiben Sie ruhig und gelassen. Weder wir hier noch die Zuschauer verstehen, was Sie sagen. Was herüberkommt, ist allgemeine Unruhe. Das nützt weder uns hier noch den Bürgern, die uns zuschauen. Also lassen Sie uns in Ruhe die Argumente austauschen.

(Zurufe von der SPD)

Ein weiterer Vorschlag von Ihnen ist besonders eindrucksvoll, nämlich wie Sie mit Einmaleinnahmen Dauerlasten finanzieren wollen – sehr schön an dem Beispiel des Verkaufs des Polizeipräsidiums Frankfurt zu sehen. Wenn wir das machten – egal, ob richtig oder falsch –, hätten wir für einen Teil Ihrer Ausgabenwünsche ein Jahr lang eine Finanzierung. Was machen Sie aber im nächsten Jahr? Insofern ist eine solche Politik unseriös.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Sie verkaufen doch ein Ministerium! – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD) – Allgemeine Unruhe)

Es kommt noch viel besser: Das Neueste, das Sie sich haben einfallen lassen – Herr Kollege Siebel, ich komme nachher auf Sie zu sprechen.

(Manfred Pentz (CDU): So wichtig ist er auch wieder nicht!)

– Doch, das wollen wir nicht auslassen.

Dann haben Sie vorgeschlagen, eine neue Abgabe in Hessen einzuführen: eine Wasserabgabe. 54 Millionen € wollen Sie damit einnehmen. Die Zahl ist nach der Stilllegung der Kraftwerke Staudinger und Biblis völlig unrealistisch.

(Norbert Schmitt (SPD): Das haben wir berechnet!)

Aber sie ist vor allen Dingen das völlig falsche Signal. Ihre neue Abgabe schadet insbesondere unserer mittelständischen Wirtschaft massiv und ist Gift für die Konjunktur. Man darf sie in Hessen nicht einführen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Anhaltende Zurufe des Abg. Timon Gremmels (SPD))

– Wunderbar. – Nun zu Ihnen, Herr Kollege Siebel. Wes Geistes Kind Sie und Ihre Kollegen sind, will ich an einem Beispiel aufzeigen: Sie haben geäußert, dass Sie die Aufwendungen für den sozialen Wohnungsbau für unzureichend halten, und haben gesagt, das muss mehr werden.

(Michael Siebel (SPD): So ist es! – Weitere Zurufe von der SPD)

Jetzt kommt etwas Interessantes: Ausweislich der „FAZ“ vom 3. Dezember dieses Jahres haben Sie Folgendes formuliert:

Die Förderung darf nicht von der Finanzlage des Landes abhängig gemacht werden.

Ich habe das mehrfach gelesen, weil ich es nicht glauben konnte. Meine Damen und Herren, wovon wollen Sie denn die Förderung abhängig machen, wenn nicht von der Finanzlage eines Landes?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Vom Bedarf!)

Das kann doch nicht wahr sein. Wer eine solche Finanzpolitik macht, wie Sie es vorschlagen, kann entweder zaubern oder ist unseriös. Auf jeden Fall ist er ungeeignet, ein Land zu führen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Wir setzen auf Klarheit und solide Finanzen.

(Michael Siebel (SPD): Wohnungsbau nach Kassenlage!)

Dazu gehört auch, dass wir uns dort, wo wir aus eigener Kompetenz entscheiden können, um die Verbesserung der Einnahmenseite des Landes gekümmert haben. Auch das ist uns nicht leichtgefallen. Ich darf daran erinnern: Die Anhebung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer um 1 % sorgt jährlich für 155 Millionen €, die wir auch brauchen, damit die Leistungen in diesem Land erbracht werden können.

Jetzt schauen wir uns einmal Ihre Politik an: Die Planlosigkeit der Politik der SPD zeigt sich nämlich auch darin, dass sie die einzige Möglichkeit, bei der das Land mithilfe steuerlicher Gestaltung allein entscheiden kann, nicht unterstützt hat. Das haben Sie abgelehnt.

(Timon Gremmels (SPD): Grundwasserabgabe!)

Sie haben es abgelehnt, dort etwas zu machen, wo wir Mehreinnahmen erzielen können, und gleichzeitig fordern Sie, eine halbe Milliarde Euro mehr auszugeben. Meine Damen und Herren, das kann nicht gut gehen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Regierungskoalition setzt bei der Haushaltskonsolidierung auf eine kluge Mischung aus Einnahmeerhöhung und maßvollen Einschnitten bei den Ausgaben. Dass dies so ist und dass wir es sehr planvoll machen, konnten Sie in der Ausgabe der „FAZ“ vom 4. Dezember nachlesen, in der es heißt:

Das schwarz-grüne Projekt Haushaltskonsolidierung wird, anders als von der Opposition erhofft, alles andere als planlos vorangetrieben.

Genau so ist es.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solide Finanzen sind auch der Beweis für eine nachhaltige Politik im Haushaltswesen. Nachhaltigkeit zu fördern ist der Kern unserer Politik. Wir wollen Ökonomie und Ökologie verbinden. Das ist sozusagen die große Klammer, die unsere Arbeit umfasst. Hier zeigen sich auch die besonderen Chancen dieser Koalition.

Wir werden die Energiewende mit rund 30 Millionen € unterstützen, damit dieser Kraftakt gelingt. Herr Schäfer-Gümbel, ich bin bei Ihnen: Dort gegen Atomkraft, dort gegen Windräder – so simpel ist es nicht. Die Sache ist komplexer und schwieriger. Dieser Auseinandersetzung stellen wir uns, auch was die Akzeptanz vor Ort angeht, und wir halten an unseren Zielen fest. Daran will ich keinen Zweifel lassen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Am Ende muss es aber so sein: Die Energieversorgung muss sicher, umweltschonend, bezahlbar und gesellschaft-

lich akzeptiert sein. Noch sind alle Parteien auf dem Weg dahin. Wir werden als Hessische Landesregierung mit der Unterstützung der uns tragenden Fraktionen unseren Weg engagiert weitergehen, so, wie wir ihn in der Koalitionsvereinbarung festgelegt haben. Daran will ich keinen Zweifel lassen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es um Nachhaltigkeit geht, will ich deutlich darauf hinweisen, dass wir unseren Spitzenplatz im Ökolandbau mit der Umsetzung des Ökoaktionsplans festigen. So fördern wir die Biolandwirtschaft, ohne – das ist doch das Entscheidende – die Interessen der konventionellen Landwirtschaft zu vernachlässigen. Bei uns sollen beide eine Zukunft haben. Nicht das Gegeneinander, sondern das Miteinander ist unser Ziel, auch und gerade in diesen Fragen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden die Belastungen durch den Fluglärm engagiert reduzieren. Das ist eine große Aufgabe. Die erfolgreiche Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen sowie der anderen Maßnahmen unseres Aktionsplans, den Sie kennen und den ich heute nicht wieder vortragen will, wird die Belastung reduzieren, und gleichzeitig werden wir die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens erhalten. Es kann gar nicht anders ein. Genau dort ist eine Vielzahl von Maßnahmen anzusiedeln.

Genau dort gehört auch das hinein, was Kollege Al-Wazir zurzeit mit großem Aufwand und großer Leidenschaft umzusetzen versucht. Genau dort stellt sich nämlich auch die Frage: Schaffen wir es, die Lärmpausen so umzusetzen, dass sich die Lärmbelastung reduziert, auch wenn der Lärm in Summe nicht weniger wird? Können die Menschen dort, wo sie sind, eine Stunde mehr Ruhe bekommen? Das ist unser großes Ziel, und daran werden wir festhalten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden dafür sorgen, dass Hessen ein starkes Dienstleistungs- und Industrieland bleibt, ohne dass der Schutz der Umwelt oder die Schonung der Ressourcen vernachlässigt werden. Ich will auf ein Beispiel eingehen, anhand dessen Sie unsere Politik des Ausgleichs von Ökonomie und Ökologie besonders gut nachvollziehen können.

Der von unserer Umweltministerin, Kollegin Hinz, und dem Unternehmen K+S ausgearbeitete Plan zur Bewältigung der dortigen Herausforderungen

(Zurufe von der SPD: Oje!)

führt zum Erhalt von Tausenden von Arbeitsplätzen, ist eine wichtige Stütze für die Struktur einer ganzen Region in unserem Land und verbessert Wasserqualität und Umwelt.

(Zurufe von der SPD)

Nicht ein kompromissloses Entweder-oder und auch kein Festhalten an völlig unrealistischen Zielen wie der Nordseepipeline, sondern eine gemeinsame verantwortliche Gestaltung der Zukunft: Das ist unsere Alternative, und das ist ein Beispiel dafür, wie die Struktur-, die Industrie- und die Umweltpolitik zukunftsfähig unter einen Hut gebracht werden. Genau so muss es sein.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachhaltig zu arbeiten bedeutet auch, die Infrastruktur unseres Landes intakt zu halten. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben auf die große Investitionslücke hingewiesen. Ob es nun um 10 oder um 11 Milliarden € geht – wie auch immer –, wir sind uns einig, dass das eine riesige Aufgabe ist, und wir sind uns auch einig, dass das Land allein das gar nicht stemmen kann.

Aber dort, wo wir es können, müssen wir handeln, und so werden wir im kommenden Jahr 90 Millionen € für den Landesstraßenbau zur Verfügung stellen. Wie der Wirtschaftsminister neulich dem Haus berichtet hat, werden wir im Jahr 2015 all die Maßnahmen, die 2014 verschoben worden sind, umsetzen, soweit sie vor Ort gewünscht werden und ein Baurecht besteht.

(Timon Gremmels (SPD): Die von 2015 auf 2017! Die von 2017 auf 2018!)

Meine Damen und Herren, wir werden hier nichts anbrennen lassen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht sollte man die SPD einmal an folgende Umstände erinnern: Als Sie in Hessen noch Regierungsverantwortung getragen haben

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist lange her! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Gut so!)

– das ist lange her, stimmt –, wie hoch war da der Straßenbauetat für die Landesstraßen? Sie haben es damals geschafft, sage und schreibe 27 Millionen – nicht 90 Millionen – in den Haushalt zu schreiben.

(Michael Siebel (SPD): Das waren noch D-Mark, Herr Bouffier!)

Wer diese Leistungen vollbracht hat, sollte sich freuen, dass diese Koalition mehr als dreimal so viel für den Landesstraßenbau ausgibt. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU)

Mit Verlaub: Mir ist schon klar, dass das nicht allein Ihre Entscheidung war.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Aber man kann auch erfreuliche Weiterentwicklungen feststellen. Das gilt für den heutigen Koalitionspartner.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das war jetzt aber knapp daneben!)

Ich bin froh darüber – das will ich ausdrücklich sagen –, dass, nach meiner Kenntnis, im kommenden Jahr in Hessen die höchste Summe für den Fernstraßenbau zur Verfügung steht, die es jemals gab. Der Bund beabsichtigt, 730 Millionen € in den Fernstraßenbau in Hessen zu investieren. Das, sowohl der Landesstraßenbau als auch der Bundesfernstraßenbau, sind wichtige Maßnahmen für die Infrastruktur unseres Landes und wichtige Impulse für die Bauwirtschaft.

Deshalb begrüße ich sehr, dass wir in dieser Diskussion Ausgleich schaffen: Haben wir eine Investitionslücke? Was müssen wir machen? Das, was wir – auch mit größten Anstrengungen – machen können, wird in Hessen umgesetzt. Das andere bleibt eine gemeinsame Aufgabe, nicht



zuletzt in der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das so zusammenfassen: Nachhaltigkeit zu fördern heißt vor allen Dingen, heute die Grundlagen dafür zu legen, dass wir auch morgen noch stark sind. Die Innovationen von heute bedeuten die Arbeitsplätze von morgen. Deshalb liegt trotz der Schuldenbremse ein Schwerpunkt unseres Haushalts auf Forschung und Hochschulen. Ich sage das ganz bewusst: Dieser Haushalt ist ein Leuchttower für den Hochschulstandort Hessen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Oje! – Weitere Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Da Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, etwas zögerlich klatschen, will ich Ihnen helfen, damit Sie in Zukunft in Enthusiasmus ausbrechen: Das Grundbudget der hessischen Hochschulen steigt im nächsten Jahr um 26 Millionen € auf über 1,5 Milliarden €. Ab 2016 kommt für die Hochschulen jährlich eine Budgetsteigerung in Höhe von 1 % über der Inflationsrate hinzu. Für jeden Euro, den der Bund im Rahmen des Bund-Länder-Hochschulpakts gibt, legen wir in Hessen einen Landeseuro obendrauf.

(Zuruf von der SPD: Nein, Bundeseuro!)

Die Mittel zur Qualitätssicherung von Studium und Lehre werden auch in Zukunft zur Verfügung gestellt: in Höhe von 92 Millionen € pro Jahr. Das bundesweit einzigartige und wirklich hoch geschätzte Forschungsförderprogramm LOEWE erhält weitere 83 Millionen € für Spitzenforschung auf allerhöchstem Niveau. Mit unserem Programm HEUREKA investieren wir bis zum Jahr 2025 sage und schreibe 4 Milliarden € in die Ausstattung unserer Hochschulen.

Die hessischen Studentenwerke werden im nächsten Jahr 2 Millionen € mehr nur für ihre Zwecke haben.

Meine Damen und Herren, auch das will ich heute nicht auslassen: Wir sind das einzige Land in dieser Republik,

(Norbert Schmitt (SPD): Weltweit!)

das die frei gewordenen Mittel, die der Bund uns dadurch ermöglicht, dass er die Kosten für die BAföG-Unterstützung übernommen hat – das macht in Hessen 81 Millionen € aus –, nicht mit klebrigen Fingern irgendwo in den allgemeinen Haushalt gestellt hat, sondern 1 : 1 den Hochschulen zur Verfügung stellt. Das ist in Deutschland einmalig.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Insgesamt haben wir den Wissenschaftsetat des Landes auf über 2 Milliarden € nahezu verdoppelt. Der Etat der Hochschulen ist um fast 60 % auf über 1,5 Milliarden € gesteigert worden. Kein anderes Land dieser Republik leistet für die Zukunft der Hochschulen das, was die Koalition von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier leistet.

(Lachen des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Meine Damen und Herren, das tun wir bewusst, weil wir davon überzeugt sind, kreative Köpfe sind das beste Kapital für unsere Zukunft. Deshalb unterstützen wir die Denkfabriken unseres Landes. Wenn Sie so wollen, ist das ein wesentlicher Teil unserer Agenda: die unterstützen, die Zukunft gestalten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unabhängig davon, ob Studium oder Ausbildung, für diese Koalition gilt: Bildung ist die wesentliche Voraussetzung für persönlichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe. Starke Bildung heißt am Ende auch starke Bürger.

Deshalb haben wir uns trotz Schuldenbremse entschieden, weiter in die Schulen zu investieren. Wir beginnen vorher bei den ganz Kleinen durch die Erhöhung der Mittel für die Sprachförderung und die frühkindliche Bildung – eine ganz bewusste Entscheidung. Das setzen wir in den Schulen fort. Wir haben in den letzten fünf Jahren 2.500 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung gestellt. Das bedeutet eine durchschnittliche Lehrerversorgung an unseren Schulen von 105 % – deutlich mehr, als es jemals in Hessen war.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege, Sie haben die Herausforderungen der demografischen Entwicklung angesprochen. Ja, denen müssen wir uns stellen. Und wir geben eine ganz wichtige erste Antwort, die Sie in Ihrem Beitrag, soweit ich das verfolgen konnte, nicht aufgenommen haben.

Wir wissen alle, wir haben immer weniger Schüler. Wir haben heute so wenige Schüler wie noch nie und so viele Lehrer wie noch nie, und es werden weiter weniger Schüler sein. Und wir haben eine bewusste Entscheidung getroffen. Wir haben nämlich gesagt, trotz ständig weiter sinkender Schülerzahlen werden wir keine einzige Lehrerstelle streichen. Das ist in Deutschland einmalig, das gibt es nur hier.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen – wir haben es oft genug diskutiert –, wir wollen durch diese Handlungsspielräume, die sich dadurch ergeben, besonders zusätzliche Leistungen erbringen, z. B. an Schulen in einem sozial- oder integrationspolitisch schwierigen Umfeld oder für eine behutsame und kluge Weiterentwicklung der Inklusion. Dafür brauchen wir Lehrkräfte, dafür wollen wir sie einsetzen.

Wir wollen sie auch für den Pakt für den Nachmittag einsetzen. Im kommenden Jahr werden wir in sechs Pilotregionen starten. Damit kommen wir dem Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger entgegen, die zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine ganztägige Betreuung der Grundschüler erwarten.

Meine Damen und Herren, Bildung auf allen Ebenen bleibt Kernbereich unserer Arbeit, Kernbereich unserer Anstrengungen. Deshalb darf ich auch heute nicht vergessen, darauf hinzuweisen: Wir wollen auch beim Übergang von der Schule in den Beruf noch besser werden und jedem jungen Menschen eine Chance bieten. Dazu müssen wir uns anstrengen, dass wir sie beim Erwerb des Hauptschulabschlusses stärken. Dort müssen wir die Ausbildung noch stärker an den Bedürfnissen des Arbeitslebens orientieren. Wir müssen insbesondere auch immer darauf hinweisen, dass wir für jeden ein Angebot machen wollen, dass er sein persönliches Lebensglück findet. In Hessen sollen die Menschen auch dann, wenn sie nicht Abitur machen oder studieren, an anderer Stelle für sich und ihre Zukunft eine gute Chance haben. Deshalb ist Bildung mehr als nur gymnasiale Bildung oder Hochschule.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen in unserer Bildungspolitik auf Vielfalt, Wahlfreiheit und Verlässlichkeit statt ideologischer Grabenkämpfe. Mit den Akteuren des Bildungsgipfels – ich lade Sie ausdrücklich ein – wollen wir auch hier vom Gegeneinander zum Miteinander kommen. Ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Wir können heute im Rahmen der begrenzten Zeit keine bildungspolitische Grundsatzdebatte führen. Aber ich lade Sie ein: Machen Sie dort mit, bringen Sie sich ein,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir machen das mit!)

und verstehen Sie recht, dass jeder, der dort zum Erfolg kommen will, diese Diskussion nicht mit Ausschließlichkeitsforderungen beginnen kann, weil er sich dann selbst außerhalb derer stellt, die versuchen, zur Gemeinschaft zu kommen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das gilt für alle Seiten!)

Wer sich selbst sozusagen zum Solitär macht und anderen erklärt: „Nur wenn ihr meine Meinung übernehmt, bin ich bereit, mitzuwirken“, der bleibt Einzelspieler, der bleibt in der Ecke, der kann aber keine Gemeinschaft begründen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Zuruf von der SPD: Mal gespannt!)

Bildung möchte ich aber ganz bewusst, auch im Hinblick auf aktuelle Ereignisse, breiter fassen. Bildung muss mehr sein als schulische oder berufliche Qualifikationen. Bildung muss den ganzen Menschen stark machen. Wir brauchen junge Menschen, die immun sind gegenüber falschen Versprechungen von Extremisten aller Art – ob sie nun von rechts, von links, islamistisch oder wo auch immer herkommen. In diesem Zusammenhang fordern uns die Salafisten in besonderer Weise heraus. Der Salafismus ist die dynamischste und am schnellsten wachsende Extremistenform.

Mit dem Aktionsplan des Innen- und Justizministeriums haben wir eine bundesweit beachtete Plattform und ein Präventionsnetzwerk geschaffen, das beispielhaft ist. Meine Damen und Herren, ich sage das, und ich hoffe, dass es Ihre Zustimmung findet: Wir haben im kommenden Jahr über 1 Million € für Programme zur Extremismusprävention eingestellt. Dieses Geld ist aus meiner Sicht dringend notwendig, und das ist bundesweit einmalig.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Bei aller Ritualisierung solcher Debatten kann ich, ehrlich gesagt, nicht verstehen, warum das keinen Beifall von Ihnen findet. Müssen wir denn wirklich dieses Spiel so machen, dass man, egal was da vorne einer erzählt, grundsätzlich nicht in der Lage ist, Ja oder Nein zu sagen? Ich finde das schade.

(Timon Gremmels (SPD): Das gilt aber umgekehrt auch! – Zuruf von der SPD: Heuchelei!)

Deshalb möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass die hessischen Sicherheitsbehörden nicht nur präventiv arbeiten, sondern dass wir auch die repressiven Maßnahmen ausschöpfen und der polizeiliche Staatsschutz bei den Polizei-

präsidien und dem Landkriminalamt mit 60 weiteren Vollzugsbeamten gestärkt wird. Auch das ist notwendig.

Meine Damen und Herren, Hessen ist eines der sichersten Bundesländer. Das hat auch damit zu tun, wie die „Hessische Allgemeine“ am 28.11. richtig schreibt: „Hessen hat so viele Polizeibeamte wie noch nie.“ Damit das so bleibt, haben wir uns bewusst entschieden, den Polizeivollzugsdienst auch im kommenden Jahr von jeglichen Stellenstreichungen auszunehmen. Alle Kommissaranwärterstellen werden besetzt, und in einem Dreijahresprogramm werden wir zusätzlich insgesamt 140 Polizeianwärter ausbilden.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Dafür wird bei der Verwaltung der Polizei gestrichen!)

Das ist eine konsequente Sicherheitspolitik, und das ist auch der Grund für das hohe Niveau der Sicherheit in Hessen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen aber nicht nur sicher leben, sie wollen auch Gemeinschaft erleben. Es ist deshalb gut, dass die Bürgerinnen und Bürger in Hessen diesen Zusammenhalt und diese Gemeinschaft leben. Laut Umfragen halten die Hessen im Vergleich zu den Einwohnerinnen und Einwohnern anderer Bundesländer besonders fest zusammen. Diesen Zusammenhalt wollen wir fördern: weniger Ellenbogen, mehr Miteinander. Gemeinsam bewegen wir mehr, als wenn jeder allein in eine andere Richtung läuft.

Millionen von Hessen engagieren sich in den verschiedensten Bereichen, in Vereinen, Initiativen oder auch Nachbarschaftshilfen, ehrenamtlich. Lieber Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich finde das nicht beklagenswert. Ich habe das vorhin nicht verstanden, als Sie gesagt hatten, wir hätten eine Fehlentwicklung. Ich finde es toll, dass sich so viele Menschen ehrenamtlich engagieren; denn sie bilden im Ernst den Kitt dieser Gesellschaft, der diese Gesellschaft mehr zusammenhält als alles andere.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

– Ich freue mich, wenn wir uns da einig sind.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Deshalb sage ich ausdrücklich Dank dafür. Und wir wollen dieses Engagement unterstützen. Deshalb fördern wir das Engagement z. B. mit unserer 30-Millionen-€-Garantie für Brand- und Katastrophenschutz oder mit der bundesweit wirklich vorbildlichen Sportförderung von rund 41 Millionen €. Die Ehrenamtskarte, die Ehrenamtslotsen, die Kompetenznachweise und vieles andere runden diese Unterstützung ab.

Sie haben die Familienpolitik angesprochen. Das will ich ebenfalls gern tun. Wenn wir über den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft sprechen, muss uns klar sein, dass er im Kleinen beginnt, und nirgends mehr als in der Familie. Künftig werden wir auf diesen familiären Zusammenhalt noch viel stärker angewiesen sein. Die demografische Entwicklung, die damit einhergehenden Herausforderungen z. B. im Bereich der Pflege und Krankenbetreuung sowie in vielen anderen Bereichen stellen uns vor große Aufgaben. Machen wir uns nichts vor: Keine Rentenversicherung, kein Arbeitslosengeld, keine Pflegeversicherung kann das leisten, was eine Familie leistet.

Weil das so ist, wollen wir in unserer familienpolitischen Leistung nicht zurückgehen, sondern sie auf hohem Niveau halten. Deshalb werden Sie im Haushalt sehen, dass wir z.B. die Förderung von Familienzentren auf 1,665 Millionen € und die Mittel der erfolgreichen Familiencard auf 1,1 Millionen € erhöhen. Das ist ein bewusstes Zeichen zur Anerkennung, aber auch zur Förderung der Familien. Ich würde mich freuen, wenn wir wenigstens darüber Einigkeit erzielen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit wir diesen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich begegnen können, werden wir auch diejenigen brauchen, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Das Klima des Zusammenhalts, die interkulturelle Öffnung und eine Willkommens- und Anerkennungskultur, all das wird schon heute mit darüber entscheiden, wie wir mit den Herausforderungen der Zukunft am besten zurechtkommen.

Ich sage sehr deutlich: Wir wollen den Menschen, die zu uns nach Hessen kommen, zeigen: „Ihr gehört zu uns, wir gehören zusammen.“ Auch deshalb stellen wir allein im nächsten Jahr 3 Millionen € für das Integrationsprogramm WIR in den Haushalt ein. Das ist eine außerordentliche Leistung, aber es ist auch eine ganz bewusste Leistung, die deutlich macht, wie wir mit denen, die zu uns kommen, gemeinsam unsere Zukunft gestalten wollen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Gesellschaft, die zusammenhält, hat keinen Platz für Diskriminierung. Der Beitritt des Landes zur Koalition gegen Diskriminierung war deshalb ein wichtiger Schritt. Künftig wird auch die Antidiskriminierungsstelle unbürokratisch schnelle Hilfe für Opfer von Diskriminierung leisten. Dafür stellen wir im Haushalt drei Stellen sowie erhebliche Sachmittel bereit. Wenn Sie sich in der Bundesrepublik umschauen, werden Sie sehen, dass Hessen damit das für diese Aufgabe am besten ausgestattete Land der Republik ist. Darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem aber bekommen jene die Unterstützung, die wegen ihrer schwierigen Lebenslage besonders auf Solidarität angewiesen sind. Wir erhöhen deshalb die freiwilligen sozialen Leistungen um 35 % und stocken das Budget auf 70 Millionen € auf.

Dieses Sozialbudget bleibt ausdrücklich stabil für diese Legislaturperiode – so haben wir es vereinbart – und wird nicht Teil von Kürzungen. Es ist also geschützt. Das ist eine enorme Anstrengung. Es zeigt aber auch, dass Haushaltskonsolidierung in dieser Koalition nicht zulasten der Schwächeren geht. Allein unser Landesprogramm für Langzeitarbeitslose hat einen Umfang von 2 Millionen €. Wenn Sie sich diese beiden Punkte einmal anschauen, kann man wirklich erkennen, wie wir auch bei striktem Kurs des Sparens diejenigen nicht vergessen, die unsere Solidarität brauchen. Deshalb haben wir dieses Sozialbudget eingeführt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zum Schluss will ich auf einen Umstand eingehen, der mich sehr bewegt, und wohl viele andere auch. Wir leben in Frieden und Freiheit und nie gekanntem Wohlstand.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Na ja, auch nicht alle!)

Gleichzeitig sind 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Es ist die höchste Zahl seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Viele dieser Flüchtlinge kommen auch zu uns. Das ist eine große Herausforderung für die Flüchtlinge, aber auch für uns.

Wir können nicht das Elend der ganzen Welt in Hessen aufnehmen. Aber wir können als starkes und sehr wohlhabendes Land viel tun. Ich rate uns deshalb: Nehmen wir die Flüchtlinge freundlich auf – sie werden es uns danken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Janine Wissler (DIE LINKE): Einer von der CDU hat nicht applaudiert!)

Unsere zuständigen Bediensteten, die Hilfsorganisationen, aber vor allem viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land engagieren sich für die Flüchtlinge und leisten Großartiges. Dafür danke ich ihnen – aber auch unseren Bediensteten, wenn ich an die Erstaufnahmestelle und anderes mehr denke – im Namen des Landes Hessen herzlich, und ich denke, auch im Namen des ganzen Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank gilt ausdrücklich auch den Kommunen, die diese schwierige Arbeit vor Ort leisten müssen und deren Arbeit wir im nächsten Jahr mit weiteren 260 Millionen € unterstützen.

(Timon Gremmels (SPD): Das reicht aber nicht!)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben eine Entwicklung angesprochen, die mich genauso besorgt wie Sie und viele andere auch. Scheinbar wie aus dem Nichts gehen Menschen auf die Straße, die gegen die angebliche Islamisierung Deutschlands und Europas demonstrieren. Dabei sind Rechtsextreme, Ewiggestrige, aber auch Bürger, die Angst um ihre Zukunft oder die Zukunft des Landes haben.

Diese Ängste sind aus meiner Sicht unbegründet; aber wir werden sie den Bürgern nicht nehmen, wenn wir sie ignorieren. Ignorieren oder dämonisieren wird nicht weiterhelfen. Es ist deshalb Pflicht aller Parteien – und ich füge bewusst hinzu: aller gesellschaftlichen Gruppen, nicht nur der Parteien –, diese Themen aufzunehmen und klar Positionen zu beziehen, sachlich aufzuklären und das Gespräch zu suchen. Dabei muss aber eines immer klar sein: Dumpfe Angstparolen, Ausgrenzung, Intoleranz oder gar Gewalt finden niemals unsere Nachsicht oder gar Verständnis, sondern unseren entschlossenen Widerstand.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn sich die Organisatoren dieser Demonstrationen angeblich gegen die Islamisierung wenden, sich aber praktisch ausschließlich mit Forderungen gegenüber den hier lebenden Flüchtlingen hervortun, zeichnen sie ein Zerrbild dieses Landes und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Ministerpräsident, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

**Volker Bouffier, Ministerpräsident:**

Deshalb möchte ich den Bürgern, die dort mitmarschieren – in Kassel gibt es das ja auch –, aber nicht zu den Organisatoren gehören, ausdrücklich anraten: Ziehen Sie eine klare Grenze zu denen, die mit falschen Parolen Stimmung machen, und machen Sie sich nicht zu nützlichen Instrumenten von Leuten, die unserem Land nicht helfen, sondern ihm schaden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Unsere sozialpolitischen Grundsätze, die wir gemeinsam tragen, eröffnen neue Möglichkeiten und zeigen da, wo Menschen Hilfe brauchen, weil sie sich selbst nicht helfen können, dass der Staat seine Hilfe anbietet. Aber wir überdehnen das staatliche Handeln nicht. Wir huldigen nicht dem Paternalismus und glauben auch nicht, der Staat wisse besser für die Menschen zu handeln als sie selbst. Deshalb gilt für uns: Wir bevormunden nicht, sondern wir wollen befähigen. Wir trauen den Bürgerinnen und Bürgern, und die Bürgerinnen und Bürger trauen uns. Deshalb werden wir dieses Vertrauen auch in den kommenden Jahren nicht enttäuschen. Wir werden unsere erfolgreiche Arbeit fortsetzen, indem wir Antworten auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen geben.

Mit dem Entwurf des Haushaltes 2015 halten wir Kurs: Solide und generationengerecht halten wir an Bewährtem fest und setzen neue Schwerpunkte. So bleiben wir handlungs- und zukunftsfähig. Wir fördern die Nachhaltigkeit, weil solide Finanzen, die Verbindung von Ökologie und Ökonomie und gezielte Investitionen in unsere klugen Köpfe entscheidend für künftige Generationen sind. Wir stärken Bürgerinnen und Bürger; denn gute Bildung, exzellente Sicherheit und die Gewährleistung von Freiheit und Verantwortung machen unser Land stark. Wir festigen den Zusammenhalt Hessens; denn soziale Sicherheit, Toleranz, bürgerschaftliches Engagement und Humanität sind die Pfeiler einer demokratischen Gesellschaft.

Das alles zusammengefasst heißt: Zusammenhalt festigen, Nachhaltigkeit fördern und Bürger stärken. So haben wir es uns im Koalitionsvertrag miteinander vorgenommen, und so setzen wir es im Interesse der Bürgerinnen und Bürger um: mutig, klug und erfolgreich. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank. – Der nächste Redner in der Aussprache ist Herr Abg. van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE. Herr Kollege, Sie haben zwei Minuten mehr als beabsichtigt.

**Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Auch das noch. Okay. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ganz beeindruckt, muss ich gestehen; denn eben habe ich ein Bild von Hessen erlebt, das die Vorboten des Paradieses darstellen soll.

(Holger Bellino (CDU): Wir arbeiten noch daran!)

Herr Ministerpräsident, es waren viele Leuchtfeuer. Aber wenn ich die örtliche Reflexion nehme, wenn ich höre, was aus den Kommunen zurückkommt, habe ich den Eindruck, dass es sich hier eher um einen Scheunenbrand handelt.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, vor gerade einmal etwas mehr als einem Jahr twitterte Ihr heutiger Stellvertreter, Tarek Al-Wazir, Folgendes:

Bouffier ist halt doch nicht Landesvater, sondern Nachlassverwalter von Roland Koch, nicht Versöhner, sondern Rechtspopulist der Hessen-CDU.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Recht hatte er!)

Das war am 18. September, also kurz vor den Wahlen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist ja ungeheuerlich!)

Es ist auch unglaublich, wie viel Kreide Sie offenbar gefressen haben, um heute ein derart harmonisches Bild Ihrer schwarz-grünen Koalition zu inszenieren. Nach diesem Auftritt müssen wir in Mecklenburg-Vorpommern anrufen und fragen, was von den Kreidefelsen auf Rügen noch übrig ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie selbst haben noch am 31. August letzten Jahres gegenüber der „Fuldaer Zeitung“ erklärt, dass Sie Schwarz-Grün definitiv ausschließen, weil Sie keine inhaltlichen Übereinstimmungen mit den GRÜNEN hätten. Wörtlich werden Sie dort zitiert:

Bei jedem Verkehrsprojekt sind die GRÜNEN dagegen. Bei jedem! Und dann wollen sie die Menschen zusätzlich belasten: Vermögensteuer, Vermögensabgabe, Streichung des Ehegattensplittings – das ist schon auf Bundesebene ein umfassendes Abschöpfungsprogramm. Und für Hessen kommt dazu: ein Wassercent, eine Steuer auf Sand und Kies. Und außerdem wollen sie den Menschen vorschreiben, wie sie zu leben haben: Tempo 30 an allen Ecken, Veggie-Day – das ist doch irre.

Wohlgemerkt, als irre haben Sie Ihren heutigen Koalitionspartner bezeichnet.

(Michael Boddenberg (CDU): Was? – Karin Wolff (CDU): Kleingeschrieben, Attribut! – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Ach so, die sind nur irre, aber keine Irren?)

Dass Sie die GRÜNEN heute vielleicht als nicht mehr ganz so irre – das war wieder die adverbiale Struktur – ansehen wie noch vor etwas mehr als einem Jahr, hat natürlich auch damit zu tun, dass die GRÜNEN ganz schnell und brav ihre wesentlichen Positionen geräumt haben. Während die GRÜNEN noch mit „Wir tragen den Wechsel“ in den Wahlkampf gezogen sind, kann man heute feststellen: Ihr tragt die CDU, liebe GRÜNE.

In ihrem Wahlprogramm riefen die GRÜNEN die Wählerinnen und Wähler auf:

Wählen Sie Schwarz-Gelb klipp und klar ab, schicken Sie die Herren Bouffier und Hahn in die Opposition. Ohne Ihre Stimme wird der Wechsel scheitern, denn wer den Wechsel will, muss ihn wählen. ... Nur eine Stimme für die GRÜNEN ist eine sichere Stimme für den Wechsel ...

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Heute muss man feststellen: Wer Grün gewählt hat, hat CDU gewählt, nicht den Wechsel. Der Politikwechsel in Hessen fällt aus, weil die GRÜNEN lieber der Union den Steigbügel halten, als sich für Veränderungen stark zu machen. Für die GRÜNEN gilt: Hauptsache, endlich mitregieren, auch wenn man dabei einfach nur ein billiger Ersatz für die FDP ist. – Um die Inhalte geht es den GRÜNEN jedenfalls in dieser Regierungskoalition nicht. Anders kann man einen solchen Landeshaushalt sicherlich nicht erklären.

Auf der Pressekonferenz Ihrer schwarz-grünen Haushaltsklausur erklärte Herr Wagner von den GRÜNEN etwa, dass in den Landeshaushalt schon alle grünen Ideen eingearbeitet seien.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Genau, die ganzen Sparideen!)

Herr Wagner, lieber Mathias, das erstaunt doch sehr, zumindest all jene, die Ihnen vor der Wahl geglaubt haben, dass die GRÜNEN für einen Wechsel stehen.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Denn außer ein paar kleinen Akzenten ist dieser Landeshaushalt nichts anderes als die Fortsetzung schwarz-gelber Haushaltspolitik. Im Wesentlichen setzen Sie, wie die Vorgängerregierung auch, auf eine Rhetorik vom Sparen, und tatsächlich profitieren Sie von einer Wirtschaftslage, die in Hessen noch einigermaßen stabil ist.

Aber fangen wir mit den Akzenten an, die diese Landesregierung angeblich setzt. Ganz vorne möchte ich da etwas zum Sozialbudget sagen; denn das wird gerade von den GRÜNEN immer wieder als das Beispiel angeführt, wo sich grüne Politik in Hessen bemerkbar mache.

Nun, zum einen ist es gut und schön, wenn eine Landesregierung überhaupt so tut, dass sie sich um die sozialen Belange im Land kümmert. Aber damit ist auch schon alles Positive über dieses Sozialbudget gesagt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die „Operation düstere Zukunft“ vor elf Jahren hatte einen Einschnitt in die sozialen Leistungen des Landes in Höhe von etwa 30 Millionen € zur Folge. Wenn man die üblichen Preis- und Tarifsteigerungen hinzunimmt, bräuchten wir heute sicher wenigstens 40 Millionen €, um die Einschnitte der „Operation düstere Zukunft“ auch nur annähernd auszugleichen. Davon ist diese Landesregierung aber weit entfernt.

Tatsächlich ist das Sozialbudget nicht nur zu klein, sondern es ist auch noch schlecht gemacht. In den Haushaltsberatungen musste die Landesregierung nicht nur eingestehen, dass das Sozialbudget nicht die angegebene Höhe von 18 Millionen € hat, die zusätzlich ausgegeben werden sollen, sondern dass es sich nur um 12,5 Millionen € handelt, weil die Landesregierung unter dem Sozialbudget auch Posten

zusammenfasst, die schon bisher im Haushalt gestanden haben.

Die Landesregierung musste auch noch zugestehen, dass sie überhaupt nicht sicherstellen kann, dass das Geld dann überhaupt bei den Betroffenen und in den Einrichtungen ankommt. Sie wissen schlicht nicht, ob das Geld, das Sie hier für soziale Zwecke zusätzlich in den Haushalt einstellen, letztlich dort ankommt oder ob es in den klammen Kassen der Kommunen einfach versickert.

Während viele Kommunen nach der „Operation düstere Zukunft 1“ unter Roland Koch mit eigenem Geld das Überleben vieler sozialer Einrichtungen in Hessen überhaupt gesichert haben, muss man nun befürchten, dass diese Kommunen jetzt durch Schutzschirm und Herbstlerlass von der Landesregierung gezwungen werden, genau dieses Geld wieder aus den Einrichtungen abzuziehen. Da nützt es eben auch nichts, wenn an der einen oder anderen Stelle diese Mittel durch das Sozialbudget ersetzt werden. Unter dem Strich heißt das für die Betroffenen: Mehr Geld gibt es nicht.

Dieses Vorgehen ist offensichtlich der neue Stil, den die Landesregierung angekündigt hat: Auf der einen Seite rühmt man sich, soziale Wohltaten zu verteilen, und auf der anderen Seite zwingt man die Kommunen, ihre sozialen Leistungen wegzukürzen. Thorsten Schäfer-Gümbel hat bereits das Problem der Schulsozialarbeit angeschnitten, wo es am krassesten in der augenblicklichen Situation klar wird.

So sieht das schwarz-grüne Sozialbudget am Ende aus. Im Grunde ist es das, was man erwarten musste: eine boshafte Mischung aus Roland Kochs „Operation düstere Zukunft“ und grüner Sozialpolitik, die für Hartz IV mit verantwortlich ist.

Und so kann man die grünen Schwerpunkte in diesem Landeshaushalt weiter durchgehen. Nehmen Sie die Hochschulen. Diese Landesregierung rühmt sich, dass es endlich mehr Geld gäbe.

Nun muss man zum einen feststellen, dass die Mittel kaum ausreichen werden, um die wissenschaftliche Lehre angesichts der weiterhin erfreulich steigenden Studierendenzahlen abzudecken, noch handelt es sich allerdings um Geld, das Schwarz-Grün zusätzlich ausgibt. Es geht allein um Geld, das der Bund den Ländern zur Verfügung stellt. Der einzige Schwerpunkt, den Schwarz-Grün hier setzt, ist, das viel zu knappe Budget der Hochschulen bei gleichzeitig steigenden Studierendenzahlen nicht weiter zu verringern. Bei steigendem Bedarf keine zusätzlichen Landesmittel – das ist also der Schwerpunkt, den die Landesregierung setzt.

Die Frage ist nur, wie lange noch, denn auch der Wissenschaftsminister Rhein fährt hier eine klare Kante, was die Finanzierung der hessischen Hochschulen angeht. Zum Stabswechsel an der Spitze der Goethe-Universität erklärte er in den vergangenen Tagen, gerichtet an die neue Präsidentin der Universität:

Die Schuldenbremse fordert schnelle Erfolge, und dabei zähle ich auf Sie.

Deutlicher kann man nicht zugeben, dass man auch in der Bildungspolitik die Schuldenbremse für wichtiger hält als die Bildung und Ausbildung der nachfolgenden Generationen.

(Michael Boddenberg (CDU): Ach du liebe Zeit! Haben Sie einmal in den Haushalt gesehen?)

Man kann den Hochschulen für die nächsten Jahre nur viel Glück wünschen, dass der Bund dafür sorgt, den steigenden Bedarf zu decken. Allein bei dieser Bundesregierung halte ich das für ausgeschlossen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das gleiche Spiel beim Pakt für den Nachmittag. Zum einen stellt das Land viel zu wenig Mittel zur Verfügung, zum anderen sollen die Kommunen und besonders die Eltern den Löwenanteil der Kosten tragen. So kann man es sich leicht machen, wenn am Ende die Eltern die Gelackmeierten sind, weil die Ganztagsbetreuung vor Ort nicht zustande kommt oder so teuer ist, dass von Wahlfreiheit für die Betroffenen keine Rede sein kann.

(Vizepräsident Wolfgang Greilich übernimmt den Vorsitz.)

So machen Sie es sich zu einfach und behaupten dann am Ende, dass die schwarz-grüne Landesregierung immerhin irgendetwas getan hat. Dabei wissen Sie selbst ganz genau, dass viele Kommunen gar nicht in der Lage sein werden, die Kosten zu tragen. Am Ende wird man sich dann vielerorts entscheiden müssen, die Gebühren für die Kinderbetreuung zu erhöhen, nicht trotz, sondern wegen des Pakts für den Nachmittag.

Diese Art Generationengerechtigkeit haben CDU und GRÜNE also gemeint, als sie schon vor der letzten Landtagswahl die Bürgerinnen und Bürger zu einem Ja für die Schuldenbremse überredet haben. Es wird immer deutlicher, was die Schuldenbremse in diesem Land wirklich bedeutet; denn Einsparungen gibt es vor allem an drei Stellen: erstens bei den Kommunen, zweitens bei den Beschäftigten und drittens bei den Investitionen.

Den Kommunen hat schon die Vorgängerregierung etwa 350 Millionen € weggenommen. Damals waren sich auch die GRÜNE mit uns einig, dass diese unsystematische Kürzung falsch ist – Thorsten Schäfer-Gümbel hat darauf hingewiesen, dass dies die Position war –, da Sie den Finanzbedarf vieler Kommunen nicht ausgleichen.

Anders als wir meinten die GRÜNE aber offensichtlich nicht, dass das zentrale Problem die Finanzmittel seien. Es wäre also an der Landesregierung, endlich dafür zu sorgen, dass die Kommunen ihre Haushalte so aufstellen können, dass die notwendigen Aufgaben überhaupt erfüllt werden können. Ihre Auffassung war es offensichtlich, dass es das eigentliche Problem war, die Kürzung des KFA zu begründen. Genau auf diese Position zieht sich nun Schwarz-Grün zurück und macht den Vorschlag für eine Reform des KFA.

Im Grunde ist das mit der Bemessung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder vergleichbar. Jeder weiß, dass diese viel zu niedrig sind. Aber die Bundesregierung hat sich auf der Grundlage eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht bemüht, die Regelsätze so zu ändern, dass Kinder davon leben können. Nein, vielmehr hat man sich darauf versteift, zu begründen, warum die Regelsätze so niedrig sein dürfen. Das war eine Auslegungssache.

(Michael Boddenberg (CDU): Großer Unfug!)

Genauso geht die Landesregierung jetzt auch beim kommunalen Finanzausgleich vor. Statt das Problem der Unterfinanzierung der Kommunen zu bekämpfen, gestalten Sie

gerade eine KFA-Reform, die darauf abzielt, mit Taschenspielertricks die kommunale Armut zu begründen. Diese KFA-Reform wird die Schuldenbremse für die Kommunen, und das heißt verstärkter Sozialabbau.

Nun haben die GRÜNEN ja immer wieder betont, dass sie die Schuldenbremse mit einem Dreiklang von den drei E schaffen würden. Abgesehen davon, dass ein Dreiklang immer aus drei unterschiedlichen Tönen besteht und nicht nur aus einem E,

(Heiterkeit bei der LINKEN und der SPD – Ministerpräsident Volker Bouffier: Das ist richtig!)

gehört auch das Thema Einnahmen immer zu dem, was die GRÜNEN den Menschen versprochen haben. Aber davon ist in diesem Landeshaushalt nichts zu sehen. In der Tat steigen die Steuereinnahmen. Aber das ist nicht Ergebnis schwarz-grüner Politik, sondern das Ergebnis einer moderaten Wirtschaftsentwicklung hier in Hessen.

Mittlerweile muss man also feststellen, die drei E waren in der Tat kein Dreiklang. Vielmehr steht das E für Einfalt, und zwar für die Einfalt zum Kürzen und Streichen, den Willen der Politik begleitend. Es geht nicht darum, die Politik in Hessen sozialer und gerechter zu gestalten.

Meine Damen und Herren, Mehreinnahmen gibt es in diesem Landeshaushalt vor allem, weil – wie gesagt – die Wirtschaftslage, anders als in weiten Teilen Europas, hier bei uns noch nicht eingebrochen ist. Anders sind Steuermehreinnahmen von fast 1 Milliarde € nicht zu erklären. Wohlgermerkt sind das allein die Steuermehreinnahmen.

Herr Bouffier, die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist davon nur ein sehr kleiner Teil. Ihrer Einnahmeverantwortung kommt diese Landesregierung jedenfalls nicht nach. Ganz im Gegenteil: Bezahlen werden die Schuldenbremse die Kommunen, die Landesbeschäftigten und die nachfolgenden Generationen, denen wir eine ruinierte Infrastruktur hinterlassen.

Konkret haben wir hier in Wiesbaden die Polizeibeamten und Feuerwehrleute auf einer Demonstration vor der Hessischen Staatskanzlei gesehen. Sie werden nämlich die Ersten sein, die die Folgen der Kürzungen zu tragen haben.

Auf den ersten Blick mag es ja plausibel klingen, wenn die Landesregierung erklärt, dass man den Beamtinnen und Beamten bei ihrer Krankenversicherung angeblich Privilegien wegnimmt. Tatsächlich aber heißt das, dass diese Menschen zusammen mit der Nullrunde bei der Besoldung im nächsten Jahr klipp und klar mit Reallohnverlusten auskommen müssen.

Schwarz-Grün sorgt hier dafür, dass diejenigen, die buchstäblich den Kopf hinhalten und bei Bränden oder Verkehrsunfällen als Erste vor Ort sind, im nächsten Jahr mit weniger auskommen müssen. Zeitgleich – ich fand das beleidigend – war Ihr Auftritt, Herr Beuth, auf der parallelen Pressekonferenz. Zu den Aktionen von Polizei und Feuerwehr waren Sie nicht bereit, in die Diskussion zu gehen. Wir waren in Wiesbaden und in Kassel vor Ort, um unsere Solidarität zu bekunden. Das werden wir auch bei den zukünftigen Aktionen machen.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie sich eigentlich schon von den Schlägern distanziert?)

– Ich habe mich immer von Schlägern distanziert, weil ich keine Schläger brauche. Wir haben immer gute Argumente gehabt, die sehr überzeugend sind, Herr Boddenberg.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich habe das nicht gelesen! Es hat keiner mitbekommen, dass Sie sich entschuldigt und distanziert haben!)

– Wir brauchen uns nicht zu entschuldigen. Ich muss mich für Sie auch nicht entschuldigen. Das mache ich doch auch nicht.

(Heiterkeit der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren von der FDP, entschuldigen Sie, aber das haben selbst Sie sich in Ihrer Regierungszeit nicht getraut, eine solche Politik zu fahren. Dazu steht immer noch das vage Versprechen der Arbeitszeitverkürzung im Raum.

Die hessischen Beamtinnen und Beamten, diejenigen mit bundesweit der längsten Regelarbeitszeit, erhalten als Dank für zwei Stunden zusätzliche Arbeit pro Woche jetzt eine Nullrunde. Die gleichzeitige Kürzung bei der Krankenversicherung für Beamte zeigt den Zynismus dieser Landesregierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Und, ehrlich gesagt, glaube ich kaum noch, dass das Versprechen, diese Arbeitszeit wenigstens auf 41 Stunden zu reduzieren, in dieser Legislaturperiode noch eingehalten wird. Denn wie soll das gehen?

Auf der einen Seite versprechen Sie den Beschäftigten, dass Sie deren Arbeitszeit reduzieren wollen. Auf der anderen Seite machen Sie aber auch klar, dass Sie zum Personalabbauprogramm von Schwarz-Gelb noch zusätzlich 1.800 Stellen abbauen werden. Ich rechne damit, dass wir in dieser Legislaturperiode somit deutlich über 2.000 Stellen im öffentlichen Dienst verlieren werden. Entweder heißt das, dass massiv Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger abgebaut werden müssen, oder aber die Beschäftigten werden erhebliche unbezahlte Mehrarbeit leisten müssen.

Wenn Sie eine Reduzierung der Arbeitszeit versprechen, dann müssen Sie auch mehr Personal einstellen und können nicht auch noch Stellen streichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Thorsten Schäfer-Gümbel, ich habe mich im Übrigen doch sehr gewundert, dass Ihre Partei allen Ernstes zusätzlich 400 Stellen streichen will, ohne zu sagen, welche Stellen es seien sollen, einzig und allein aus der Freude am Sparen – oder was soll das sein? Der Vorschlag, 400 Stellen zu streichen, ohne sagen zu können, welche Stellen das sein sollen und wer diese Aufgaben übernehmen soll oder ob diese Stellen mit lauter CDU-Granden besetzt sind, die sowieso nichts zu tun haben – lieber Thorsten Schäfer-Gümbel, diese Forderung ist schlichter Populismus, nicht mehr und nicht weniger.

Selbst die FDP hat sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen. Wenigstens das sollte Ihnen zu denken geben.

Wir stehen jedenfalls an der Seite der Beschäftigten und reden den öffentlichen Dienst nicht schlecht. Wir setzen uns für einen öffentlichen Dienst ein, in dem effizient gearbeitet wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt aber nicht, dass wir wie die SPD-Fraktion einfach einmal ins Blaue hinein behaupten, wir könnten 400 Stellen streichen, ohne dass das jemand merken würde. Für uns steht im Vordergrund, dass wir in vielen Bereichen deutlich mehr Personal benötigen werden, als bisher zur Verfügung steht. Es mag ja sein, dass in der Staatskanzlei oder im Partyboot Landesvertretung in Berlin die eine oder andere Stelle nicht gebraucht wird. Unter dem Strich wollen wir aber, dass diese Stellen dann nicht einfach gestrichen werden, sondern sie sollen dort eingesetzt werden, wo wir sie dringend brauchen. Die Personalkosten sind aus unserer Sicht jedenfalls kein Steinbruch zur Haushaltskonsolidierung. Die Schuldenbremse heißt Sozialabbau, und genau das bekommen die Landesbeschäftigten hier zu spüren.

Dazu passt, dass die SPD als Schuldenbremsenpartei zwar sagt, dass sie die Nullrunde im öffentlichen Dienst nach Gutsherrenart ablehnt, aber sie fordert eben auch keine Besoldungsanpassung für die Beamtinnen und Beamten. Ich kann das nur so verstehen, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Reallohnverlusten auch noch zustimmen sollen. Dafür werden wir allerdings nicht zur Verfügung stehen.

Worauf die SPD „sozial“ schreibt, da steckt eben noch lange nicht sozial drin. Auch bei den GRÜNEN steckt nicht immer grün drinnen, wenn das von dieser Regierungskoalition darauf geschrieben wird. So erklärte der heutige Verkehrsminister Tarek Al-Wazir noch im August 2013, dass es mit ihm kein Terminal 3 geben werde. Er sagte – ich zitiere –:

Begrenzung der Flugbewegungen, Nachtflugverbot 22 bis 6 Uhr und keinen Bau des Terminals 3.

So wurde er am 9. August 2013 in der „Bild“-Zeitung wiedergegeben.

Heute kann man feststellen: Pustekuchen! Die Nacht im Rhein-Main-Gebiet wird weiterhin verlärm, und Fraport hat Baurecht für das Terminal 3. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann tatsächlich mit dem Bau begonnen wird. Hier geben die GRÜNEN wieder klein bei, als ob es kein Primat der Politik gäbe.

Auch wenn es ums Geld geht, ist diese Landesregierung weiter auf der gleichen Spur, wie es Schwarz-Gelb war. Es wird weiterhin jedes Jahr Millionen Euro für den ungenutzten Regionalflughafen Kassel-Calden geben.

Dabei haben gerade erst die Bahn und Lufthansa angekündigt, den ICE-Bahnhof in Kassel direkt mit dem Frankfurter Flughafen zu verbinden. Niemand wird also auch in Zukunft den Flughafen Kassel-Calden brauchen, das Millionggrab dort wird aber immer größer. Das Land darf jetzt sogar noch eine Bürgschaft von bis zu 14 Millionen € für Mehrkosten nachlegen, die der Ausbau wohl nach sich ziehen wird. Das sind weder Einsparungen noch Effizienzsteigerungen, das ist einfach Irrsinn.

Man sollte diesen Flughafen entweder wieder herabstufen, um dauerhaft die Kosten zu senken, oder ihn wenigsten in „Roland-Koch-Gedächtnis-Airport“ umbenennen. Denn genau das ist er, ein Denkmal für verkehrte Verkehrspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei würde viel Geld gebraucht, um in die Infrastruktur in Hessen zu investieren. Fragen Sie doch einmal die Kom-

munalpolitiker, wie der Zustand der Brücken in den Städten und Gemeinden ist. Dort wird mehr Geld gebraucht. Es geht auch um die Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Stattdessen aber spart diese Landesregierung auf Kosten der Investitionen. Im Vergleich zu den sowieso schon viel zu niedrigen Investitionen, die Schwarz-Gelb noch im Finanzplan stehen hatte, will diese Landesregierung noch weiter kürzen. Insgesamt wollen Sie fast 170 Millionen € weniger für Investitionen ausgeben, als es Schwarz-Gelb noch geplant hat. Damit zeigen Sie ganz klar, dass die Schuldenbremse eben nicht den nachfolgenden Generationen nützt, sondern dass Sie unseren Kinder und Enkeln eine völlig marode Infrastruktur hinterlassen wollen.

Mittlerweile hat sich ein regelrechter Investitionsstau gebildet. Der Vertreter der SPD-Fraktion hat noch einmal deutlich gemacht, dass es sich schon damals um insgesamt 10 Milliarden € gehandelt hatte, als die Untersuchung stattfand. Das ist alles andere als generationengerecht. Aufgrund der viel zu geringen Investitionsausgaben wird den kommenden Generationen eine kaputte Infrastruktur hinterlassen.

Es drängt sich die Vermutung auf, dass Sie sich mit diesem Problem deshalb nicht befassen, weil es der Argumentation widerspricht, dass Land und Kommunen über ihre Verhältnisse gelebt hätten und jetzt kürzen und sparen müssten. Es ist wirtschaftspolitisches Allgemeinwissen, dass die öffentliche Hand und insbesondere die Kommunen im Fall von finanziellen Engpässen ihre Investitionstätigkeit einschränken, da nur hier variabel und schnell Mittel gekürzt werden können.

Die im Trend sinkenden Investitionen und der damit verbundene Verschleiß der öffentlichen Infrastruktur müssen aber dringend angegangen werden. Dabei ist die Betrachtung nicht alleine darauf zu richten, dass die staatlichen Ebenen durch eine verfehlte Steuerpolitik an Geldmangel leiden. Das Outsourcen der Betriebe war und ist der Versuch, die Kosten auf Kosten der Beschäftigten zu senken.

Die Verantwortlichen in den Kommunen und im Land machen sich durch den drastischen Personalabbau auch ärmer. Denn wenn die Fachkompetenz auf den verschiedenen Ebenen fehlt, müssen Untersuchungen über Stabilität, Entscheidungen über Reparatur oder Erneuerung, aber auch Ausschreibungen und deren Vorbereitung sowie die fachliche Bewertung getätigter Investitionen privat vergeben und teuer bezahlt werden. Das ist neben der schon bestehenden ÖPP-Politik, die endlich auch von den Rechnungshöfen kritisiert wird, eine weitere Etappe des Siegeszugs des Neoliberalismus gegen verantwortliches Handeln des Staates. Der Privatisierungswahn würde einen weiteren Etappensieg davontragen.

Uns, den Mitgliedern der LINKEN, geht es um die Rückeroberung des öffentlichen Raums. Alle Bereiche der Daseinsvorsorge wie Wohnen, Bildung und Weiterbildung, Energie und Gesundheit gehören in die öffentliche Hand.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir bleiben erkennbar für einen wirklichen Politikwechsel und für soziale Gerechtigkeit. Ihre Politik ist nicht generationengerecht, sondern die Bankrotterklärung einer Politik, die die Unterfinanzierung des Staates nur verwalten und nicht beseitigen will. In der Gesamtschau ist dieser Haus-

halt dann auch genau das, nämlich eine Bankrotterklärung für Schwarz-Grün.

Ich will noch eine kurze Bemerkung zu PEGIDA machen. Denn das ist sicherlich ein Thema, das uns aktuell sehr betrifft. Wir glauben, dass diese Bewegung nicht ganz plötzlich als Urgewalt entstanden ist, sondern in einer Situation latent vorbereitet wurde, in der deutsch-nationale Positionen und die Verarmungsstrategie gegenüber den südeuropäischen Staaten dazu geführt haben, dass sich eine Burgmentalität entwickelt, aufgrund derer niemand mehr hereingelassen werden soll.

Es geht darum, eine andere Politik der Internationalität zu entwickeln und für internationale Solidarität zu kämpfen. Wir müssen natürlich auch sehen, dass die Ursache einer solchen Politik, die bedingt, dass es Flüchtlingsströme zu uns gibt, ist, dass wir seit Jahren eine Kriegspolitik betreiben. Immerhin machen wir das seit zehn Jahren in Afghanistan. Die Taliban wurden dort ausgerüstet und verüben jetzt Bluttaten in anderen Regionen der Welt. Das ist eine Politik, die die im Grunde genommen falschen Positionen eines kriegerischen und militärischen Denkens bevorzugt, anstatt tatsächlich Integration und Solidarität international zu leben.

(Beifall bei der LINKEN)

Der angekündigte Politikwechsel fällt jedenfalls gänzlich aus, weil die GRÜNEN nicht bereit sind, sich mit uns gemeinsam für höhere Einnahmen einzusetzen. Wo ist denn der Antrag des Landes Hessen für die Einführung der Vermögensteuer oder die Einführung der Vermögensabgabe, die damals von den GRÜNEN schon im Programm gefordert wurde? Allein schon die Steuer für Menschen mit besonders großem Vermögen würde Hessen und seinen Kommunen insgesamt 1,5 Milliarden € mehr einbringen.

Dieses Geld wird dringend gebraucht, um Investitionen in die Zukunft zu schultern, um mehr Geld für die Bildung zu haben, um soziale Politik zu gestalten und um die Infrastruktur für den sozial-ökologischen Umbau fit zu machen. Davon ist bei Schwarz-Grün nicht die Rede.

Im Ergebnis müssen sich besonders die GRÜNEN fragen, was sie in dieser Koalition erreicht haben. Ihre Bilanz in diesem ersten Regierungsjahr unter der Fuchtel der CDU ist jedenfalls verheerend: das Sozialbudget – eine Mogelpackung; Kinderbetreuung – nur für wenige, wenn überhaupt; Kommunalfinanzen – eine Kürzungssorgie; Flughafen ausbau – geht ungebremst weiter; Schuldenbremse – heißt Sozialabbau.

Das ist die Bilanz dieser ersten schwarz-grünen Regierungszeit. Die GRÜNEN regieren, und der Politikwechsel fällt aus.

Im Dezember 2013 gab Tarek Al-Wazir dem „Spiegel“ ein Interview und sagte:

Es kann ja sein, dass wir in die Geschichte eingehen. Aber ob wir das dann als Helden oder als Deppen tun, das wissen wir leider noch nicht.

Heute kennen wir die Antwort. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Heiterkeit der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))



**Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Vielen Dank, Herr Kollege van Ooyen. – Das Wort hat Herr Kollege Wagner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die zweite Lesung des Haushalts und die Generaldebatte dazu sind die Stunde der Wahrheit im Parlament. Es ist die Stunde der Wahrheit, weil sich da zeigt, wie die Regierungsfractionen den Entwurf der Landesregierung bewerten.

Ich kann Ihnen sagen: Wir sind sehr zufrieden mit diesem Entwurf.

(Florian Rentsch (FDP): Nein! Das gibts doch nicht!)

– Herr Kollege Rentsch, Herr Kollege Schäfer-Gümbel, bevor Fragen kommen: Wir werden auch zur dritten Lesung noch Änderungsanträge einbringen – damit Sie auch an dieser Stelle beruhigt sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es ist aber auch die Stunde der Wahrheit für die Opposition. Denn vorher kann man sagen: Da wird zu viel gespart; da wird zu wenig gespart; da wird an den falschen Stellen gespart; da werden die falschen Schwerpunkte gesetzt;

(Janine Wissler (DIE LINKE): Alles richtig!)

da müssen andere Schwerpunkte gesetzt werden. All das kann man sagen. Aber bei der zweiten Lesung lautet die Frage: Welches sind die Alternativen der Opposition?

(Florian Rentsch (FDP): Richtig!)

Insofern ist diese zweite Lesung wirklich eine Stunde der Wahrheit, und sie hat überraschende Ergebnisse.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Schauen wir uns die Änderungsanträge der Kolleginnen und Kollegen der SPD an. Ich möchte ausdrücklich anerkennen, dass die Kolleginnen und Kollegen der SPD die ausführlichste Beschäftigung mit diesem Haushalt gemacht und die ausführlichsten Vorschläge vorgelegt haben.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Bis jetzt!)

Meine Damen und Herren, was ich aber nicht gedacht hätte, ist, dass es der Vorschlag der SPD in diesem Haus ist, 400 Stellen mehr zu streichen als Schwarz-Grün. 400 Stellen mehr sollen gestrichen werden.

Dann schauen wir uns doch einmal an, wo die Kolleginnen und Kollegen das tun wollen. „In den Ministerien“ steht in der Vorlage der SPD. Ich habe sie dabei: Personaleinsparungen in den Ministerien, 400 Stellen mehr als Schwarz-Grün.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe einmal nachgeschaut, wie viele Stellen ein solches Ministerium hat. Beispielsweise das Kultusministerium hat rund 250 Stellen – damit man einmal ein Gefühl dafür bekommt, was 400 Stellen in den Ministerien sind. Das Justizministerium hat rund 200 Stellen, das gesamte Sozialministerium rund 400 Stellen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Und die Staatskanzlei?)

Sie sind also der Meinung, dass innerhalb eines Haushaltsjahres in den Ministerien die Größenordnung eines Sozialministeriums einzusparen ist? Dass das sozialdemokratische Politik ist, das ist mir neu.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Insgesamt, in den Ministerien, wo die SPD 400 Stellen mehr streichen will als Schwarz-Grün, haben wir rund 3.100 Beschäftigte. Davon sollen jetzt einmal 400 wegfallen? Das ist also das, was die Beschäftigten im Land Hessen zu erwarten haben: Sie gehen durch die Flure der Ministerien und sagen an jeder achten Tür: Du kannst wegfallen. – Ich hätte nicht gedacht, dass das die Alternative zu unserer Regierungspolitik ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wie haben Sie uns dafür kritisiert, dass wir den Beschäftigten in diesem Haushaltsjahr 2015 eine Nullrunde zumuten mussten. Wie haben Sie geschimpft. – Und dann schaue ich mir die Änderungsanträge der SPD an, mehrmals, von oben nach unten, und stelle fest: Kein einziger Antrag, kein einziger Vorschlag, wie Sie die Besoldungserhöhung finanzieren wollen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Doch! Das ist Polemik!)

Also wollen auch Sie die Besoldungserhöhung nicht – denn sonst hätten Sie dazu einen Haushaltsantrag gestellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist jetzt sehr platt!)

Meine Damen und Herren, dann wird es ganz bemerkenswert. In der „Frankfurter Rundschau“ vom 10.12., die über die Haushaltsanträge der Kolleginnen und Kollegen der SPD berichtet, wird der Finanzexperte der SPD, der Kollege Norbert Schmitt, zitiert:

Schmitt sagte, man müsse dann möglicherweise darauf verzichten, die wöchentliche Arbeitszeit von 42 auf 41 Stunden zu verringern, wie Schwarz-Grün dies plant.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Dann fassen wir einmal zusammen: 400 Stellen zusätzlich streichen, kein Geld für die Besoldungsregelung eingeplant, und es soll bei der 42-Stunden-Woche für die Beamten bleiben.

Wissen Sie, wie das Günter Rudolph nennen würde? „Personalpolitik nach Gutsherrenart“. Das schlägt die SPD hier vor.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Lieber Kollege Willi van Ooyen, ich möchte einmal fragen: Was halten Sie denn von folgendem Satz?

Das bislang vereinbarte Stellenabbauziel wird beibehalten [in der Landesverwaltung].

Teilen Sie diesen Satz?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): In Thüringen ist das etwas anderes!)

– Ach, in Thüringen ist das etwas anderes?

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, das ist nämlich ein Satz aus dem Thüringer Koalitionsvertrag. „In Thüringen ist das etwas anderes“. Vielen Dank, Herr Kollege Willi van Ooyen. In Thüringen ist das also etwas anderes. Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das haben wahrscheinlich die GRÜNEN in Thüringen durchgesetzt! Das ist eine grüne Forderung!)

– Ja, ja. Liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN in Hessen, ich würde mir von Ihnen wirklich die Ehrlichkeit Ihrer thüringischen Landesvorsitzenden wünschen. Denn die hat auf die Frage: „Wie wollen Sie das eigentlich finanzieren, was Sie da erzählen?“ gesagt: „Wir haben schon einen Gelddruckautomaten bestellt. Er kommt nächste Woche“. – Es wäre ehrlich, wenn Sie wenigstens das auch hier in Hessen sagen würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Aber zurück zu den Vorschlägen der SPD, denn die haben sich, wie gesagt, am ausführlichsten mit diesem Haushaltsentwurf beschäftigt.

Ich sage ausdrücklich: Sie haben Vorschläge gemacht, die umsetzbar sind. Sie haben Vorschläge gemacht, die haben auch wir GRÜNE schon einmal gemacht – denken wir an den Wassercent. Da sind wir in dieser Koalition unterschiedlicher Auffassung. Das kann man auch einmal sagen. Dazu haben wir uns in den Koalitionsverhandlungen verständigt. Entscheidend ist aber: Wie ist die Summe dieser Vorschläge? Die SPD will 460 Millionen € zusätzlich ausgeben. Vergessen hat sie das Geld für die Beamtenbesoldung, also noch 140 Millionen € mehr.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt nicht! Das ist einfach falsch!)

– Wo ist es denn in Ihrer Liste?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir haben angekündigt, dass wir noch einen Nachtrag machen! – Lachen bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Der Kollege Schäfer-Gümbel schlägt vor: Sie machen einen Nachtrag. – Ein Nachtrag allein ist aber noch kein zusätzliches Geld, Herr Kollege Schäfer-Gümbel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ein bisschen mehr Niveau, auch von Ihnen! – Gegenruf des Abg. Ismail Tipi (CDU) – Clemens Reif (CDU): Das große Ganze!)

Also: Das Geld für die Beamtenbesoldung fehlt, 140 Millionen €. Etwas schamhaft verschweigt die SPD, dass sie gegen eine Maßnahme dieser Koalition gestimmt hat, nämlich die Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

(Michael Boddenberg (CDU): Das habe ich gehört!)

Da Sie die offenkundig falsch finden, müssen Sie die auch finanzieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind dann noch einmal 135 Millionen €.

(Zuruf des Torsten Warnecke (SPD))

Sie müssten also 735 Millionen € finanzieren. Das tun Sie aber nicht. Am Ende bleibt eine Deckungslücke von 500 Millionen €. Meine Damen und Herren: 500 Millionen € ungedeckte Schecks.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich will Beispiele für diese ungedeckten Schecks nennen, damit jeder weiß, worüber wir reden. Es soll z. B. eine Solidaritätsumlage des Landes für die Kommunen in Höhe von – pauschal – 50 Millionen € geben. Woher soll das Geld kommen? Man weiß es nicht. Zweites Beispiel: Das Polizeipräsidium Frankfurt soll verkauft werden. Das soll 90 Millionen € bringen. Mit einem Einmaleffekt kann man aber langfristig keinen Haushalt finanzieren. Besonders putzig finde ich, dass Sie der Meinung sind, man könne auf die Hessen-Agentur komplett verzichten. Am Samstag hat die Hessen-Agentur ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Vertreter der SPD waren anwesend. Hatten Sie den Mut, den Beschäftigten zu sagen, dass es ihr letztes Jubiläum ist und dass die SPD die Hessen-Agentur auflösen will? Hatten Sie dazu den Mut? Ich glaube, nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem CDU – Zurufe von der SPD)

Sie bieten ungedeckte Schecks in Höhe von 500 Millionen €. Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist ganz einfach: Die Regierungskoalition will mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben, die Sozis wollen mit roten Ideen rote Zahlen schreiben. Das ist der Unterschied, der in diesen Haushaltsberatungen überdeutlich wird.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD)

Kommen wir zu den Haushaltsvorschlägen der FDP-Fraktion. Die Mitglieder der FDP-Fraktion treten hier immer im Glanze früherer Bedeutung auf, erzählen uns, dass sie die Einzigen sind, die etwas von Haushalt und Wirtschaft verstehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, man muss einmal die Bedeutung der FDP einordnen. Das aktuelle Politbarometer weist für die FDP aus: Ihre politische Relevanz ist in etwa so hoch wie die einer halben AfD. – Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, Sie müssen sich entscheiden: Wollen Sie irgendwann einmal wieder an stolze liberale Traditionen anknüpfen, für die die FDP einmal stand, oder wollen Sie sich weiterhin als Sammelbecken für Protestierende verstehen?

(René Rock (FDP): Machen Sie sich keine Sorgen um uns!)

Wollen Sie hier im Parlament eine konstruktive Rolle spielen, oder ist Ihre Politik, alle Gruppe zu sammeln, die für Proteste in diesem Lande stehen – in der Hoffnung, dass es für 5 % der Wählerstimmen reicht?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es fällt schwer, zu glauben, dass Sie derartige Haushaltsanträge für das Jahr 2015 wirklich vorgelegt haben. Es war der ehemalige Wirtschaftsminister von der FDP, Florian Rentsch, der den Energiegipfel der Landesregierung mitgestaltet hat, der mit unterschrieben hat, der als Minister den Energiegipfel umzusetzen begonnen hat. Welche Gegenfinanzierungen schlägt er für seine Änderungsvorschläge jetzt im Wesentlichen vor? Er will alle Mittel streichen, die

zur Umsetzung seiner eigenen Politik nötig wären. Sie sind wie ein Fähnlein im Wind. Schneller als ein Windrad dreht sich eben nur die FDP, Herr Kollege Rentsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Die FDP wird einmal mehr ihrem Ruf gerecht, dass sie mit Sozialpolitik nichts am Hut hat. Wie man auf die Idee kommen kann, angesichts der sozialen Probleme, die wir in unserem Land haben, die Mittel für die quartierbezogene Gemeinwesenarbeit zu kürzen und dies als ernst gemeinten Vorschlag zu präsentieren, verstehe ich nicht.

Außerdem glauben Sie, dass man 14,6 Millionen € erbringen könnte, wenn man bei den Umweltmaßnahmen spart. Das ist so retro, so gestrig, dass ich Ihnen einen ganz alten Spruch aus der Umweltbewegung entgegenhalten will: Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Auf eine intakte Umwelt können wir nicht verzichten, auf so eine FDP aber schon. Der Kollege Hahn hat im Plenum am 26. November in erfrischender Offenheit gesagt, wie er seine Rolle versteht – und wohl auch die der FDP-Fraktion. Damals hat mein geschätzter Kollege Boddenberg in der Debatte, als Herr Hahn geredet hat, zugerufen: „Jetzt kommt Ihr Vorschlag!“ – Daraufhin sagte der Kollege Hahn: „Hören Sie doch auf zu fragen, wie das mit dem Vorschlag ist. Sie wissen doch genau nach einer so langen Zeit des Regierens: Vorschläge unterbreitet die Regierung.“ Genau so sehen auch wir es: Vorschläge unterbreitet die Regierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wir machen Vorschläge, und mit diesen Vorschlägen wird Hessen grüner und gerechter. Hessen bleibt ein sicheres und wirtschaftsstarkes Land. Das ist die Politik im ersten Jahr von Schwarz-Grün, und das ist der Grundgedanke hinter dem Entwurf für einen Landeshaushalt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es ist eine Koalition aus unterschiedlichen Partnern mit unterschiedlichen Vorstellungen. Aber genau aus diesen unterschiedlichen Vorstellungen entsteht Neues, entsteht Kreatives. Wenn vonseiten der Opposition gefragt wurde, woran sich das festmacht, ob man das einen Politikwechsel nennen kann, antworte ich: Wie auch immer Sie es bezeichnen, ist mir herzlich egal, entscheidend ist, dass seit dem 18. Januar 2014 in Hessen eine neue, eine andere, eine schwarz-grüne Politik gemacht wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wenn Sie fragen: „Woran macht sich das fest?“, dann will ich Ihnen gerne in Erinnerung rufen, was wir in diesem einen Jahr schon auf den Weg gebracht haben.

Fangen wir mit der Umweltpolitik an: Aktionsplan zur besseren Förderung der ökologischen Landwirtschaft, Verankerung des ökologischen Landbaus in der Ausbildung der Landwirtinnen und Landwirte, Beitritt zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen, Wiederherstellung

des Bannwaldschutzes, FSC-Zertifizierung des Staatswaldes, Stärkung der Nachhaltigkeitsstrategie, Förderprogramme in den Bereichen Klimaschutz und energetische Sanierung, Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt, besserer Schutz der Natura-2000-Gebiete, Initiative gegen die Tötung von Eintagsküken, Schaffung der Stiftung Naturschutz, Bundesratsinitiative gegen Fracking usw. Der Politikwechsel findet also statt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wenn Sie fragen: „Wo zeigt sich der Kurs dieser Regierung in der Schul- und Bildungspolitik?“, dann können wir Ihnen auch das sehr konkret sagen. Wir halten an der 105-prozentigen Lehrerversorgung im Landesdurchschnitt fest. Das ist bundesweit einmalig. Das gibt es in keinem anderen Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir lassen die demografische Rendite im System. Jede Lehrerstelle, die durch zurückgehende Schülerzahlen theoretisch frei werden würde, investieren wir in die Qualität von Bildung. Das ist bundesweit ebenfalls einmalig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Außerdem: 60 zusätzliche Stellen für die Lehrerzuweisung nach dem Sozialindex schon im ersten Jahr – von insgesamt 300 Stellen, die dazukommen sollen –, 50 zusätzliche Stellen für die Förderung von Migrantinnen und Migranten, die in unser Bildungssystem einwandern, über 100 Stellen zusätzlich für den inklusiven Unterricht, Rückkehrmöglichkeiten zu G 9 für die laufenden 5., 6. und 7. Klassen, die Ausweitung des islamischen Religionsunterrichts, der Bildungsgipfel, der Pakt für den Nachmittag. Und da fragen Sie, was sich in der hessischen Politik tut? Sie können im letzten Jahr nicht wirklich hier gewesen sein.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Kommen wir zur Hochschulpolitik. Hessen ist das einzige Land in der gesamten Bundesrepublik – der Herr Ministerpräsident hat es angesprochen –, das die BAföG-Mittel des Bundes im Verhältnis 1 : 1 in die Hochschulen investiert. Hessen ist das einzige Bundesland in der gesamten Bundesrepublik, das sich verpflichtet hat, die Mittel für die Hochschulen jedes Jahr mit einem Prozentsatz von 1 % über der Inflationsrate zu erhöhen. Da fragen Sie, was die Schwerpunkte dieser Politik sind? Das sind die Schwerpunkte der Politik in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir fangen schon bei den Kleinen an. Der Runde Tisch Kinderbetreuung hat seine Arbeit aufgenommen. Das Kinderförderungsgesetz wird weiter verbessert. 10 Millionen € werden für die Inklusion in den Kitas bereitgestellt. Meine Damen und Herren, ob Kita, Schule, Hochschule oder duale Ausbildung: Bildung hat Priorität. Das ist der klare Kurs dieser Koalition.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Nehmen wir ein weiteres Beispiel. Die Opposition behauptet, in der Innenpolitik tue sich nichts. Wir haben ein Pro-

gramm zur Salafismusprävention aufgelegt, das Violence Prevention Network. Das ist bundesweit beispielhaft, andere Länder kopieren dieses Programm. Wir haben ein Programm gegen Rechtsextremismus aufgelegt. Ich nenne außerdem die Deeskalationsstrategie bei den Blockupy-Protesten, die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten, die 30-Millionen-€-Garantie für die Feuerwehren und den Brand- und Katastrophenschutz sowie die Förderung des Ehrenamtes. Und da fragen Sie, was die Schwerpunkte dieser Politik sind? Das sind die Schwerpunkte dieser Politik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ein neues Jugendarrestvollzugsgesetz ist auf dem Weg, und die Häuser des Jugendrechts werden ausgebaut. Herr Kollege Hahn hat uns ja befristete Stellen in der Justizverwaltung hinterlassen. Auch darum kümmert sich diese Koalition: dass die Beschäftigten eine klare Perspektive haben. Das sind die klaren Schwerpunkte in der Innen- und Justizpolitik dieser Koalition.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Zu Sozialem und Integration. Das Sozialbudget ist angesprochen: 18 Millionen € zusätzlich, d. h. insgesamt 70 Millionen € für soziale Initiativen in unserem Land, die sich um Menschen kümmern, die in schwierigen Lebenssituationen sind, die Hilfe brauchen, die Solidarität brauchen, garantiert für die gesamte Legislaturperiode. Ich weiß nicht, in welchem anderen Bundesland es das gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Kollege Schäfer-Gümbel hat gefragt – das hat er völlig zu Recht angesprochen –: Wie ist das mit dem Sozialbudget? Werdet ihr damit auch die Frage beantworten, wie wir mit Beschäftigten aus osteuropäischen Ländern umgehen, die auf unseren Baustellen oder in anderen Beschäftigungsverhältnissen eingestellt werden? Greift ihr den Vorschlag des DGB auf, mit einer Stelle für faire Mobilität dafür zu sorgen, dass auch da mehr Gerechtigkeit herrscht, dass da kein Missbrauch betrieben wird?

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, wir brauchen Ihre Aufforderung nicht. Wir werden – um das ganz klar zu machen – einen Änderungsantrag dazu einbringen. – Da könnte jetzt auch die Sozialdemokratie einmal klatschen. Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

– Auch da kein Beifall.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das hätte ich jetzt auch gemacht, aber nach der Aufforderung ist mir das, ehrlich gesagt, zu affig! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Es ist jetzt „zu affig“. Herr Schäfer-Gümbel, worum geht es denn: dass wir die richtige Politik machen oder dass Sie uns kritisieren können? Ich finde es wichtiger, dass wir die richtige Politik machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der CDU und der SPD)

All das sind konkrete Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit: der Beitritt zur Koalition gegen Diskriminierung, die Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle, die Rahmen-

vereinbarungen mit dem Landesverband der Sinti und Roma, das Sozial- und Integrationsministerium mit einem Staatssekretär eigens für Integration und Antidiskriminierung, das WIR-Programm zur Förderung von Migrantinnen und Migranten in unseren Kommunen, die Verdoppelung der Mittel für die Flüchtlinge auf 290 Millionen €, die Erhöhung der Pauschalen für die Kommunen in der Flüchtlingsunterbringung um 15 %. Alle Maßnahmen sind aus dem ersten Jahr Schwarz-Grün oder aus dem Haushalt 2015.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Auch wenn beim Thema Flughafen die Frage ist, was die Schwerpunkte sind und was da die Tätigkeit der Koalition ist, will ich es Ihnen sehr konkret sagen.

(Michael Siebel (SPD): Welcher Flughafen? – Michael Boddenberg (CDU): Alle Flughäfen!)

– Frankfurt erst einmal, Herr Kollege. Vielen Dank für den Hinweis.

Eine Neuordnung der Lärmentgelte für Flugzeuge je nach verursachtem Lärm, neue An- und Abflugverfahren, um Lärm zu reduzieren, eine Ausweitung des Dachsicherungsprogramms rund um den Flughafen, eine Änderung des Konsortialvertrags, die Einrichtung einer Stabsstelle Fluglärm und ein Konzept für siebenstündige Lärmpausen – das gibt es an keinem anderen internationalen Flughafen. Hinzu kommen ein Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr und zusätzliche Lärmpausen, so, wie sie der Wirtschaftsminister vorgeschlagen hat. Das ist der klare Kurs dieser Koalition.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Auch in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik wollen wir dafür sorgen, dass Hessen ein wirtschaftsstarkes Land bleibt und sich um seine Infrastruktur kümmert. Herr Kollege Rentsch, dazu gehört nicht, wie Sie das früher gemacht haben, einfach Bänder für Neubauten durchzuschneiden, sondern dazu gehört, sich erst einmal darum zu kümmern, dass die Straßen, die wir jetzt schon haben, intakt bleiben. Meine Damen und Herren, deshalb gilt für uns: Erhalt kommt vor Neubau.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir kümmern uns um den öffentlichen Personennahverkehr.

(Florian Rentsch (FDP): Ja? – Zurufe von der SPD)

– Ja, Herr Kollege Rentsch. Wo war denn Ihr Engagement für die Nordmainische S-Bahn? Wo war denn Ihr Engagement für die Regionaltangente West? All das wurde unter Wirtschaftsminister Al-Wazir schon im ersten Jahr seiner Amtszeit auf den Weg gebracht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Anhaltende Zurufe von der FDP und der SPD)

– Sie haben doch nichts gemacht. Ich habe nicht gesagt, dass die Projekte umgesetzt sind. Endlich wird aber etwas dafür getan, auch die Schieneninfrastruktur in unserem Land zu verbessern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Das Darlehensprogramm zur Förderung des Breitbandausbaus wurde um 150 Millionen € erhöht. Ökonomie und Ökologie gehören für diese Koalition zusammen. Auch das zeigt den klaren Kurs dieser schwarz-grünen Koalition.

(Zurufe von der FDP)

Meine Damen und Herren, dann muss man sich von der Opposition anhören – alles Zitate von den Kolleginnen und Kollegen der SPD –, das sei fantasielos, das sei ein Bürokratenhaushalt, das sei buchhalterisch. Liebe Freundinnen und Freunde von der SPD

(Florian Rentsch (FDP): So? Freunde?)

– ja, doch –, Sie würden doch drei Tage am Stück „Glück auf, der Steiger kommt“ singen, wenn Sie eine solche Regierungsbilanz nach einem Jahr vorlegen könnten.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen mit dieser klaren Politik beim Landeshaushalt 2015 und in den folgenden Jahren weitermachen. Diese Koalition stellt sich mit der Ökologie einer Jahrhundertaufgabe, während die FDP der Meinung ist, wir können uns das alles sparen. Die natürlichen Lebensgrundlagen – andere sagen: die Schöpfung – für unsere Kinder zu bewahren, das ist die zentrale Aufgabe dieses Jahrhunderts.

Die Probleme sind eben noch nicht gelöst. Wir müssen uns darum kümmern, den Klimawandel in den Griff zu bekommen, wir müssen etwas gegen das Artensterben tun, wir müssen unsere Wälder schützen, wir verbrauchen nach wie vor viel zu viel Fläche in unserem Land, wir gefährden durch die Art, wie wir mit unseren Gewässern umgehen, die Wasserqualität und unser Grundwasser,

(Anhaltende Zurufe des Abg. René Rock (FDP))

und wir brauchen – Herr Kollege Rentsch und Herr Kollege Rock, besonders Ihnen sage ich das – eine Landwirtschaft, die diese Welt ernährt, aber nicht irreparable Umweltschäden produziert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Damit sich die Kolleginnen und Kollegen der FDP richtig aufregen können – Ihnen ist es ja immer unangenehm, wenn Leute in der Politik moralisch sind und wenn Leute in der Politik Ziele haben –: Ja, wir wollen von Hessen aus unseren Beitrag leisten, um die Welt zu retten. Darum geht es. Diesen Beitrag können wir hier leisten. Nicht alles können wir machen, aber wir müssen unseren Beitrag leisten. Das macht man nicht dadurch, dass man alle Umweltprogramme kürzt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Diese Koalition bringt die Energiewende in Hessen endlich voran. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Ende der Legislaturperiode verdoppeln. Ein Beitrag dazu wird sein, 2 % der Landesfläche als Vorrangflächen für Windkraft auszuweisen.

Warum machen wir das? Ich glaube, gerade in Anbetracht der Anträge der FDP muss man das noch einmal sagen: Wir machen das, weil die bisherige Art der Stromgewin-

nung nicht länger verantwortbar ist und von der Bevölkerung nicht länger akzeptiert wird. Die Menschen wollen keine Stromversorgung aus Atomkraft.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Sie wollen keine Stromversorgung aus Kohle, Herr Kollege Rentsch. Dann müssten Sie endlich einmal sagen, da Sie hier immer gegen Windkraft polemisieren: Woher soll denn bei der FDP der Strom kommen? Aus der Steckdose, Herr Kollege Rentsch, kommt der Strom bestimmt nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wenigstens die Arbeitsplätze müssten Sie überzeugen: bundesweit 370.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien – 140.000 davon allein im Bereich der Windkraft.

(Zurufe der Abg. Torsten Warnecke (SPD) und René Rock (FDP))

Herr Kollege Rentsch, so umstritten, wie Sie tun, ist die Windkraft nicht. Das hätten Sie gern. Herr Kollege Rock, es gab bislang fünf Bürgerentscheide zum Thema Windkraft in Hessen, ein einziger war erfolgreich. Vier andere Bürgerentscheide sind gescheitert. Es ist nicht so, wie Sie es gerne hätten. Die Bevölkerung will die erneuerbaren Energien, und sie weiß auch, dass Windkraft einen wesentlichen Beitrag dazu leisten muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe des Abg. René Rock (FDP))

Herr Kollege Rock, glauben Sie es nicht mir, glauben Sie es den Umfragen: Nach einer Umfrage von TNS Emnid sind 93 % der Bevölkerung für den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien.

Jetzt sagen Sie: „Erneuerbare Energien“, das ist abstrakt. Die meinen bestimmt nicht die Windkraft damit. – Irrtum. Dieselbe Umfrage: 59 % der Befragten sind mit Windkraftanlagen in ihrer Nachbarschaft einverstanden. Jetzt kommt der spannendste Wert: Wenn in der Nachbarschaft schon Windkraftanlagen vorhanden sind, sinkt die Akzeptanz nicht, sondern sie steigt. Dann sind 70 % der Bevölkerung mit solchen Anlagen einverstanden. Jetzt kommen Sie und wollen einen Protest daraus konstruieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Energiewende findet in Hessen statt. 785 Windkraftanlagen sind in Betrieb, 113 sind genehmigt, und 408 befinden sich im Genehmigungsverfahren. Diese Koalition steht zum Energiegipfel von Ministerpräsident Volker Bouffier. Wir werden die auf diesem Energiegipfel formulierten Ziele zum Erfolg führen.

Wir stehen für ein soziales und ein gerechtes Hessen, in dem alle teilhaben können. Daher bin ich, ehrlich gesagt, besonders überrascht über die Angriffe vonseiten der SPD. Ich schätze die soziale Kompetenz, die in der SPD vorhanden ist, und ich schätze die Beiträge, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit über 150 Jahren für die soziale Gerechtigkeit in unserem Land leisten. Aber ich bitte auch, das anzuerkennen, was andere für die soziale Gerechtigkeit leisten.

Ich will Ihnen das noch einmal sehr genau in Erinnerung rufen. Das Sozialbudget hatte ich schon angeführt. Das Tarifreue- und Vergabegesetz, die Städtebauförderung durch das Programm „Soziale Stadt“, die Novellierung des

Wohnraumfördergesetzes, das Bereitstellen von mehr studentischem Wohnraum, die Mietpreisbremse, die 10 Millionen € für die Inklusion in Kitas, die Verdoppelung der Lehrerzuweisungen nach Sozialindex, zusätzliche Stellen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sowie eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für alle Grundschülerinnen und Grundschüler – all das sind konkrete Beiträge zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn wir eine gerechtere Gesellschaft wollen – eine Gesellschaft, in der alle Chancen haben –: Die Bildung ist der Schlüssel dazu. Deshalb ist die Bildung einer der Schwerpunkte dieser Koalition. Ich hatte die 105-prozentige Lehrerversorgung in den Schulen schon angesprochen: Die demografische Rendite bleibt zur Qualitätsverbesserung im System.

Aber das gilt auch für die Hochschulen. Dazu muss man sich einfach einmal die Zahlen anschauen. Unsere Garantie der Erhöhung des Grundbudgets der Hochschulen um 1 % über der Inflationsrate bedeutet – 1 % Inflation angenommen –, dass wir 2020 pro Jahr 100 Millionen € mehr in unsere Hochschulen investieren. Zusätzlich kommen über den Bund-Länder-Hochschulpakt 300 Millionen € hinzu. Das sind konkrete Beispiele für Chancen durch Bildung und für mehr Gerechtigkeit in unserem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Aber die Bildung umfasst nicht nur die Hochschulen, sondern zur Bildung gehört genauso die duale Ausbildung – die berufliche Ausbildung – in unserem Land. Deshalb bin ich sehr froh, dass es Anfang nächsten Jahres voraussichtlich gelingen wird, das Bündnis für Ausbildung zu erneuern, in dem sich das Land, die Gewerkschaften und die Arbeitgeber verpflichten, ihren Beitrag im dualen System zu leisten, damit tatsächlich alle jungen Menschen eine Chance haben.

Wir haben als Regierung ein großes Ziel und werden unseren Beitrag leisten, indem wir jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen, vor allem im dualen System, aber, wenn das nicht möglich ist, auch durch unterstützende öffentliche Maßnahmen. All das sind konkrete Beiträge für mehr soziale Gerechtigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, auch wenn Sie der Meinung sind, dass in Hessen die Falschen regieren – das verstehe ich ja –, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass diese trotzdem eine richtige und sozial gerechte Politik machen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir stehen für gesellschaftliche Offenheit, Vielfalt und Akzeptanz. Um es ganz klar zu sagen: Ausgrenzung und Intoleranz haben in Hessen keinen Platz. Diesen einfachen Satz: „Ausgrenzung und Intoleranz haben in Hessen keinen Platz“, sagen wir heute auch sehr deutlich den Strippenziehern hinter den selbst ernannten patriotischen Europäern. Denen sagen wir: Intoleranz und Ausgrenzung – mit uns nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es ist nichts, aber auch gar nichts Patriotisches daran, fremdenfeindlich zu sein. Es ist zutiefst unpatriotisch, und es ist gegen die Werte unseres Grundgesetzes gerichtet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Den angeblichen Rettern des Abendlandes rufen wir zu – um es noch deutlicher zu sagen –: Die Muslime gehören zu Deutschland und zu Hessen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wenden uns gegen jede Form von Extremismus. Ob er fremdenfeindlich, religiös oder in sonstiger Form daherkommt, er hat in Hessen keinen Platz. Dagegen arbeiten wir. Wir stehen für eine Willkommens- und Anerkennungskultur, für eine humane Flüchtlingspolitik – ich habe über unsere Schwerpunktsetzung schon gesprochen – und auch für eine offene Gesellschaft, in der es völlig normal ist, schwul oder lesbisch zu sein, und in der man so leben und lieben kann, wie man will: frei von komischen Blicken und frei von Anfeindungen oder gar Ausgrenzungen. Daran arbeiten wir in der Koalition – hoffentlich mit der Unterstützung des gesamten Hauses.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir machen auch mit dem Schuldenmachen zulasten kommender Generationen Schluss. Das ist ein Projekt, an das sich seit 45 Jahren in diesem Land niemand gewagt hat. Seit 45 Jahren haben wir uns in Hessen, aber auch in den anderen Bundesländern und im Bund insgesamt angewöhnt, politische Herausforderungen dadurch zu bewältigen, dass wir neue Schulden aufnehmen. Deshalb war es richtig, dass die Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen wurde und dass 70 % der Hessinnen und Hessen dem zugestimmt haben.

Aber jetzt wird es mit der Schuldenbremse konkret, und wir haben hier einiges zu erledigen. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat dieser Tage eine Studie veröffentlicht, in der es heißt, dass es sechs Bundesländer gibt, die bei der Haushaltskonsolidierung noch besonders herausgefordert sind. Hessen ist eines davon.

Wenn man dann mit dem Schuldenverzicht Ernst macht, klappt das leider nicht, ohne dass es jemand merkt. Deshalb müssen wir auch den Beamtinnen und Beamten schmerzhaft Einschnitte zumuten. Das macht auch uns kein Vergnügen. Ich füge für den grünen Teil ausdrücklich hinzu: Natürlich fiele uns der Haushaltsausgleich leichter, wenn wir andere steuerpolitische Rahmenbedingungen auf der Bundesebene hätten. Dann wäre die Situation sehr viel einfacher.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass die Partner der Großen Koalition in Berlin das unterschiedlich sehen. Ich weiß auch, dass man mit einem Programm, wie es die GRÜNEN im Bundestagswahlkampf vertreten haben, noch nicht alle Leute überzeugt hat.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das ist vorsichtig formuliert!)

Dennoch bleibt es richtig, dass die Haushaltskonsolidierung mit anderen steuerpolitischen Rahmenbedingungen einfacher wäre. Auch die Unterstützung unserer Kommu-

nen wäre einfacher, wenn wir andere steuerpolitische Rahmenbedingungen auf der Bundesebene hätten.

Finanzminister Schäfer hat ein Modell zur Reform des Kommunalen Finanzausgleichs vorgelegt, das aus unserer Sicht die Vorgaben des Staatsgerichtshofs erfüllt. Aber auch darüber können wir in diesem Haus natürlich debattieren.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– Ja, natürlich. – Aber wenn Fraktionen in diesem Haus die Auffassung vertreten, die Bedarfsanalyse sei nicht richtig gemacht, und den Kommunen stehe mehr Geld zu, müssen sie sich auch an das Gebot der politischen Redlichkeit halten und sagen, woher das Geld kommen soll; denn ungedeckte Schecks über 500 Millionen € bringen den hessischen Kommunen nichts. Meine Damen und Herren, damit ist keiner Kommune in unserem Land geholfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es bleibt bei unserem Ziel, am Ende dieser Legislaturperiode einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Dennoch setzen wir klare Schwerpunkte. Ich habe versucht, in meiner Rede auf einige Schwerpunkte einzugehen.

Diese Koalition hat einen klaren Kurs: Hessen wird grüner und gerechter, und Hessen bleibt ein sicheres und wirtschaftsstarkes Land. Am Landshaushalt arbeiten wir weiter: mit Volker Bouffier, Tarek Al-Wazir und dem ganzen Kabinett und zwei tollen Fraktionen – 61 Abgeordnete, die hart für ein ökologisches, gerechtes, wirtschaftsstarkes und sicheres Hessen arbeiten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Das Wort hat Herr Abg. Rentsch für die Fraktion der FDP. Bitte sehr.

(Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken übernimmt den Vorsitz.)

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Wagner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ich bin froh, dass in Ihrer Rede auch noch Teile vorgekommen sind, was Sie machen wollen, nachdem Sie sich, um einigermaßen über die Zeit zu kommen, lange mit der Opposition auseinandergesetzt haben. Wahrscheinlich ist es gar nicht so einfach, den Menschen in Hessen zu erklären, wie man das als GRÜNE so macht, dass man z. B. in Thüringen gerade Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten gewählt hat und hier eine Koalition mit Volker Bouffier macht. Das ist natürlich ein schwieriger Spagat, den Sie machen. Deshalb ist es auch gut, über andere zu reden und nicht nur über sich selbst. Hervorragend, Herr Kollege Wagner, Respekt, wie Sie das machen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist Schwarz-Grün nicht ein Experiment, sondern Schwarz-Grün ist

(Dirk Landau (CDU): Realität!)

eine Bündnisorganisation, die letztendlich aus machtpolitischen Erwägungen wahrscheinlich für beide Seiten richtig war. Das heißt auf der anderen Seite für viele Bürger in Hessen, dass sich die Politik verschlechtert. Aber das hält Sie nicht davon ab; denn was Macht sichert, ist erst einmal richtig. Deshalb sind weniger Straßen, mehr Windräder, mehr Ökolandwirtschaft, weniger Investitionen – immerhin 60 Millionen € –, weniger Flughäfen, weniger Kommunal Finanzen, als einige von vielen Beispielen, kein Gewinn für die Bürger in diesem Land, sondern eine ziemlich teure Zeche, die die Menschen für dieses Bündnis zahlen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Insofern kann ich verstehen, dass Sie sich freuen, dass die Kollegen den Dienstwagen behalten. Trotzdem ist doch die Frage, ob das, was die Bürger in diesem Land von einer schwarz-grünen Regierung erwarten, genau das ist oder ob Sie nicht vielmehr heute einmal hätten sagen müssen: Wo soll das Land in fünf Jahren stehen? Wie soll sich das Land weiterentwickeln? Warum ist der Bürgerwille nur beim Thema Kernkraft relevant und beim Thema Windkraft nicht? Das sind doch Fragen, auf die die Menschen in diesem Land eine Antwort haben dürfen. Das ist doch eine spannende Diskussion.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, deshalb auch zu Ihren Ausführungen. Der Politikaward für das große Projekt des harmonischsten Bündnisses aller Zeiten ist sicherlich eine Auszeichnung. Herzlichen Glückwunsch dazu. Aber Harmonie baut in diesem Land keine Straßen, Harmonie baut keinen Flughafen aus, Harmonie macht die Bildung nicht besser, und Harmonie sorgt auch nicht für wirtschaftliches Wachstum, sondern sichert allein die Macht von CDU und GRÜNEN. Deshalb ist Harmonie kein Wert an sich, sondern für die Bürger eine ziemlich teure Zeche, die sie bezahlen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb kann ich gar nicht verstehen, warum sich die CDU hier so beteiligt. Denn auf der anderen Seite kann man doch feststellen, wenn man die Umfragen sieht – da hat der Kollege Wagner recht –: Die GRÜNEN sind der Politikstar des Landes Hessen, ganz klar, die GRÜNEN haben alles richtig gemacht. Sie haben in dieser Koalition alles durchgesetzt, was ihnen wichtig war. Kollege Wagner, Respekt, das ist aus Ihrer Sicht richtig. Ich sage Ihnen offen: Ich bin verwundert, dass viele der bürgerlichen Werte, die die Union bis vor kurzer Zeit noch vertreten hat, heute keine Rolle mehr spielen.

(Michael Boddenberg (CDU): Was?)

Deshalb ist es natürlich so, dass Menschen im bürgerlichen Lager zurzeit auch darüber diskutieren

(Michael Boddenberg (CDU): Beispiele bitte!)

– Kollege Boddenberg wird sagen, das schlägt sich nicht in Umfragen nieder, das stimmt; aber deshalb ist es doch richtig, dass Menschen im bürgerlichen Lager darüber diskutieren –, warum die Union das bürgerliche Lager im Stich lässt. Diese Frage darf man in diesem Land einmal stellen.

(Beifall bei der FDP)

Insofern ist die heutige Debatte erst einmal ein Erfolg für Sie; denn bisher läuft das alles wunderbar. Aber – Kollege Boddenberg weiß das – auch die Probleme in unserer Koalition kamen nicht im ersten Jahr, sondern wir haben uns etwas Zeit gelassen. Da haben Sie noch etwas Luft nach oben, da wird sicherlich auch noch diskutiert werden. Wer von 800 auf 4.000 Windräder in Hessen hoch will, der wird auch mit dem einen oder anderen CDU-Ortsverband in Hessen zu diskutieren haben. Ich sage, es ist gut so, dass auch Sie diese Diskussion in Ihrer Partei haben werden.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Deshalb will ich nur sagen: Es ist wie im Fußball. Wenn es gut läuft, muss man ein bisschen Energie sammeln für die Zeiten, wenn es nicht mehr so gut läuft.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dortmund!)

Das sage ich als BVB-Mitglied an dieser Stelle sehr stolz. Das weiß auch der Ministerpräsident, da sind wir uns einig. Deshalb sammeln Sie jetzt schon einmal Energie für die Zeiten, wenn es nicht mehr so gut läuft. In der Politik ist es eben so: Es gibt Zeiten, da läuft es richtig gut, da kann man alles machen, was man will, und die Leute sagen noch „prima“. Aber es kommen auch wieder Zeiten, die anders sind, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Für diese Zeiten, in denen es anders wird – da kann man einen wunderbaren Übergang machen –, hat der Finanzminister schon eine kleine Rücklage gebildet, damit, wenn es einmal politisch schwierig wird, ein bisschen was im Säckel ist, um das eine oder andere Projekt noch auf den Weg zu bringen. Aber dazu komme ich noch in den Details dieses Haushalts.

Meine Damen und Herren, was mir bei diesem Haushalt fehlt, ist eine Aussage dazu, was wir eigentlich wissen wollten: Wo entwickelt sich Hessen in den nächsten Jahren hin? Was ist die Marke dieses Landes? Kollege Wagner hat das für die GRÜNEN beschrieben: Das ist der neue Ökostar unter den 16 Ländern. – Wenn das die Marke ist, tut es mir leid um dieses einst so wirtschaftsstarke, so verkehrsstarke, so bildungsstarke Land, wenn es jetzt für grüne Ideologie missbraucht wird.

Herr Wagner hat übrigens gerade einen sehr interessanten Satz gebracht. Sie haben nämlich gesagt, konventionelle Landwirtschaft macht Umweltschäden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, habe ich nicht gesagt!)

– Doch, das ist der Umkehrschluss Ihrer Aussage. Sie fördern mit öffentlichen Mitteln, mit Steuermitteln in diesem Land Ökolandwirtschaft, weil die keine Umweltschäden verursacht. Dann heißt das ja, dass konventionelle Landwirtschaft in Hessen Umweltschäden macht. – Ich finde es gut, dass die Landwirte wissen, was Sie von ihnen halten. Das sollten die Landwirte in Hessen wissen, wie die GRÜNEN sie sehen.

(Beifall bei der FDP)

Aber zu diesen Details komme ich noch. Ich will zu dem Haushalt drei Punkte sagen:

Erstens. Der Haushalt ist knapp an der Grenze der Verfassungsmäßigkeit, und das in einem Jahr, in dem wir Rekordsteuereinnahmen haben. Gerade ist eine Mail gekom-

men, die die Kollegen auch bekommen haben, in der die Steuereinnahmen für den November gezeigt werden. Auch dieser Monat ist wieder ein Rekordmonat, was natürlich die Folge langer guter Wirtschaftspolitik in diesem Land ist, von der jetzt noch die Ernte eingefahren wird. Aber diese Ernte wird irgendwann einmal verschwinden, wenn man schlechte Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik macht. Ich glaube, es ist unbestritten, dass diese Landesregierung weniger Geld für Straßen ausgibt als die Vorgängerregierung, an der die FDP beteiligt war.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Falsch!)

– Ich glaube, darüber müssen wir heute nicht diskutieren, Herr Kollege Wagner. Wahrheiten darf man in diesem Landtag auch sagen.

(Beifall bei der FDP)

Das Erste: Die Steuereinnahmen sind so gut wie nie. Der Haushalt liegt trotzdem an der Grenze der Verfassungsmäßigkeit.

Zweitens. Die Personalausgaben steigen weiter. Auch hier gibt es kein Konzept, sondern ein Einmalkonzept.

Drittens. Sie haben etwas gemacht, was bei GRÜNEN nicht unnormal ist. Sie haben eines Ihrer großen Wahlversprechen zulasten des Haushalts und zulasten der Menschen in diesem Land sofort umgesetzt – wahrscheinlich auch dort gegen den Willen der Union, aber wieder einmal durchgesetzt –: eine Stunde weniger Arbeit für unsere Beamtinnen und Beamten in der Zukunft. Deshalb ist es unredlich, wenn Sie hier das große Motto formulieren, Sie wollen den Beamten etwas zumuten, weil Sie, als Sie angefangen haben, erst einmal einen großen Schluck aus der Pulle genommen haben.

(Beifall bei der FDP)

Eine Stunde weniger Arbeit bedeutet allein im Bildungsbereich in diesem Land 2.000 Lehrerstellen weniger. Was ist das denn Gutes für die Bildungspolitik, wenn in Hessen zukünftig 2.000 Lehrerstellen wegfallen, die Sie gar nicht kompensiert haben? Oder haben Sie da irgendwo Einstellungen im Haushalt vorgenommen, wie Sie diese Summe kompensieren wollen?

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das zeigt doch, dass das, was Sie hier vorhaben, auf der einen Seite der Katalog der Umsetzung grüner Wahlversprechen ist. Auf der anderen Seite – das will ich gestehen – sind wir schon überrascht, wie willfährig die Union aufgrund dieses Machtbündnisses sagt: Okay, das müssen wir so machen, auch wenn wir es möglicherweise für falsch halten.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat gerade gestern in einer Veröffentlichung dem Land Hessen bei der Haushaltskonsolidierung eine sehr mäßige Note gegeben. Ich will das noch einmal ausdrücklich sagen, auch wenn der Finanzminister gerade nicht im Raum ist: Er ist der einzige Minister in dieser Landesregierung, der Strukturveränderungen in seinem Bereich vorgenommen hat. Alle anderen machen so weiter wie bisher, nach dem Motto: Es gibt kein Morgen, die Steuereinnahmen sind hoch, und deshalb dürfen wir auch kräftig aus der Pulle trinken.



Wo sind denn die Strukturveränderungen in Zeiten der Schuldenbremse, die wir damals gemeinsam mit der Union eingeführt haben? Herr Wagner, Sie sind irgendwann auch auf den Zug aufgesprungen. Aber es hat einen langen Weg dorthin gegeben. Ob das die Kollegen in Thüringen, die jetzt mit Herrn Ramelow regieren, auch machen würden, daran mache ich ein großes Fragezeichen. Aber Sie haben damals irgendwann den Zug mit bestiegen.

Aber Fakt ist: Für diesen Zug der Schuldenbremse ist es auch notwendig, dass in diesem Land Strukturveränderungen gemacht werden. Wir haben sie im Wirtschaftsministerium, in der Verkehrsverwaltung oder im Justizbereich gemacht. Wo sind denn die Strukturveränderungen in diesem Haushalt, außer beim Finanzministerium, wo wirklich Strukturen verändert werden?

Ja, die FDP hat sich in ihren Haushaltsvorschlägen mit Strukturveränderungen auseinandergesetzt. Herr Wagner, bei Ihnen ist es klar, bei Ihnen kann es nicht genug Geld für die Umweltlobby sein. Wir sind der Auffassung, der Steuerzahler muss nicht auch noch bezahlen, was Sie zum Teil für krude Ideen haben.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wäre es richtig, an diesen Stellen Strukturveränderungen vorzunehmen. Das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie, das immer mehr zu einem zweiten Umweltministerium wird – auch eine Erfindung der GRÜNEN –, wird weiter gepampert, während in anderen Bereich bei den Polizisten gestrichen wird. Meine Damen und Herren, das ist eine Gleichung in diesem Land, die nicht in Ordnung ist. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist es in Zeiten der Schuldenbremse aus Sicht der FDP notwendig, dass wir in diesem Land strukturelle Veränderungen vornehmen, weil man nicht jedes Jahr auf solch hohe Steuereinnahmen hoffen kann. Man kann auch deshalb nicht auf so hohe Steuereinnahmen hoffen, wenn man z. B. die Hand – man könnte auch sagen: die Axt – an eines der wichtigsten Wirtschaftsprojekte der Bundesrepublik anlegt. Was ist es denn sonst, was Sie zurzeit machen, wenn Sie – auch, um wieder Ihre eigene Wählerklientel zu bedienen – Hand an den Frankfurter Flughafen legen?

Nicht nur, dass Sie den größten Flughafenausbaugesegner aller Zeiten, Frank-Peter Kaufmann, in den Aufsichtsrat manövriert haben, nach dem Motto: Bekämpft die Institutionen von innen. – Dass Ihnen allerdings die Union hierbei noch die Hand reicht, um dieses Ziel zu verfolgen, finde ich wirklich unglücklich.

(Beifall bei der FDP)

Es geht weiter. Der amtierende Verkehrsminister hat mit seinen Äußerungen zum Terminal 3 die alte Linie der alten Landesregierung verändert, und zwar massiv. Als CDU und FDP gemeinsam in diesem Land regiert haben, haben wir uns über jede Investition gefreut. Wir haben uns deshalb über jede Investition gefreut, weil gerade in der aktuellen Situation eine Investition für den Ausbau unserer Infrastruktur von über 2,5 bis 3 Milliarden € eines der wichtigsten Signale wäre, um diesen Wirtschaftsstandort weiter nach vorn zu bringen; denn wir wissen – auch Herr Kollege Boddenberg weiß es –, dass die nächsten Jahre nicht einfacher werden, Herr Kollege Wagner.

Es gibt viele Indikatoren – der Kollege Al-Wazir hat ja im letzten Plenum, als ich etwas zur volkswirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik gesagt habe, nur gelächelt; aber ich bin mir hoffentlich einig mit Ihnen, dass er dazu irgendwann einmal Stellung nehmen wird –, die darauf hinweisen, dass sich die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik in den nächsten Jahren nicht weiter so glänzend entwickeln wird, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war. Das liegt nicht nur daran, dass die GRÜNEN hier regieren – das ist zwar auch ein Umstand, aber nicht der Hauptumstand –, sondern es gibt durch die vielen Krisenherde, die vielen, auch politisch sehr schwierigen Situationen in vielen Nachbarstaaten, aber auch in Asien und Afrika, gerade für die sehr stark exportorientierte Wirtschaft der Bundesrepublik massive Probleme. Wenn man sich nicht nur den Ölpreis oder Leitindizes anschaut, wird man sehen, dass wir in den nächsten Jahren, wahrscheinlich schon im nächsten Jahr, eine wirtschaftliche Eintrübung bekommen werden.

Deshalb ist es so wichtig – so die bedeutendsten Wirtschaftsforscher in diesem Land –, dass in Deutschland nicht an den Investitionen gespart wird, sondern diese hochgefahren werden, und auf der anderen Seite an den Strukturen gespart wird. Sie aber machen mit diesem Haushalt das Gegenteil, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

60 Millionen € weniger Investitionen im Landeshaushalt auf der einen Seite gegenüber einem möglichen Investitionsvolumen von 2,5 bis 3 Milliarden € beim Terminal 3 des Frankfurter Flughafens auf der anderen Seite. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung, Herr Kollege Boddenberg. Aber was macht die Landesregierung? Sie überprüft mit einem – ich finde, auch mit Blick auf die verwendeten Steuermittel – fragwürdigen Gutachten, ob es notwendig ist oder nicht. Es wurde beim letzten Mal etwas ausführlicher behandelt, ich mache es heute nicht noch einmal. Aber Sie wissen: Dafür ist der Vorstand der Fraport AG zuständig. Wenn Sie der Auffassung sind, dass dieser nicht richtig handelt und eine Investitionsentscheidung falsch getroffen hat, dann haben Sie aktienrechtliche Möglichkeiten. Aber bitte verwenden Sie in diesem Land keine Steuergelder, um wirklich fragwürdige Gutachten in die Welt zu setzen, damit Herr Al-Wazir sein Gesicht wahren kann, weil er wieder zu viel versprochen hat, was er nicht halten kann. Das ist nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Frage der Lärmpausen bin ich sehr gespannt, was passiert. Ich habe nämlich das Gefühl, dass die Region gar nicht so begeistert über die verschiedenen Vorschläge ist und zum Schluss der hessische Verkehrsminister sicherlich entscheiden wird, was richtig ist – ich kann mir nicht vorstellen, dass sich Herr Al-Wazir dort in die Büsche drückt, weil das ja verantwortungslos wäre, sondern er wird zum Schluss eine Entscheidung für die Region treffen. Anhand dieser Entscheidung wird man nicht nur sehen, wer davon profitiert und wer nicht, sondern man wird auch sehen, welchen Schaden diese Entscheidung für die Prosperität unseres Wirtschaftsmotors Nummer eins hat. Diese Frage stelle ich sehr bewusst; denn in dem Wettbewerb, in dem wir stehen, ist natürlich zu schauen, wie eine Landesregierung politisch mit einem so wichtigen Infrastrukturprojekt wie dem Frankfurter Flughafen umgeht.

Deshalb will ich Ihnen bei der Frage, wie damit umzugehen ist, einmal sagen, wie es auf europäischer Ebene wirkt. Die EU kann bzw. soll möglicherweise Terminal 3 aus dem großen Infrastruktur- und Investitionsprogramm mitfinanzieren, das die Kommission aufgelegt hat. Es sollen 21 Milliarden € investiert werden. Das ist ein wichtiger Schritt und auch richtig, was die EU dort an vielen Stellen macht, wenn das Geld tatsächlich sinnvoll verwendet wird – an vielen Stellen kann man da wohl auch Zweifel haben. Aber dann trifft die Europäische Union auf eine Hessische Landesregierung, die ihr Sorgen macht. Jetzt zitiere ich einmal aus dem „Wiesbadener Kurier“:

Als Infrastrukturprojekt mit europaweiter Bedeutung passt der Ausbau des Frankfurter Flughafens eigentlich gut in das Wachstumsprogramm. „Planungen beendet. Bauarbeiten können sofort starten“, lautet der Status des Terminals auf der Vorschlagsliste. Doch unter der Rubrik „Barrieren/Lösungen“ wird darauf hingewiesen,

– von niemand anderem als der EU-Kommission, meine Damen und Herren –

„dass eine politische Entscheidung der Landesregierung aussteht, ob der Ausbau nötig ist.“

In welchen Zeiten leben wir denn, dass die EU-Kommission mittlerweile die Hessische Landesregierung als Hindernis sieht, ob sie Projekte in Hessen fördert oder nicht? Das ist mittlerweile die Realität.

(Beifall bei der FDP)

Die Hessische Landesregierung wird offiziell als Investitionshemmnis bezeichnet. Herr Kollege Boddenberg, da erlaube ich mir schon die Feststellung, dass dies in früheren Zeiten nicht unbedingt so war. Dass die GRÜNEN ein Investitionshemmnis sind, ist in Deutschland bekannt. Dass die Union mittlerweile dort mitmacht, war unbekannt, ist mittlerweile aber leider Realität, und das halte ich, ehrlich gesagt, für falsch.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist das nur eines von vielen Beispielen, an denen wir mittlerweile erkennen, dass sich die Politik in diesem Land vollständig verändert hat. Herr Wagner hat sich dafür gelobt – das kann ich verstehen, wer grüne Klientelpolitik macht, muss sich dafür loben –; aber dass die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle das Ganze möglicherweise anders sehen und erst in einigen Jahren die Folgen dieser massiven ideologischen Fehlentscheidung zu tragen haben, ist wiederum die Zeche, die dann die Bürgerinnen und Bürger zu zahlen haben. Deshalb ist im ersten Jahr die Stimmung gut, das stimmt, aber in den nächsten Jahren werden die Folgen dieser Politik kommen, und da mache ich mir nicht nur um das Land, sondern vor allem auch um die Bürgerinnen und Bürger Sorgen, die bisher wirklich gern in diesem Land gelebt haben. Ich hoffe, das wird auch in Zukunft so bleiben, aber es ist schwer vorstellbar bei dieser Politik.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der CDU)

– Ich höre es immer wieder gern, wenn Sie sich beteiligen, Herr Kollege Stephan, weil ich Ihre Äußerungen bereits in der Koalitionszeit als besonders fachkundig geschätzt habe. Aber wenn ich hier heute etwas sage, spreche ich für die FDP- und nicht für die CDU-Fraktion, und da fühle ich

mich trotz schlechter Umfrageergebnisse wirklich sehr wohl, das darf ich wohl sagen.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe nämlich das Gefühl, dass bei uns ein marktwirtschaftlicher Kompass auf jeden Fall noch vorhanden ist, auch wenn er zurzeit vielleicht nicht sonderlich hohe Konjunktur in der politischen Debatte hat.

Was der Haushalt beinhaltet, ist an vielen Stellen wenig strukturiert. Es ist vor allem wenig ambitioniert, wenn man nur auf hohe Steuereinnahmen setzt. Er hat vor allem das Problem, dass ein wirkliches Konzept für die Personalpolitik fehlt. Ein Konzept für die Personalpolitik aber kann es nur geben, wenn man vorher auch klar definiert hat, in welchen Bereichen man Schwerpunkte setzen möchte.

Herr Ministerpräsident, ich nehme Ihnen ab, dass Sie in vielen Bereichen das fortsetzen wollen, was wir gemeinsam umgesetzt haben, und dass Sie als Person auch das klare Ziel haben, in diesem Land erfolgreiche Politik zu machen. Trotzdem sind die Zugeständnisse, die Sie Ihrem Koalitionspartner machen müssen, dermaßen vehement, dass an vielen Stellen das Gegenteil dessen herauskommt, was Sie – das unterstelle ich jetzt einfach einmal – eigentlich vorhaben.

Es ist eben so, wenn man sich die Zahlen anschaut, man feststellt, dass bei den grünen Prestigeprojekten richtig draufgesattelt wird. Es wird deshalb richtig draufgesattelt, weil es notwendig ist, um die GRÜNEN einigermaßen zu beruhigen und auf 16 % in einer Umfrage zu kommen, dass man bei vielen ideologischen Spielwiesen eben richtig draufgeht.

Ich will einmal ein paar Beispiele nennen, bei denen ich – „erstaunt“ ist das falsche Wort, wenn man die GRÜNEN so lange kennt – amüsiert wäre, wenn es nicht um Steuergelder ginge. Aber es sind heute viele Bürgerinnen und Bürger da, die bestimmt dankbar sind, wenn ich es einmal vorlese.

Es ist nicht nur die großartige Werbekampagne für das Zu-Fuß-Gehen in Hessen, die mittlerweile im Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz angedacht wird.

(Heiterkeit des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ein Blick in den Haushalt ist an dieser Stelle nicht uninteressant, Herr Schäfer-Gümbel. Die Kampagne „Zu Fuß gehen“ wird sicherlich ein Erfolg werden, und ich bin auch als Steuerzahler dankbar – es ist leider wirklich pure Ironie –, dass mit meinen Steuergeldern ein solcher Blödsinn in Hessen finanziert wird – unglaublich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Agrarsubventionen für 10 % Biolandwirte. Natürlich darf man die Frage stellen, lieber Volker Bouffier, warum es keine Subventionen für die konventionellen Landwirte gibt. Wenn man von Gleichbehandlung spricht, dann ist es doch auch in Ordnung, dass beide gleich viel bekommen und nicht nur die einen, die den GRÜNEN besonders nahe stehen. Was ist denn daran gerecht?

(Beifall bei der FDP – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die große Akzeptanzkampagne zum Thema Windkraft ist schon unglaublich. Da kommen Investoren, die sich an der

Installation von Windparks dumm und dusselig verdienen, und die GRÜNEN fördern es noch mit öffentlichen Mitteln, dass ihre Freunde auf der anderen Seite richtig schöne Einnahmen verbuchen können, Herr Kollege Wagner. Finden Sie das gerecht? Glauben Sie, die Bürgerinnen und Bürger haben etwas davon, wenn Sie Ihre ideologischen Freunde mit Steuergeldern unterstützen? Ich kann sagen: Nein, davon haben sie nichts.

(Beifall bei der FDP)

Die Zertifizierung des Staatswaldes mit FSC ist eine alte Forderung der GRÜNEN. – Frau Hinz springt schon auf, sie ist aufgeregt.

(Heiterkeit)

Ja, Frau Hinz, Respekt. Auch dort haben Sie eine alte grüne Forderung in einem Bereich durchgesetzt, wo Sie natürlich eine enge Nähe hatten. Nicht nur, dass die FSC-Kollegen immer im grünen Parteiprogramm und Parteiblatt, wenn ich das noch richtig weiß, geworben haben. Nein, 1,3 Millionen € werden auch hier dafür aufgewendet, dass eine Ökozertifizierung für unseren Wald gemacht wird. Meine Damen und Herren, wenn das kein grünes Wahlgeschenk ist, dann weiß ich es nicht. Aber auch hier sind Sie treu und machen es.

(Beifall bei der FDP)

Elektromobile müssen sein. Auch dort wird richtig Gas gegeben. Ich habe es vorhin noch gehört – ich habe es dummerweise liegen gelassen –: Es gibt die Kampagne „Salztüte“.

(Jürgen Lenders (FDP): Ja, von Hessen Mobil!)

Für die Menschen hier im Raum: Früher haben wir dafür Sorge getragen, dass Hessen Mobil, die Straßenbauverwaltung des Landes, zwei Sachen macht: erstens Straßen baut und zweitens im Winter streut. Jetzt sagt Herr Kollege Rudolph, das hat nicht immer geklappt. Das stimmt.

(Günter Rudolph (SPD): Einverstanden!)

Deshalb haben wir in den letzten Jahren dort richtig Gas gegeben, und das war in den letzten Jahren richtig gut. – Die neue Landesregierung macht eine Werbekampagne. Sie packt das Salz in kleine Tüten und legt es bei Tank & Rast aus. Wenn das ein privatwirtschaftliches Unternehmen gewesen wäre, hätte ich gesagt: „Na ja“. Aber, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, eine Bitte: Lassen Sie Hessen Mobil wieder Straßen bauen und Straßen streuen, statt Werbekampagnen zu machen. Das wäre besser fürs Land.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Wagner, aus Ihrer Sicht darf man vielleicht kritisieren, wenn wir in der Umweltpolitik ein bisschen genauer hingeschaut haben und uns mit Ihrer Klientel auseinandersetzen, dass das vielleicht für Sie nicht schön ist. Aber ich darf schon die Frage stellen, warum ein Fachzentrum für Klimawandel, das nicht nur Wetterkarten auswertet oder den Klimawandel alleine für Hessen prognostiziert, so unbedingt notwendig ist, wenn das Gleiche nicht nur in weiteren 15 Ländern, sondern vor allem auch auf Bundesebene für die ganze Bundesrepublik gemacht wird. Ich darf Ihnen ein Geheimnis verraten: Auch Hessen ist ein Teil der Bundesrepublik. Wir müssen hier nicht alles extra machen. Wir können uns gelegentlich auch auf den Bund verlassen.

(Beifall bei der FDP)

Da könnte man Geld sparen. Man kann dort auch deshalb Geld sparen, weil allein aus Hessen heraus der Klimawandel nicht komplett beeinflusst werden kann. Wir können das Weltklima nicht auf 2 Grad genau aus unserem Land heraus steuern, sondern es bedarf dafür viel mehr.

Wir haben eine ganze Reihe weiterer Vorschläge gemacht, für die Sie vorhin leider keine Zeit hatten, Herr Wagner, nicht nur bei der Polizei. Wir haben uns mit der Reiterstaffel beschäftigt, mit den Strukturen in der Polizei, Polizeidruckereien. Wir haben noch einmal das Landesschulamt thematisiert.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, ja!)

Wir haben das deshalb thematisiert – sehr mutig von uns –, weil mit unserem Landesschulamt 25 Verwaltungsstellen hätten wegfallen können und weil wir Strukturen in der Verwaltung verbessern und nicht verschlechtern wollen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist der Grund, Herr Wagner. Da es Ihnen ideologisch nicht in den Kram passt, den Schulen mehr Freiheiten zu geben, musste das Landesschulamt sterben. Damit mussten auch Einsparungen sterben. Das ist auch grüne Politik mit der CDU gemeinsam, dass so etwas dann nicht stattfinden kann.

Ein wichtiger Punkt ist die Rücklage. Hierauf will ich einen besonderen Fokus der Öffentlichkeit lenken. Rücklagen macht das Land nur für besondere Aufgaben. Diese Landesregierung hat eine Rücklage – immerhin 90 Millionen € sollen dort geparkt werden – geschaffen für die Aufgabe: Wir wissen es auch nicht. Es gibt diese Aufgabe nicht. Der Finanzminister hat ein bisschen Geld geparkt für die Zeiten, wenn es schlecht geht. Das macht der Bürger in der Regel auch, das stimmt. Aber der Bürger muss die Zinsen, die dafür anfallen, auch nicht aus seinen eigenen Steuergeldern bezahlen. Der Finanzminister macht es aber. Er bezahlt mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger, die heute hier sitzen, diese Rücklage.

Er hat sie deshalb eingeplant, weil anscheinend – ich bin gespannt, vielleicht ist es auch völlig anders – dieses Geld zurückgelegt wird, sodass man, falls es einmal politisch eng wird, noch einmal irgendwo ein kleines Feuer verursachen kann.

Meine Damen und Herren, das ist unredlich. Steuergelder zu nehmen und mit Steuergeldern auch noch zinsfinanzierte Rücklagen zu bilden, die letztendlich in keiner Weise in irgendeiner Form benötigt werden, sondern nur für politische Spielchen zurückgelegt werden, das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP)

Beim Landesstraßenbau – das habe ich gesagt – gibt es 10 Millionen € weniger. Na klar, die Projekte, die dieses Jahr geschoben wurden, werden nächstes Jahr gemacht. Dafür werden aber die Projekte, die für nächstes Jahr geplant waren, aufs übernächste Jahr geschoben. Das hat der Kollege Gremmels vorhin richtigerweise hineingerufen. Insofern ist, dass man weniger macht als geplant, kein Lob wert, sondern eher eine Peinlichkeit. Aber anscheinend ist das mittlerweile ein anderer Bewertungsmaßstab, mit dem wir hier arbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Kollege Wagner, Sie als Bildungspolitiker wissen, dass der Bildungsbereich einer der schwierigsten ist. Sie haben sich im Bildungsbereich immer engagiert, so will ich es formulieren. Der Bildungsbereich hat einen sehr wichtigen Teil. Das ist der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Viele wissen, wie schwierig es für Kinder ist, diesen Schritt in die Schule zu tun. Wir haben in den letzten Jahren, auch parteiübergreifend, den Bildungswert im Kindergarten sehr stark gemeinsam nach vorne gebracht. Kindergarten ist nicht mehr eine reine Verwahrsituation, dass Kinder dort betreut werden, sondern er ist Bildungseinrichtung geworden. Das war richtig und gut.

Der Übergang ist ein ganz wichtiger Punkt. Die FDP hat sich immer für eine qualifizierte Schulvorbereitung eingesetzt, für das qualifizierte Schulvorbereitungsjahr, das uns immerhin 2,7 Millionen € wert war. Das war ein wichtiges Thema nicht nur unserer beiden Kultusministerinnen, sondern der gesamten Fraktion, des damaligen Landesvorsitzenden. Denn wir wissen, wie wichtig der Übergang vom Kindergarten in die Schule ist.

Das haben Sie einfach gestrichen, weil Ihnen anscheinend die Kinder, die in die Grundschule gehen, nicht so wichtig sind, weil sie anscheinend nicht die erste Wählerklientel sind, die die GRÜNEN bedienen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Zu diesem Ergebnis muss man kommen. Es ist Geld da für das Klimaschutzzentrum, für die Kampagne „Zu Fuß gehen“, für eine Akzeptanzkampagne zum Thema Windkraft, für Agrarsubventionen für Biolandwirte, aber für die Kinder, die vom Kindergarten in die Grundschule kommen, sind keine 2,7 Millionen € da. Das ist das, wo die GRÜNEN Politik machen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb kann ich nur sagen: Ja, dieser Haushalt hat eine grüne Handschrift. Das stimmt. Er hat eine grüne Handschrift zulasten der Bürgerinnen und Bürger, und er hat auch eine Handschrift, die mich zu einer Frage veranlasst. Herr Kollege Boddenberg redet gleich, und da will ich eine Frage einbauen. Ich möchte gerne wissen: Wo geht Hessen hin? Ist Hessen weiterhin der internationale Wirtschaftsmotor, der sehr stark an die Prosperität der Bundesrepublik anknüpft und sie pusht? Oder ist es der Infrastrukturstandort, der als der Standort, der am meisten Verkehr von allen Ländern abzuwickeln hat, in den nächsten Jahren weniger Straßen baut? Sind wir weiter der Finanzplatz, der wir waren, oder sind wir durch Ihre Politik einer Finanztransaktionssteuer, die Sie zwar in den Koalitionsvertrag schreiben, aber dann nicht richtig meinen – man hört immer Unterschiedliches – – Für was steht diese Koalition?

Was ist Ihr Ziel, für was Hessen am Ende stehen soll, außer für ein Machtbündnis aus CDU und GRÜNEN? Herr Kollege Boddenberg, ich glaube, das ist für die Menschen zu wenig, dass Sie allein ein gutes Gefühl haben, um diese Macht zu sichern. Das ist zu wenig für die Menschen in Hessen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

– Ich fand den Teil ganz gut, Herr Ministerpräsident, um das ehrlich zu sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Lachen bei der CDU – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenigstens einer!)

– Es ist nicht nur einer, es sind noch fünf weitere.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Nein, das macht meine Fraktion nicht. Die klatscht, wenn sie der Auffassung ist, dass es gut war. Deshalb hat bei Ihnen auch keiner geklatscht, Herr Kollege Wagner. Das ist der Grund.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der Wissenschaftsbereich war ein Bereich, der unter der Führung von Roland Koch als Leuchtturm bezeichnet worden ist. Deshalb haben wir damals versucht, gemeinsam sehr viele internationale Wissenschaftseinrichtungen, aber auch deutsche mit Max-Planck-Institut und Fraunhofer-Institut, nach Hessen zu bringen. Wir haben als FDP in diesen Zukunftsbereich noch einmal 5,4 Millionen € eingestellt, weil wir der Auffassung sind, dass besondere Exzellenzbereiche an den vier Hochschulen besonders gefördert werden müssen. Ich weiß vom Wissenschaftsminister, dass er sich sicherlich darüber freuen würde, wenn diese Mittel zusätzlich kämen. Sie wären für die Zukunftsinvestitionen in unserem Land ein richtiger und wichtiger Schritt.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb können wir mit unseren Haushaltsvorschlägen, Herr Kollege Wagner, nicht nur Geld einsparen, sondern wir schaffen es auch – Sie sind da hinten, aber das ist kein Problem; das ist auch nicht böse gemeint, man muss auch einmal herausgehen, wenn es eng wird; das kann ich verstehen, das haben auch schon andere gemacht –, diese Zukunftsinvestitionen, die wir machen, auf der anderen Seite mit Einsparungen zu paaren.

Ich will das ausdrücklich sagen: Wir haben keine Einmalersparung vorgenommen. Wir haben aus Seriositätsgründen auch nicht noch einmal das Frankfurter Polizeipräsidium, das hoffentlich in diesem Leben noch irgendwann einmal verkauft wird, eingestellt. Wir haben es nicht eingestellt, weil wir nach zehn Jahren, in denen wir mit dieser Luftbuchung gearbeitet haben, der Auffassung sind: Wenn es verkauft ist, nehmen wir es in den Haushalt, aber nicht vorher. Das ist wirklich unseriös, das machen wir nicht.

(Beifall bei der FDP)

Aber wir haben auf der anderen Seite eben auch keine strukturellen Mehrausgaben mit Einmalverkäufen oder Einmalausgaben kompensiert, sondern wir haben mit unseren Haushaltsvorschlägen versucht, klare Schwerpunkte im Bereich der Infrastrukturpolitik, der Bildungspolitik, der Zukunftsprojekte zu setzen und trotzdem zu zeigen, dass dieser Haushalt so gefahren werden kann, dass wir uns wirklich der schwarzen Null nähern.

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie mir eine Bemerkung. Steuereinnahmen sind die Grundlage für alles – da bin ich bei Ihnen. Man kann sie auf zwei Wegen erreichen. Man kann sie erreichen, indem man eine Wirtschaftspolitik macht, indem Menschen investieren, indem man ein Investitionsklima hat, wo Unternehmen, aber auch Privatpersonen investieren.

Oder man kann die Steuerschraube immer weiter hochdrehen und hochdrehen. Dann wird man in den ersten Jahren – ja, das werden Sie auch erreichen – Steuermehreinnahmen haben. Aber die Menschen werden sich in Zukunft zweimal überlegen, ob sie an diesem Standort weiter investieren, wo die Steuerschraube so in extenso hochgedreht wird.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb halte ich das persönlich für einen Fehler. Es werden sich auch Unternehmen überlegen, ob sie in Hessen investieren, wenn z. B. Straßen in Hessen schlechter werden,

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

wenn z. B. Umgehungsstraßen aus ideologischen Gründen nicht gebaut werden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Oder Windräder aus ideologischen Gründen nicht gebaut werden!)

Die Menschen werden sich überlegen, in Mittelhessen zu investieren. Frau Kollegin Wissler, das sollte auch in Ihrem Interesse sein, denn beim Ausgeben sind Sie immer die Nummer eins; das will ich nicht bestreiten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Nicht beim Ausgeben!)

Deshalb sollten Sie sich auch überlegen, wie eigentlich Steuereinnahmen in dieses Land kommen. Es gibt z. B. Investitionen hier in diesem Land, weil wir eine gute Infrastruktur haben.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Windräder z. B.!)

Diese Infrastruktur zu pflegen und auszubauen ist deshalb aus unserer Sicht als FDP eine der vordringlichsten Aufgaben. Ich halte es – gelinde gesagt – nicht nur für falsch, sondern auch für verantwortungslos, die A 49 auf dem politischen Altar von CDU und GRÜNEN zu opfern. Das ist falsch.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Kollege Boddenberg, deshalb will ich es für die Bürgerinnen und Bürger hier oben ganz einfach erklären. Dieter Posch und in der Nachfolge ich, aber hauptsächlich Dieter Posch – wir haben alles dafür getan, dass die rechtlichen Voraussetzungen für diesen Autobahnbau fast vollständig vorliegen. Es war auch Volker Bouffier, das will ich ausdrücklich sagen, der sich massiv für dieses Thema eingesetzt hat.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Vielen Dank!)

– Nein, das ist so. – Wir haben uns gemeinsam für dieses Thema eingesetzt, weil wir wussten und wissen, wie wichtig die Infrastruktur gerade für die mittelhessische Region ist. Das, was Sie in diesen Koalitionsvertrag geschrieben haben, belegen Ihnen alle Gespräche mit allen Kollegen auf Berliner Ebene, die im Bereich der Infrastruktur so ein bisschen Kenntnis haben – vielleicht sollten Sie die auch führen –, dass nämlich die Autobahn für die Bürgerinnen und Bürger, die heute da sind, nur gebaut wird, wenn sie erstens rechtlich vollständig planfestgestellt ist. Das ist die notwendige Voraussetzung. Anders ginge es übrigens auch nicht. Den Satz hätten Sie sich sparen können. Zweitens, wenn sie auch, jetzt kommt der wichtige Satz, durchgängig finanziert ist.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das macht Sinn, wenn man anfängt!)

– Frau Kollegin Wissler, nein, Sie haben halt keine Ahnung. Das hat der Zwischenruf gerade wieder gezeigt.

(Beifall bei der FDP)

Das wird dazu führen, dass die Autobahn nicht gebaut wird,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Natürlich, weil es nicht finanziert ist!)

weil wir uns von Planabschnitt zu Planabschnitt hangeln – das ist nicht schön –, aber immer den Wettbewerb mit anderen Ländern in Deutschland aufnehmen müssen, einmal 200 oder 150 Millionen € für diesen Planabschnitt zu bekommen.

Wissen Sie, was Ihre Position ist? – Sie sagen: „Wir wollen die 500 Millionen € in toto“, was die Wahrscheinlichkeit, dass wir sie in dieser Höhe bekommen, gerade gegen null tendieren lässt. Wir werden dieses Geld niemals bekommen, weil diese große Summe nicht zur Verfügung steht.

(Beifall bei der FDP)

Das wissen Sie. Deshalb wissen Sie auch, dass diese Autobahn in Hessen niemals gebaut wird. Das ist für die Region, für die Menschen und für alle, die sich für das Projekt jahrelang engagiert haben, eine unglaubliche Unverschämtheit. Das will ich ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Herr Kollege Wagner, dass Sie im Koalitionsvertrag die gleiche Formulierung haben, die Sie schon im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag damals unter Andrea Ypsilanti formuliert haben, zeigt, wie lange Sie bereits daran arbeiten, dass es weniger Infrastruktur in Hessen gibt. Es zeigt leider auch, dass die Union an dieser Stelle – verehrte Kolleginnen und Kollegen, das gestatten Sie mir – nicht richtig aufgepasst hat, was Ihnen da in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt worden ist. Das ist ein Problem.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist das für mich auch ein Stück politische Untreue, wenn man Steuergelder, die wir vom Bund für Infrastrukturverbesserungen bekommen könnten, an Hessen vorbeigehen lässt, nur weil man es ideologisch nicht verkaufen kann, dass man an dieser Stelle eine Straße baut.

Herr Wagner, Sie sind sich mit Herrn Al-Wazir treu geblieben. Sie haben damals vor Ort gegen diese Autobahn – wie vom Bären gebissen – demonstriert und haben heute die notwendigen Funktionen, um diese Autobahn über den Verwaltungsweg kaputt zu machen. So macht man grüne Politik: erst demonstrieren, dann über die Verwaltung kaputt machen, damit keine Straßen gebaut werden. Die Menschen werden irgendwann merken, was Sie in diesem Land für eine Politik machen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Jürgen Banzer (CDU))

– Herr Kollege Banzer, Sie müssen uns gestatten, dass wir auch gelegentlich aufdecken, was Sie im Hintergrund verhandeln. Das ist ein Teil der Oppositionsarbeit – auch wenn wir nicht glücklich darüber sind, dass Sie ein Projekt,

das Ihnen einmal und uns immer noch wichtig war, jetzt kaputt machen –, das ist unsere Aufgabe.

Wenn Sie unserer Auffassung sind, dann lassen Sie uns gemeinsam – ich will Ihnen die Hand reichen – dafür arbeiten, dass diese Autobahn gebaut wird. Dann müssten Sie allerdings zeitnah noch Verkehrsminister werden. Ich schließe nicht vollständig aus, dass es noch dazu kommt. Aber das wird mit Herrn Al-Wazir und dem Vorgehen, das jetzt besprochen ist, definitiv nicht möglich sein.

(Beifall bei der FDP)

Ich will ausdrücklich sagen: Wenn es dahin gehend in der Union Bewegung gibt, sind wir die Letzten, die das nicht unterstützen würden, gerade weil wir auch schon einiges zusammen gemacht haben, Herr Banzer. Vielleicht lässt sich dieser Weg auch gemeinsam beschreiten. Ich glaube, es gäbe mehrere Leute, die auf jeden Fall nicht völlig abgeneigt wären, Sie darin zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich will zusammenfassen. Das, was Kollege Wagner vorhin versucht hat, war, weil Sie das immer als neuen Stil bezeichnen, viel reden über das, was wir machen. Aber Sie haben jetzt die Verantwortung. Sie haben die Verantwortung für dieses Land.

Sie haben die Verantwortung für seine wichtigsten Investitionsbereiche, den Finanzplatz, die Industrie. Deshalb ist das, was Sie verantworten, nicht nur die Energiewende, die Frau Hinz gemeinsam mit Herrn Al-Wazir nach vorne treibt – statt 800 Windräder 4.000 in Hessen, das ist für die Bürgerinnen und Bürger erst einmal überraschend, dass man 4.000 Windräder in einem windschwachen Land wie Hessen installieren kann –, sicherlich ein wichtiges Thema. Aber es ist eben auch ein Thema der Investitionsentscheidungen. Herr Wagner, Subventionsruinen, die jetzt aufgestellt werden, haben die Menschen in unserem Land zu bezahlen.

Sie haben gesagt – ich will das wiederholen, damit die Bürgerinnen und Bürger das hören –, die FDP würde sich bei der Frage der Kritik an der Windkraft so schnell drehen wie ein Windrad. Herr Wagner, ich würde mich freuen, die Windräder würden sich in Hessen überhaupt drehen. Dann hätten wir nämlich deutlich weniger Probleme.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre wunderbar, wenn wir sie in einem Land aufstellen würden, wo wir auch Wind haben. Herr Wagner, ich glaube, dass man fair sein muss. Wenn sich Bürger gegen das Thema Kernkraft wenden, dann muss man das akzeptieren, ja.

Man muss es auch akzeptieren, wenn es Bürgerinnen und Bürger nicht gut finden, dass 7 m tief Betonfundamente im Wald für ein 200 m hohes Windrad eingebracht werden, dafür Bäume fallen und große Straßen in den Wald planiert werden, damit man diese Windparks auch erreichen kann. Wenn das Bürgerinnen und Bürger kritisch sehen, dann sollten Sie nicht so arrogant sein und das eine für gute Kritik und das andere für schlechte Kritik halten, sondern es ist beides Mal Bürgerwillen.

(Beifall bei der FDP)

Ja, es gibt eine ganze Reihe von Themen, die für unser Land von massiver Bedeutung sind. Deshalb haben Sie die Verantwortung, den Menschen zu erklären, wie 4.000 Windräder in dieses Land passen. Sie haben die Verantwortung dafür, zu erklären, warum der Frankfurter Flughafen

möglicherweise – ich setze das in Anführungszeichen – nicht so wachsen kann, wie er das in der Vergangenheit konnte, warum Investitionsentscheidungen von 2,5 bis 3 Milliarden € boykottiert werden, warum in der Schulpolitik wieder eine Politik mit dem Zentralismus aus Wiesbaden und weniger Verantwortung vor Ort gemacht wird.

Sie müssen erklären, warum weniger Straßen gebaut werden. Und Sie müssen zum Schluss auch erklären, warum Sie nicht die Kraft haben, strukturell endlich in den Ministerien zu sparen, obwohl das dringend notwendig ist und die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf haben, dass mit ihren Steuergeldern ordentlich umgegangen wird. Diese Fragen müssen Sie erklären.

Herr Wagner, klar können Sie uns fragen. Wir haben Ihnen Hinweise gegeben. Wir haben Ihnen schriftliche Vorschläge gemacht. Die gefallen Ihnen nicht. Aber dann sagen Sie bitte nicht, wir machten keine Vorschläge, wenn Ihre Ideologie so ist, dass es massiv grüne Klientelpolitik gibt, die Sie durchziehen wollen. Es ist Ihr gutes Recht, das zu machen. Aber Sie müssen es vor den Bürgerinnen und Bürgern auch vertreten.

Zum Schluss will ich deshalb sagen: Gerade die Werbekampagne „Zu Fuß gehen“ sollte sich die Landesregierung einmal zu eigen machen, Herr Ministerpräsident. Ich gehe davon aus, dass im Rahmen dieser Kampagne die Dienstwagen demnächst stehen bleiben und die Landesregierung läuft. Wer eine so tolle Kampagne macht, sollte auch selbst zu Fuß gehen. Ich kann das nur begrüßen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Danke, Herr Rentsch. – Für die CDU-Fraktion hat sich ihr Vorsitzender, Herr Boddenberg, gemeldet.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, dass wir heute nicht nur eine Generaldebatte, sondern auch eine ganze Reihe von üblichen Ritualen erlebt haben. Ich will das ausdrücklich nicht kritisieren, sondern glaube, dass das zu einem Parlament und zu einem solchen Tag dazugehört. Die Zuhörerinnen und Zuhörer wissen, dass wir heute über den hessischen Haushalt und damit über das wesentliche Recht des Parlaments reden, Politik zu gestalten.

Da gilt es, dass wir über Wege, wie wir dieses Land voranbringen, wie wir weiter daran arbeiten, dass sich Menschen in diesem Land wohlfühlen, dass Wirtschaft prosperiert, über die Wege zu diesen Zielen heftig und – ich glaube, das darf ich heute schon zurückblickend sagen – sehr sachlich streiten. Das ist heute aus meiner Sicht ein Gewinn dieser Debatte. Dafür will ich mich zunächst einmal sehr herzlich bei allen Kollegen bedanken.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass wir in diesem Land eine etwas ungewöhnliche neue Koalition haben. Herr Kollege Wagner, wer wollte das bestreiten? Heute vor einem Jahr wussten wir schon, dass das so werden könnte, nachdem wir intensiv miteinander verhandelt hatten. Aber

einige Monate zuvor, einige Zeit vor dem 22. September 2013 hat niemand in diesem Haus und, ich glaube, auch außerhalb über eine solche Koalition ernsthaft nachgedacht.

Weshalb sage ich das? – Ich glaube, es ist das Recht der Wählerinnen und Wähler und es ist die Pflicht guter Demokraten, aus einem Wahlergebnis, das nun einmal so gekommen ist, wie wir es am 22. September 2013 miteinander wahrnehmen mussten, am Ende etwas zu gestalten, Mehrheiten zu schaffen und Kompromisse für den Fall zu finden, dass das notwendig ist. Denn man ist mit unterschiedlichen Positionen in den Wahlkampf gegangen. Insofern darf ich mich sehr herzlich nicht nur bei dem grünen Koalitionspartner, sondern auch bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU dafür bedanken.

Ja, es war nicht nur nicht einfach, einen Koalitionsvertrag mit dieser Detailschärfe und mit teilweise sehr unterschiedlichen Ansätzen in unterschiedlichen Politikfeldern zu formulieren und zu verhandeln. Es war und ist bis zum heutigen Tage anstrengend, die Positionen auch in der Tagespolitik immer wieder zueinanderzuführen. Dass das so gelingt, wie es gelingt, dass nämlich Menschen, die außerhalb Hessens wohnen und nach Wiesbaden und Hessen schauen, sagen: „Das geht offensichtlich sehr reibungslos“, hat etwas mit der engagierten Arbeit aller Kolleginnen und Kollegen und etwas mit dem großen Vertrauen innerhalb der Regierungsfractionen und innerhalb der Landesregierung zu tun. Ich glaube, nach einem Jahr darf man einmal sagen: Das ist auch ein Grund, ein herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Etwas darf ich dennoch kritisch anmerken. In der Debatte heute und in den Debatten der letzten Monate waren immer wieder die zugegebenermaßen mich langsam, aber sicher einigermaßen langweilenden Satzstrukturen zu hören, die da lauteten: Ja, aber ihr habt doch in der letzten oder vorletzten Legislaturperiode etwas anderes gesagt. – Ich habe das jetzt einmal verkürzt. Herr Merz, es wird gesagt: Ihr habt euer Wahlversprechen nicht gehalten.

Ich könnte daraus jetzt einmal den relativ logischen und plausiblen Schluss ziehen, dass die Sozialdemokraten – ich nenne jetzt einmal Sie, weil Sie dazwischengerufen haben – kein einziges Wahlversprechen gehalten haben, weil sie gar nicht regieren. Ich will damit die Absurdität Ihrer Argumente deutlich machen.

Es kann doch logischerweise gar nicht anders sein. Man ist in den Wahlkampf gezogen und hat Wahlprogramme und Ziele formuliert, aber keine absolute Mehrheit bekommen. Herr Merz, ich glaube, die hatten Sie in diesem Land anno Tobak, aber jedenfalls nicht in den letzten Jahrzehnten.

Es ist dann notwendigerweise so, dass man einen Koalitionsvertrag schließt. Dass man in diesem Koalitionsvertrag Kompromisse aushandelt, ist das Natürlichste der Welt. Ich finde, wir könnten es uns langsam einmal ersparen, mit diesen Argumenten, die wirklich von vorgestern sind, die politische Gestaltung in diesem Land zu kommentieren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir reden jetzt aber über den Haushaltsentwurf. Mit Blick auf die Debatte, die nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch allen voran von den LINKEN immer geführt

wird, will ich schon einmal etwas sehr Grundsätzliches zu der Schuldenbremse sagen. Ich gehöre zu denen, die sagen: Der Begriff ist ein bisschen technokratisch, er kommt ein bisschen kalt daher. Herr van Ooyen, auch wenn Sie diesen Begriff nicht leiden können, bedeutet er in Wahrheit viel mehr, als man auf den ersten Blick glauben könnte. Hinter dem Ziel der Schuldenbremse steckt auch für unser Land viel.

Wir reden nämlich über die Frage, ob wir dieses Land so haben, stärken und stabilisieren wollen, dass wir Handlungsspielräume nicht nur heute haben, sondern auch in Zukunft haben werden. Herr van Ooyen und andere, die nach wie vor mit dieser in der Verfassung festgeschriebenen Zielsetzung ein grundsätzliches Problem haben: Wir reden darüber, dass wir es nicht zulassen dürfen, dass die Kinder und die Kindeskinde eines Tages zurückblicken und unsere Generation und die Generation vor uns dafür verantwortlich machen, dass wir ihnen jedweden Handlungsspielraum genommen haben.

Das geschieht vor dem Hintergrund einer Entwicklung in unserem Land, die da lautet – das Stichwort ist demografische Entwicklung –: In künftigen Generationen werden sich viel mehr ältere Menschen darauf verlassen müssen, dass sich die jüngere Generation um sie bemüht und kümmert. Das Stichwort lautet Generationenvertrag.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Lieber Herr Schmitt, das können sie nur, wenn wir ihnen dazu mit den heutigen Haushalten die notwendigen Spielräume in den künftigen Haushalten lassen.

Herr Schmitt, Sie sagen immer wieder die gleichen Sätze. Insofern kann man sich auf Ihre Sätze gut vorbereiten. Ich will es einfach noch einmal deutlich sagen: Ja, wir haben auch seit der Übernahme der Mehrheit in diesem Land durch die Christdemokratische Union 1999 eine Neuverschuldung. Das wird niemand wegreden. Wir haben in diesem Land in dieser Zeit eine Neuverschuldung in einer Größenordnung von 19 Milliarden €. Das werde ich auch nicht wegreden. Das kann man nachlesen.

(Norbert Schmitt (SPD): 20 Milliarden €!)

Das bedeutet, dass wir ab der Zeit von 1999 bis zum Jahr 2013 jedes Jahr im Schnitt eine Neuverschuldung in Höhe von rund 1,3 Milliarden € hatten. Das ist schlimm. Ich glaube, übereinstimmend feststellen zu können, dass das etwas ist, was in diesem Hause außer der LINKEN niemand will.

In der Zeit der Regierungsverantwortung der Sozialdemokraten in den Jahren 1991 bis 1998 hatten wir eine jährliche Neuverschuldung von etwas über 1 Milliarde €, also rund 250 Millionen € pro Jahr weniger an Neuverschuldung. Wenn man mit der Debatte dann aufhört, könnte man auf den ersten Blick sagen: Oh, das ist toll, sie waren viel erfolgreicher, als das die Menschen in der Zeit der Regierungsverantwortung der CDU seit 1999 waren.

(Norbert Schmitt (SPD): Das kann man sagen!)

Sie lassen dabei aber einen ganz entscheidenden Faktor weg. Sie lassen nämlich weg, dass das Land Hessen seit 1999 sehr erfolgreich war, heute sehr erfolgreich ist und in Zukunft mit diesem neuen Partner auch in einer Art und Weise erfolgreich sein wird, dass wir das, was an anderer Stelle in anderen Ländern an Defiziten, an wirtschaftlicher Instabilität, an Nullwachstum und null Perspektive

herrscht, lieber Herr Kollege Rentsch, mit hessischer Kraft jedenfalls in großen Teilen durch den sogenannten Länderfinanzausgleich mit kompensieren müssen.

Herr Schmitt, vielleicht notieren Sie sich diese Zahl einmal. In den Neunzigerjahren, also in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung, sind jährlich rund 1,2 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt worden. Das ist etwas mehr, als es Neuverschuldung pro Jahr gegeben hat. Seit der Regierungsverantwortung der CDU, seit dem Jahr 1999, sind jährlich über 2 Milliarden € in diesen Topf gegangen. Das sind 800 Millionen € pro Jahr mehr. Es ist eine völlig andere Welt, über die wir seit unserer Regierungsverantwortungsübernahme reden, im Vergleich zu der Zeit, als Sie die Verantwortung getragen haben. Jetzt lassen Sie das einfach einmal weg. Ich hoffe, Sie merken sich diese Zahlen für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen, dass wir alle vielleicht ein wenig ehrlicher und redlicher in der Haushaltspolitik sein sollten. Ich glaube, Herr Schäfer-Gümbel hat das nicht so gemeint. Aber Sie haben es als „Orden anhängen“ formuliert. Ich glaube, Sie wollten das nicht despektierlich verstanden wissen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nie!)

Aber es ist schon ein bisschen bezeichnend, dass Sie in Ihrer Rede das Ehrenamt in einer Art und Weise besprochen haben, dass ich sage: Mein Weltbild von dieser Gesellschaft ist ein anderes als das Ihrige. Denn wir sind jeden Tag dafür dankbar, dass rund 30 % der Menschen in unserem Land Hessen bereit sind, ehrenamtlich Aufgaben und ehrenamtlich Verantwortung zu übernehmen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Darum ging es überhaupt nicht!)

Ich finde, es ist eine der vornehmsten Aufgaben eines Ministerpräsidenten oder eines Staatsministers – ich durfte das in der vergangenen Legislaturperiode hin und wieder auch bei ehrenamtlich tätigen Sozialdemokraten tun –, diese Menschen mit dem Verdienstorden des Landes oder des Bundes auszuzeichnen. Wer jemals bei einer solchen Verleihung dabei gewesen ist, wird wissen, dass das für viele dieser Menschen viel mehr als eine materielle Zuwendung ist. Vielmehr macht es stolz, weil sie wissen, dass man ihre Leistung anerkennt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Schäfer-Gümbel, Sie wollten wahrscheinlich mit Ihrem Zwischenruf deutlich machen, dass Sie das gar nicht gemeint haben. Vielmehr haben Sie gemeint, dass der Staat keine Aufgaben auf das Ehrenamt verlagern darf. Da sind wir doch erst einmal bei Ihnen.

Ich sage Ihnen aber noch etwas anderes: All das, was tagtäglich an neuen Vorstellungen aus der Gesellschaft, von Bürgerinnen und Bürgern an den Staat herangetragen wird, all das, was Unternehmer nahezu tagtäglich an Forderungen an die Politik – an die Kommunen, die Länder, den Bund und am Ende auch an die Europäische Union – formulieren, bedeutet konsequenterweise am Ende eines, nämlich dass das häufig Geld kostet.

Ich will nur einmal sagen, was sich denn da in den letzten 20, 25 Jahren getan hat. Das wissen Sie doch alle genauso

gut wie ich. Vor 20 Jahren hatten wir eine Kinderbetreuungsquote von unter Dreijährigen von gerade einmal 3 %. Heute sind wir bei 36 %. Herr Schäfer-Gümbel, ich beklage das nicht. Ich stelle ausdrücklich fest: Das wollen wir. Aber man muss doch einmal zur Kenntnis nehmen, dass das eine gewaltige neue Leistung des Staates, der öffentlichen Hand – der privaten, der kirchlichen, aber eben auch der staatlichen Träger – ist.

Im Umweltschutz haben wir einen Anforderungskatalog, und zwar nicht nur bei den eigentlichen Maßnahmen, sondern gerade auch bei der Datenverwaltung in diesem Bereich: noch und nöcher – übrigens keine nur grünen Forderungen und Vorstellungen, sondern es ist ein allgemeiner gesellschaftlicher Konsens, dass wir Ökologie ernst nehmen, praktizieren und damit dafür sorgen, dass wir unsere Welt nicht nur haushalterisch in Ordnung bringen, sondern auch ökologisch: dort, wo wir Verantwortung haben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Völlig zu Recht haben wir mittlerweile enorme Vorstellungen, sehr qualifizierte Vorstellungen davon, wie eine Kinderbetreuung aussehen soll. Mehrere von Ihnen haben heute gesagt, wir reden nicht nur über Betreuung, wir reden über Erziehung und Bildung, auch und gerade im Kindergarten. Wir reden über hohe Qualitätsmaßstäbe – völlig zu Recht – für die Pflege und Versorgung älterer Menschen.

Beim Thema Mitmenschlichkeit reden wir an ganz vielen Stellen darüber, dass wir dahin kommen wollen, dass das, was der Staat dort leistet, eine Qualität hat, die zumindest sehr professionell ist. Dort, wo es keine Familien mehr gibt, soll es gewährleistet sein, dass Menschen ordentlich menschenwürdig untergebracht werden.

Wir reden über flächendeckende Angebote der Ganztagschule – und kommen aus einer Gesellschaft mit der klassischen Halbtagsschule.

Wir reden über dramatische – das meine ich nicht negativ – Steigerungen an den Hochschulen, was die Studierendenzahlen anbelangt.

An einer ganz anderen Stelle reden wir darüber, dass sich der Güterverkehr auf unseren Straßen in 20 Jahren nahezu verdoppelt hat. Heute sind wir irgendwo bei 2,5 Milliarden t, die jedes Jahr über unsere Straßen transportiert werden. Es versteht sich von selbst, dass das einen höheren Unterhaltungs- und Reparaturaufwand bedeutet und teilweise auch neue Straßen erfordert.

Diese Liste könnte ich unendlich weiterführen. Nehmen Sie einmal die Breitbandtechnologie: Wir wollen Hessen auch im letzten Winkel – ohne dass ich das despektierlich meine – mit einer ordentlichen Informationstechnologie ausstatten, damit Menschen keinen Grund mehr haben, ihre Region, ihren Ort zu verlassen, weil sie dort nicht mehr wirtschaftlich tätig sein können, weil sie sich – ob zu Recht oder nicht – von einer neuen Infrastruktur abgekoppelt sehen.

Wir reden über die Energiewende und vieles andere mehr. All das kostet ein Wahnsinnsgeld. Am Ende muss es so sein, dass wir den Menschen – ich sage ausdrücklich dazu: auch den Unternehmen – sagen, dass das irgendwo von ihnen kommen muss. Mir fällt außer den Bürgerinnen und Bürgern und außer den Unternehmern niemand ein, wer das denn sein könnte.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das schon so ist, dann muss es auf der anderen Seite so sein – diesen Anspruch haben viele völlig zu Recht heute hier formuliert –, dass wir den Landeshaushalt von der zweiten Seite her, nämlich der Kostenseite, gleichermaßen im Blick haben.

Zu den Steuererhöhungen, die uns schwergefallen sind – Stichwort: Grunderwerbsteuer –, ist schon einiges gesagt worden. Das muss ich nicht wiederholen. Es ist an einigen Stellen auch schon deutlich geworden, dass wir sehr wohl strukturell eingreifen. Der Finanzminister ist dafür gelobt worden, dass er das Hessische Immobilienmanagement und das Hessische Baumanagement zusammenführt und damit Synergien hebt, wie er das an vielen anderen Stellen auch tut. Herr Schäfer-Gümbel, übrigens brauchen wir dafür keine Enquete; wir machen das einfach, wie Sie mit diesem Haushaltsentwurf erfahren haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das entscheiden Gott sei Dank wir hier!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will wiederholen, was hier schon völlig zu Recht gesagt wurde: Wem, bitte, fällt es denn leicht, die Beamtinnen und Beamten zu bitten, einen Beitrag zur Konsolidierung zu leisten?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Bitten? Sie bitten? – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD) – Weitere Zurufe)

Wir bitten sie dafür um Verständnis, nachdem – das ist von Ministerpräsident Volker Bouffier dargelegt worden – wir sie in den letzten beiden Jahren sehr ordentlich ausgestattet haben, was die Entwicklung ihrer Gehälter anbelangt, und jetzt eine Pause machen.

Als mittelständischer Unternehmer sage ich jetzt auch: Man darf immer noch darauf hinweisen, dass es zunächst einmal eine erfreuliche Entwicklung und Situation ist, dass wir sagen, wir wollen politisch – verfassungsrechtlich wird der zuständige Minister Vorschläge dazu vorlegen –, dass sie auch weiterhin an der Entwicklung in diesem Land auf der Einkommenseite teilhaben. 1 % für einige Jahre halte ich persönlich – vor dem Hintergrund der großen Aufgabe, vor der wir stehen – für vertretbar.

Dafür wird man keinen Applaus bekommen. Aber ich bleibe dabei und glaube, wir müssen nicht nur um Verständnis bitten, sondern es ist auch festzustellen, dass eine ganze Reihe der Betroffenen in Wahrheit sagt: Wir können das nachvollziehen.

(Günter Rudolph (SPD): So kann man sich täuschen!)

Herr Kollege Rudolph, da wir heute über Vergleichszahlen gesprochen haben: Bleiben wir einmal bei den Polizeibeamten, die gestern auf der Straße waren. Sie wissen genau,

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

dass die hessischen Polizeibeamten – Sie reden nicht gern über etwas, bei dem die Regierungsseite gute Argumente hat, das weiß ich –

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

zu Recht, ich wiederhole: zu Recht, weit überdurchschnittlich bezahlt werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das wird man doch noch mal sagen dürfen.

(Zurufe der Abg. Günter Rudolph und Timon Gremmels (SPD))

Das wird man doch noch mal sagen dürfen. Und diejenigen, die vielleicht noch ein bisschen mehr bekommen,

(Timon Gremmels (SPD): Und was war vor der Wahl?)

werden etwas weiter südlich von Hessen eingesetzt, nämlich in Bayern. In Bayern kann man an einem konkreten Beispiel eines gut erkennen, nämlich dass ein Land, das seinen Haushalt weitestgehend in Ordnung gebracht hat, in der Lage ist, auch seine Beamten ordentlich zu bezahlen – so, wie auch wir das tun –, aber ganz an der Spitze zu stehen. Das ist der deutliche Beleg dafür, dass für uns die Schuldenbremse, die Haushaltskonsolidierung kein Selbstzweck ist, sondern die Notwendigkeit dahin gehend, dass wir diesen Haushalt in Ordnung bringen. Denn wir wollen, dass sich die Beamtinnen und Beamten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Hessen darauf verlassen können, dass sie auch zukünftig einen attraktiven und verlässlichen Arbeitsplatz mit einer positiven Einkommenserwartung haben dürfen. Meine Damen und Herren, das sind die Ziele, für die wir streiten und für die ich auch gerne bereit bin, das eine oder andere Streitgespräch zu führen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil ich gerade dabei bin, deutlich zu machen, dass es uns bewusst ist, dass Menschen dafür nicht applaudieren werden, können wir auch über die kommunale Seite reden.

(Günter Rudolph (SPD): Eben haben Sie etwas anderes gesagt!)

– Herr Rudolph, wir sollten diese Kürzel einfach einmal weglassen. Aber machen Sie, was Sie für richtig halten, wir kennen Sie nicht anders.

(Günter Rudolph (SPD): Deswegen frage ich Sie auch nicht! So schön sind Sie nicht!)

Wir sind gerade dabei, festzustellen, dass es Betroffenheiten gibt. Ich sage das ehrlich und kann deswegen an dieser Stelle auch über die kommunale Seite und die Verantwortung des Landes für die Kommunalfinanzen reden, und zwar mit einigem Selbstbewusstsein. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass die Kommunen in diesem Land in den letzten zehn Jahren eine Entwicklung bei der Einnahmenseite durch den Kommunalen Finanzausgleich hatten, die jedes Jahr mehr Geld bedeutet hat – von einmal 3 Milliarden € vor noch acht oder neun Jahren auf mittlerweile deutlich über 4 Milliarden €. Ich will gleich dazu sagen: Darüber freue ich mich.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch richtig, dass uns das Urteil des Staatsgerichtshofs veranlasst hat, eine völlige Neuordnung der Berechnungsmodi vorzunehmen. Jetzt sage ich etwas, worüber in dieser Debatte kaum geredet wird, jedenfalls nicht von denen – das würde ich vielleicht völlig zu Unrecht erwarten –: dass für die Kommunen zwei, drei wichtige, essenziell wichtige Veränderungen stattfinden. Ich will die wesentlichen nennen: Beispielsweise wird es künftig so sein, dass das Land das Risiko der Entwicklung der Steuerein-

nahmen, die nicht automatisch immer nur nach oben gehen, trägt und die Kommunen weitestgehend, zu nahezu 100 %, von diesem Risiko entlastet sind – weil wir heute über Bedarfe finanzieren und nicht mehr, wie in der Vergangenheit, mit einem 23-%-Anteil an den Landessteuern.

Ich finde, das ist gar nicht hoch genug zu schätzen. Denn die gleichen Kommunen, über die wir da gerade reden, waren in der Vergangenheit häufig sehr heftig dabei, wenn es in der Debatte um die Gewerbesteuer ging. Da gab es Forderungen an den Bund – den Bundestag, den Bundesfinanzminister, den Bundesrat –: Nun macht endlich einmal eine Gewerbesteuer, damit wir in unseren Einnahmen nicht immer ein Auf und Ab haben. – Das ist ein großer Schritt in Richtung der Stabilität und Verlässlichkeit auf der Einnahmenseite der Kommunen. Das müssen wir häufig herausstellen und sagen: Ja, das ist einer der Punkte in dieser Reform, der wirklich notwendig war und sinnvoll ist, und er bedeutet für die kommunale Seite eine hohe Verlässlichkeit bei der Haushaltsaufstellung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Wie gesagt: Wir reden darüber mit den Kommunen. Es gibt natürlich bei denen Widerspruch, die nach den ersten Berechnungsmodellen im Jahre 2016 weniger Geld bekommen. Die Stadt Frankfurt, meine Heimatstadt, gehört dazu, wie Sie wissen. Wir reden mit den Kommunen darüber, aber dann hätte ich ganz gerne – das gilt genauso für die Debatte hier und heute – ein paar klarere und konkretere Antworten auf die Frage: Was hättet ihr denn gerne anderes? – Ich hätte gern eine Antwort auf diese Frage, die nicht lautet: Ich hätte gern mehr Geld. – Das ist mir ein bisschen zu einfach, denn wir können nicht zaubern. Herr Schäfer-Gümbel, obwohl Sie es immer wieder versuchen: Auch Sie haben noch nicht den Beweis angetreten, dass Sie zaubern können.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das war doch der Vorschlag von Herrn Arnold!)

Deswegen glaube ich, dass wir auf der Kostenseite wie auf der Einnahmenseite sehr verantwortlich Politik machen.

An vielen Stellen auch der Rede des Kollegen Wagner ist deutlich geworden, dass wir an Dutzenden von Einzelpunkten vortragen können, was wir in den ersten zwölf Monaten der Regierungsverantwortung erreicht haben. Lieber Herr Kollege Rentsch, dass Ihnen die neue Richtung nicht gefällt, verstehe ich. Ich habe Ihnen manchmal zugerufen – zugegebenermaßen fast zynisch –: Ihr wolltet ja nicht. – Nehmen wir doch einfach einmal zur Kenntnis, dass es die Mehrheit, die wir in der letzten Legislaturperiode hatten, so nicht mehr gibt. Jetzt haben wir eine neue Mehrheit. Es ist doch normal, dass ein neuer Partner, der aus einer teilweise auch ideologisch anderen Ecke kommt, neue Akzente setzen will. Das halte ich für das Normalste der Welt in einer Demokratie. Lieber Kollege Hahn, ich sage Ihnen aber auch – Sie scheinen mir zuzustimmen –: Ich finde es in Ordnung, dass das so ist, dass hin und wieder eine Neujustierung von Politik stattfindet. In Hessen bedeutet das aber nicht, dass wir in irgendeiner Form die wesentlichen Merkmale unserer Politik infrage stellen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Aber nein, Herr Boddenberg!)

– Sehr geehrter Herr Schäfer-Gümbel, ich glaube, beim Thema Frankfurter Flughafen hätten Sie mehr Anlass, über die Frage nachzudenken, wie Sie mit diesem Thema umgehen, als wir.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was?)

– Ich höre und lese dauernd, dass sich der Ihrer Partei angehörende Oberbürgermeister vor die Flugzeuge wirft, damit sie keinen Krach machen. In Wahrheit – das lese ich jedenfalls in der Zeitung, ich kann es nicht berichten, weil ich dem Gremium nicht angehöre – ist er aber gar nicht da, wenn es im Aufsichtsrat um etwas Wichtiges geht.

(Zurufe von der SPD)

Herr Schäfer-Gümbel, wir brauchen das, was wir im Wahlkampf erlebt haben, nicht zu wiederholen. Ich denke aber, Sie werden weder mir noch irgendeinem anderen in der CDU-Fraktion vorwerfen wollen, dass wir nicht wissen, welche Bedeutung dieses Unternehmen für das Land hat.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Habe ich das getan?)

Herr Schäfer-Gümbel, ich wohne in einer Straße, in der Menschen ihr Haus verlassen bzw. verkauft haben, weil sie sagen: Mir ist es dort zu laut.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sie betreiben hier Unterstellungsrhetorik!)

Ich sage: Ich bleibe dort weiterhin wohnen, weil ich damit umgehen kann, weil ich weiß, was das Unternehmen für Hessen bedeutet, und weil ich, da ich selbst fliege, so ehrlich bin, zu sagen: Wenn ich in einem Flugzeug sitze, dann ist es ja auch laut – für die, über die das Flugzeug hinwegfliegt. – In der Debatte wäre also schon ein bisschen mehr Ehrlichkeit erforderlich.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt! – Günter Rudolph (SPD): Fangen Sie doch einmal damit an!)

Herr Schäfer-Gümbel, wir haben einen Planfeststellungsbeschluss, mit dem wir uns selbst oktroyiert haben, nachts sechs Stunden lang nicht zu fliegen. Wir sind eine Koalition mit einem Partner eingegangen, der immer ein Nachtflugverbot von acht Stunden gefordert hat. Dieser Partner ist in den ersten Gesprächen mit uns zu der Auffassung gelangt, dass es in einem Rechtsstaat, in dem es auch Verlässlichkeit geben muss, nicht möglich ist, einen Planfeststellungsbeschluss – genauso wie eine Baugenehmigung – wieder zurückzunehmen; denn das hätte irre Folgen, nicht nur für Fraport, sondern es hätte auch eine fatale Signalwirkung für Tausende Unternehmen in diesem Land, die sich z. B. darauf verlassen können müssen, dass eine Baugenehmigung am Ende auch eine Baugenehmigung bleibt. Es ist doch das Normalste der Welt, wenn diese beiden Koalitionspartner – der eine geht von sechs Stunden aus, der andere wünscht acht Stunden – zu dem Ergebnis „sieben Stunden“ kommen.

Ich sage voraus, dass das nicht nur klappen wird, was die Lärmreduzierung anbelangt, sondern dass wir mit diesen sieben Stunden auch erreichen werden, dass der Flughafen in seiner Grundfunktion überhaupt nicht beeinträchtigt wird, weil die Umsetzung dieses siebenstündigen Flugverbots nur eine Frage von gutem Willen und des Managements ist. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich

kann nicht erkennen, was man daran falsch finden kann – es sei denn, Herr Schäfer-Gümbel, man macht es wie Ihr Frankfurter Oberbürgermeister, der dreimal auf dem Lerchesberg geschlafen hat, dann erklärt hat, hier sei es zu laut, und dann gesagt hat: Wenn ich ins Amt komme, dann gibt es eine achtstündige Flugpause in der Nacht. – Er hat aber nichts getan. Von ihm kam kein einziger konstruktiver, ernst zu nehmender Vorschlag. Herr Schäfer-Gümbel, ich werfe Ihnen vor, dass nicht auch Sie das öffentlich kritisieren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Landesregierung hat eine Menge vorzuweisen. Herr Schäfer-Gümbel, die Pauschalkritik von heute Nachmittag verfängt nicht so ganz, weil man Ihnen in dem Zusammenhang eine Reihe von Fragen stellen muss. Trotz der Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren, haben wir deutliche Prioritäten an wichtigen politischen Ecken gesetzt.

Herr Schäfer-Gümbel, ich frage Sie: Halten Sie es für falsch, dass wir landauf, landab eine 105-prozentige Lehrerversorgung haben? Halten Sie es für falsch, dass wir die aufgrund rückläufiger Schülerzahlen frei werdenden Lehrerstellen dazu verwenden, bei der Inklusion und der Ganztagsbetreuung besser zu werden?

Halten Sie es für falsch, dass die Mittel für die Hochschulen jedes Jahr um 1 % über der Inflationsrate steigen? Wir tun dies, damit sich die Hochschulen darauf verlassen können, dass ihnen dieses Land auch weiterhin hervorragende Voraussetzungen für Forschung und Lehre bietet. Halten Sie es für falsch, dass wir den 19-Punkte-Plan umsetzen – Thema Lärmschutz plus –, sodass im Sommerflugplan Lärmpausen im Umfang von sieben Stunden eingeführt werden?

Halten Sie es für falsch, dass wir 1.800 Stellen in der Landesverwaltung einsparen wollen, aber nicht „mal gerade so“ in den Ministerien, wie es Herr Kollege Wagner formuliert hat? Wir sagen: Wir brauchen dafür einen Fünfjahreszeitraum, um Synergien zu nutzen, die durch den Einsatz von Hightech und durch Investitionen in der Vergangenheit möglich geworden sind. Wir werden dabei im Haushalt 2015 aber beispielsweise die Polizeivollzugsstellen völlig unberührt lassen. Ich glaube, das ist gerade in diesen Tagen ein sehr, sehr wichtiges Zeichen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Herr Schäfer-Gümbel, halten Sie es für falsch, dass wir eine tragfähige Lösung für K+S und die rund 7.000 Mitarbeiter des Unternehmens gefunden haben?

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Ich finde, es ist ein herausragendes, wirklich historisches Verdienst von Umweltministerin Priska Hinz, dass wir das geschafft haben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Halten Sie es für falsch, Herr Schäfer-Gümbel, dass wir ein Sonderprogramm Wohnen mit einem Volumen von 300 Millionen € auflegen?

(Zurufe von der SPD)

Halten Sie es für falsch, dass wir es hinbekommen haben, dass die Partikeltherapie in Marburg künftig auch dafür eingesetzt werden kann, krebserkrankten Menschen zu helfen?

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir könnten einen ganzen Abend damit verbringen – Kollegen der CDU, keine Sorge, ich weiß, wir haben heute eine Weihnachtsfeier –, über diese und andere Prioritätensetzungen dieser Landesregierung zu reden.

(Günter Rudolph (SPD): Ich habe Zeit!)

– Herr Kollege Rudolph, wenn Sie Zeit haben, will ich zum Schluss ein Thema ansprechen, das uns alle, wie ich glaube, gleichermaßen bewegt.

Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben eben erwähnt, dass wir am Samstagabend zusammensaßen und Fragen der Flüchtlings- und der Asylpolitik von türkischstämmigen Politikern aus ganz Deutschland zu Recht thematisiert worden sind. Ich mache den Vorschlag, dass wir es uns wechselseitig ersparen, uns in guten Ratschlägen zu überholen und uns gegenseitig vorzuhalten, wer recht hatte und wer sich am meisten von dem distanziert, was da teilweise auf den Straßen passiert. Ich sage ausdrücklich: Von Herrn Wagner, vom Herrn Ministerpräsidenten und auch von Ihnen ist dazu heute das aus meiner Sicht Notwendige völlig zu Recht gesagt worden. Herr Schäfer-Gümbel, ich will aber auch sagen dürfen – bei völliger Inakzeptanz beispielsweise der Initiatoren der Veranstaltungen von PEGIDA, und wie diese Bewegung an anderen Orten auch heißen mag –: Ich möchte nicht so weit gehen, ein Zeichen zu setzen, dass alle, die da mitlaufen, das Gefühl haben, es hört ihnen niemand mehr zu.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das habe ich nicht getan!)

Ich bin nämlich nach wie vor der Überzeugung und auch der Hoffnung, dass sich ein Teil derer, die dort mitlaufen, verführen und instrumentalisieren lässt – häufig aufgrund von null Informationen darüber, was in diesem Land in Wahrheit passiert. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass wir diese Menschen erreichen können, und ich glaube, es ist die Pflicht aller demokratischen Parteien, auch im Hessischen Landtag dieses Signal auszusenden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Schäfer-Gümbel, das ist nicht nur in Deutschland so. Wir hatten eine Europawahl, von der ich bis heute sage: Auch wir haben zwar Probleme am rechten Rand, aber sie sind aus meiner Sicht Gott sei Dank beherrschbar. Jeder am rechten Rand ist einer zu viel, aber im Gegensatz zu dem, was in anderen Ländern bei dieser Europawahl passiert ist, sind die Dinge bei uns wirklich beherrschbar.

Schauen Sie sich einmal Großbritannien und die dortige United Kingdom Independence Party an: Wahlsiegerin mit einem Stimmenanteil von 30 % und mittlerweile möglicherweise auf dem Weg, eines Tages die Regierung von Großbritannien maßgeblich zu gestalten und zu verantworten. Wenn Sie sich einmal anschauen, was dort passiert, stellen Sie fest, das ist etwas Ähnliches wie das, was wir in Dresden leider erlebt haben.

Dortige Umfragen zeigen – deswegen komme ich auf Großbritannien zu sprechen –, dass viele der Menschen, die auf die Straße gehen, völlig irri-ge Vorstellungen von dem haben, was die Flüchtlings- und die Asylproblematik in ihrem Land in Zahlen ausgedrückt bedeutet. Sie vermuten nämlich, dass fünf-, acht-, zehn- oder sogar 15-mal so viele Flüchtlinge nach Großbritannien kommen, wie es tatsächlich der Fall ist. Das zeigt eines, nämlich dass wir alle aufgefordert sind, besser zu informieren und zu kommunizieren, damit diese Ängste gar nicht erst entstehen.

(Manfred Pentz (CDU): Ganz genau!)

Da bin ich bei dem, was der Herr Ministerpräsident heute gesagt hat: Das ist der zentrale Vorwurf an diejenigen, die PEGIDA veranstalten. Sie wollen nämlich genau das Gegenteil und möchten am Ende irgendwelches politisches Kapital daraus schlagen. Das ist zu verurteilen; das verachten wir. Da brauchen wir uns nicht wechselseitig katholisch zu reden – wenn ich das unter Glaubensbrüdern so sagen darf. Für mich heißt das am Ende: Wir haben dort eine zentrale gemeinsame Aufgabe. Ich fordere Sie auf, dass wir ihr auch in Zukunft gemeinsam nachkommen, um diese Entwicklung zu stoppen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da ich gerade dabei bin, will ich noch eines sagen: Manchmal greift man mit den politischen Argumenten ein bisschen zu kurz, wenn es um eine solch sensible Thematik wie die Asylpolitik geht. Die CDU-Fraktion veranstaltet in jeder Plenarsitzungswoche – außer morgen, weil wir dann über den Haushalt reden, auch während der Mittagspause – Gespräche mit den Kommunalpolitikern. „Kommunalpolitische Runde“ heißt das bei uns.

Sie werden dort in diesem Jahr wahrscheinlich kein anderes Thema häufiger auf der Tagesordnung finden als dieses. Den KFA werden Sie auf der Tagesordnung finden, aber eben auch das Thema Asylproblematik: die Unterbringung und die Finanzierung vor Ort.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist bei uns nicht anders!)

Sie können daran Beteiligte fragen, was ich dort sage, wenn wir, auch im Zusammenhang mit Asylbewerbern, über Geld reden, was relativ häufig der Fall ist. Sie werden hören, dass ich sage: Wissen Sie, das ist das eine Thema, bei dem wir die Probleme aus meiner Sicht lösen können. – Ich bin Stefan Grüttner und der Landesregierung sehr dankbar dafür, dass sie im Bund durch die ständig erneuerte Forderung, dass der Bund mit ins Boot muss, dafür gesorgt haben, dass wir dort einen erheblichen Schritt weiter sind. Wir reden dort auch über Geld.

Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir reden am Ende des Tages in allererster Linie über eines, nämlich über menschliche Schicksale. Wir reden über Menschen, die ihr Land verlassen müssen, weil sie politisch verfolgt sind. Das sind diejenigen, die einen originären Grund haben, Asyl zu beantragen. Wir reden auch über Menschen, die möglicherweise nicht politisch verfolgt sind, die aber allen Grund haben, ihre Heimat zu verlassen, weil sie im wahrsten Sinne des Wortes nicht in der Lage sind, ihre Kinder zu ernähren.

Deshalb ist es die Aufgabe eines Parlaments der demokratischen Parteien – der christdemokratischen, der sozialdemokratischen, der liberalen und der grünen Partei –, jeden Tag, auch mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, über die humanitäre Verpflichtung und, wie ich als Christ-

demokrat sage, über die christliche Mitmenschlichkeit in diesem Zusammenhang zu reden und das deutlich zu machen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei all dem, was wir dort an gemeinsamer Verantwortung haben, will ich sagen: Man muss sich die Nöte dieser Menschen anschauen und sich dann einmal vor Augen führen, wie es in unserem Land aussieht. Ich bin mit dem Zwischenruf „Aber nicht allen geht es gut!“ einverstanden, der heute, glaube ich, von den LINKEN kam. Ja, wer wollte das denn bestreiten? Wer wollte denn bestreiten, dass auch wir Menschen haben, die am Rande der Gesellschaft leben, aus Gründen, die etwas mit der Politik zu tun haben, aber auch aus Gründen, die etwas mit ihrer individuellen Herkunft, ihrem sozialen Milieu und ihrem Umfeld zu tun haben?

Angesichts all dieser Sorgen, die diese Menschen haben, darf man zu Recht sagen: Wir sollten dankbar sein, dass wir in einem Land leben, dem es so gut geht. Wir sollten dankbar sein, dass wir Probleme und Aufgabenstellungen haben, die bewältigbar sind. Dass es so bleibt, dass wir die Herausforderungen so bewältigen, dass sich die Menschen in unserem Land zu 90 % wohlfühlen, und dass wir daran arbeiten, dass sich auch die restlichen 10 % wohlfühlen, ist das Versprechen dieser Landesregierung,

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

die, lieber Florian Rentsch, eine neue Akzentuierung von Politik hat. Damit sage ich nicht, dass alles Frühere schlecht war. Aber ich finde, diese Politik nimmt durchaus einige der Nachdenklichkeiten in unserer Gesellschaft auf – spätestens die Nachdenklichkeiten, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise entstanden sind –, und es heißt nicht einfach: „Weiter so, weiter so, Wachstum, Wachstum, Wachstum“, sondern es wird hin und wieder ein Korrektiv implementiert, sodass etwa Menschen, die am Frankfurter Flughafen wohnen – das ist mein letztes Beispiel, Herr Klee –, wissen, das ist ein wichtiges Unternehmen für uns.

Aber diese Landesregierung kümmert sich auch um die negativen Seiten wirtschaftlicher Prosperität. Ich glaube, das ist die zentrale und wichtigste Überschrift über der Arbeit dieser Landesregierung und der Regierungskoalition.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören und wünsche Ihnen, da wir in dieser Form wahrscheinlich nicht mehr zusammenkommen, ein schönes, geruhiges und gesegnetes Weihnachtsfest. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich halte fest, dass wir vereinbart haben, nach der Lesung des Einzelplans 02 – die wir eben durchgeführt haben – die Sitzung für heute zu beenden. Das mache ich. Ich lade Sie für morgen früh um 9 Uhr ein und wünsche Ihnen einen schönen Abend. Danke schön.

(Schluss: 18:16 Uhr)